



1904 · I. BAND

4. HEFT · APRIL

ADOLPH VON ELM · EIN MARKSTEIN IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn!« An diese Worte unseres Altmeisters Goethe erinnerte der Referent, Herr Geschäftsführer Heinrich Lorenz, die Genossenschaftler in der am 6. März dieses Jahres in Chemnitz abgehaltenen ausserordentlichen Generalversammlung der *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine*, welche zusammenberufen war, um den Beginn der Eigenproduction durch die *Grosseinkaufsgesellschaft* zu beschliessen. Wohl sind schon viele Consumvereine Deutschlands zwecks Befriedigung localer Bedürfnisse zur Eigenproduction geschritten; wir haben eine grössere Anzahl eigener Bäckereien, auch einige Schlächtereien und Tischlereien. Aber eine durch die Consumvereine errichtete grössere Genossenschaftsfabrik, welche für den Bedarf sämtlicher Consumvereine arbeitet, war bisher nicht vorhanden.

Seit der *Englandreise* der Vertreter der deutschen Genossenschaften, durch welche die Masse der organisierten Consumenten zum ersten Male Kenntnis erlangte von den Erfolgen auf dem Gebiete der Eigenproduction in Grossbritannien, ist jedoch diese wichtige Frage nicht mehr von der Tagesordnung in Genossenschaftsversammlungen verschwunden. Sie wurde seit jener Zeit erörtert auf allen Tagungen des sogenannten *Allgemeinen Verbandes*, und da war es interessant, zu hören, wie Dr. Crüger und Genossen sich redlich Mühe gaben, den deutschen Genossenschaften die Eigenproduction auf nationaler Grundlage nach dem Beispiel der Engländer zu vereiteln. Eine derartige Entwicklung passte absolut nicht zum Programm der *Mittelstandsretterei* des alten Verbandes, dessen Begründer Schulze-Delitzsch wohl die Productivgenossenschaft, die *Innung der Zukunft*, als die Krönung des Genossenschaftsgebäudes feierte, durch die genossenschaftliche Production aber nicht der Gesamtheit der Arbeiter helfen, sondern einzelnen unter ihnen es ermöglichen wollte, sich aus der Reihe der Brüder emporzuarbeiten und anstatt, gleich ihnen, Beschäftigung zu suchen, wie bisher, nun selbst einem Teil derselben Beschäftigung zu

geben«. Schulze-Delitzsch war eben Kleinbürger vom Scheitel bis zur Sohle, sein Ideal war, einen Teil der Arbeiter zu kleinen Unternehmern zu machen und sie durch Rohstoff-, Handwerker- und Creditgenossenschaften vor der Concurrenz des Grosscapitals zu schützen. Aus diesem kleinbürgerlichen Ideenkreis ist der *Allgemeine* Genossenschaftsverband, getreu nach den Grundsätzen seines Begründers, nie herausgekommen. Sprach man auf den Genossenschaftstagen von den Erfolgen der Eigenproduction in England, dann hiess es, die Verhältnisse liegen dort aber auch ganz anders, als bei uns in Deutschland; in England sei aus einer *gewissen Sonntagsstimmung* heraus gehandelt worden, und man glaubte, nicht eindringlich genug vor dieser *Sonntagsstimmung* in Deutschland warnen zu können. Jeder Zusammenhang der Genossenschaftsbewegung mit der allgemeinen Arbeiterbewegung wurde verneint. Die statutarische Bestimmung des Mannheimer Consumvereins, die da lautete: »Bei dem Bezug von Waren berücksichtigt der Verein in erster Reihe die Unternehmungen, in denen das Coalitionsrecht der Arbeiter anerkannt wird und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zur Geltung gelangt sind«, war die Ursache, weshalb Herr Dr. Crüger den Verein von der Aufnahme in den Verband zurückwies. Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter als Producenten, Organisation des Consums, um durch die erlangte wirtschaftliche Macht als Käufer einen Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter auszuüben, galt Herrn Dr. Crüger als Hochverrat an dem *individualistischen Princip* seiner von ihm in kleinbürgerlichem Geiste geleiteten Consumvereine. Heute besteht darüber kein Zweifel mehr: es war ein Segen für die Consumvereine, dass Herr Dr. Crüger in Kreuznach gewaltsam trennte, was seinem inneren Wesen nach nicht mehr zusammengehörte. Die Consumvereine waren im Laufe der Jahre mehr und mehr grosse demokratische Massenorganisationen geworden und hätten über kurz oder lang von selbst die kleinbürgerlichen Bande sprengen müssen, durch die sie in ihrer Bewegungsfreiheit im *Allgemeinen Verband* gehemmt waren. Nach Kreuznach folgte in Dresden die mit allseitiger Begeisterung in Genossenschaftskreisen begrüßte Gründung des *Centralverbandes deutscher Consumvereine*. . . Noch kein Jahr ist verflossen, und der junge Riese reckt seine Glieder, er verlangt nach neuer, seiner Stärke würdiger Arbeit: er muss vorwärts auf dem Wege, auf dem in Grossbritannien die Genossenschafter so Gewaltiges geleistet haben.

Es sind keine neuen Bahnen, in welche die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine* mit ihrem Beschluss in Chemnitz, in Aken an der Elbe 28 400 Quadratmeter Landes zu erwerben und auf eigenem Grund und Boden jetzt mit der Eigenproduction zu beginnen, gelangt ist; es ist das im Jahre 1843 von den *Redlichen Pionieren von Rochdale* aufgestellte Programm, dessen Verwirklichung für Deutschland nun auch durch die deutschen Genossenschafter in Angriff genommen werden soll. Charakteristisch ist, dass in Deutschland, wie in England, die Seife, nach deren Verbrauch, wie man sagt, der Culturgrad einer Nation beurteilt wird, zum ersten Fabrikationsgegenstand von den Genossenschaften ausersehen wurde. Wir Deutsche kommen allerdings fast ein Menschenalter später; in England wurde schon 1874 in Durham die Genossenschaftsseifenfabrik errichtet. Dieselbe

hat sich gut entwickelt, und als sich die Durham's Räumlichkeiten zu klein erwiesen, wurde 1895 die jetzige Seifenfabrik in Irlam gebaut. Diese hatte im Jahre 1896 einen Umsatz von circa 2 Millionen Mark, der sich bis zum Jahre 1903 auf über 7 Millionen Mark steigerte. Die *Genossenschafts-Irlam-Seife* hat sich in Grossbritannien einen guten Ruf erworben; zur Zeit sind in Irlam 391 Arbeiter beschäftigt, um Seifen aller Arten und die dazu gehörigen Nebenproducte, Seifenpulver, Wichse, Pomade etc., anzufertigen. Möge *Aken-Seife* in Deutschland sich ebenfalls bald der Gunst der Consumenten erfreuen!

Den Genossenschaften Deutschlands erwächst aus dem von ihren Vertretern in Chemnitz gefassten Beschluss die Pflicht, für die Durchführung desselben mit aller Energie einzutreten. Die finanzielle Basis ist gegeben, die zur Durchführung des Unternehmens erforderlichen 300 000 Mark sind schon zum grösseren Teil von den capitalkräftigsten Consumvereinen gezeichnet, die Beschaffung der restlichen Summe dürfte keine Schwierigkeiten machen. Bei der nächsten Tagung der *Grosseinkaufsgenossenschaft* Anfang Juni in Hamburg wird die Geschäftsleitung jedenfalls schon berichten können, dass der Grundstein zur Fabrik gelegt ist; noch im Laufe dieses Jahres dürfte mit der Production begonnen werden, dann gilt es, für den Absatz zu sorgen. Von der Entwicklung dieser ersten deutschen Consumgenossenschaftsfabrik wird es abhängen, wann weitere Zweige der Production in Angriff genommen werden können. Der Grund und Boden dazu ist heute schon vorhanden, auf 28 000 Quadratmeter Landes können ausser der Seifenfabrik noch eine Reihe Fabriken gebaut werden. Beabsichtigt ist, nicht, wie in England, die diversen Fabriken für die eigene Production über das ganze Reich zu zerstreuen, sondern möglichst zusammenzulegen. Dadurch dürfte an Spesen für die Leitung, an Frachtkosten etc. wesentlich gespart werden. Zieht man ferner in Betracht, dass neue Reisende zum Verkauf der in eigener Production hergestellten Artikel ausser den schon jetzt von der *Grosseinkaufsgenossenschaft* angestellten nicht erforderlich sind, dass der Absatz schon in den ersten Jahren ein grösserer sein dürfte, als der der grösseren Privatfabriken, so braucht man wegen der Concurrenzfähigkeit keine Bedenken zu tragen.

Allerdings werden in einer Beziehung die Herstellungskosten höhere sein, als in capitalistischen Betrieben; in den Genossenschaftsfabriken dürfen keine Hungerlöhne gezahlt, die Arbeitszeit muss den Beschlüssen der Gewerkschaften gemäss festgesetzt werden; von der Unterstützung, die die Eigenproduction bei den organisierten Consumenten findet, wird es abhängen, ob trotzdem auch für die Consumenten ein Nutzen aus der Production erwächst. Nur bei grossem Absatz ist derselbe sicher verbürgt. Wird die erste consumgenossenschaftliche Fabrik von Beginn ihrer Tätigkeit an ausreichend unterstützt, so dass das Unternehmen als auf sicherer Basis beruhend betrachtet werden kann, so werden in Aken an der Elbe bald weitere Genossenschaftsfabriken zur Herstellung anderer Fabrikate errichtet werden.

Wollen wir, gestützt auf die Erfahrungen unserer englischen Freunde, etwas schneller in dieser Richtung marschieren, als jene, dann ist notwendig,

dass unsere Consumvereine dafür sorgen, dass grössere Reservefonds zwecks Förderung der Eigenproduction geschaffen werden. Die von der *Grosseinkaufsgesellschaft* veranstaltete Umfrage behufs finanzieller Unterstützung des neuen Unternehmens hat die, erfahrenen Genossenschaftlern längst bekannte Tatsache wiederum bestätigt, dass mehrere nach der Zahl ihrer Mitglieder recht grosse Vereine Mittel zu diesem Zweck nicht zur Verfügung stellen konnten. Am Schlusse des Geschäftsjahres werden in diesen Vereinen, welche man weit eher dividendenhungrige vielköpfige Krämerinstitutionen, als vom Geiste der Solidarität beseelte Genossenschaften nennen kann, bis auf die notwendigen Abschreibungen und gesetzlich vorgeschriebenen Zuwendungen zum Reservefonds alle Überschüsse wieder an die Mitglieder verteilt. Es bleibt nichts, um die weiteren Ziele des Vereins und der *Grosseinkaufsgesellschaft* zum Wohle der Gesamtheit zu fördern.

Diesem Zustand sollten in erster Linie die Gewerkschafter in den Genossenschaften entgegentreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben ein grosses Interesse daran, die genossenschaftliche Eigenproduction zu fördern. Die Genossenschaftsfabriken werden ihnen als Rückenstärkung für ihre eigenen Organisationen, als Beispiel für das unter den jetzigen Verhältnissen Erreichbare dienen können. Auf dem vor drei Wochen abgehaltenen Heimarbeiterschutzbcongress sind uns durch die Ausstellung von in der Heimindustrie hergestellten Waren die schmachlichen Hungerlöhne der Heimarbeiter Deutschlands vor Augen geführt worden. Die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam, furchtbar langsam, sofern sie für den Schutz der Arbeiter gegen die capitalistische Ausbeutung in Bewegung gesetzt werden sollen. Ist die deutsche Arbeiterschaft von dem ernstlichen Willen beseelt, das Elend in der Heimindustrie zu bekämpfen, so gibt es dazu noch einen Weg, der weit sicherer ist, als der der Gesetzgebungsmaschinerie: arbeiten wir mit aller Energie an dem Ausbau unserer Genossenschaften! In England ist es erreicht: die in den genossenschaftlichen Confectionswerkstätten angefertigten Waren sind im Preise nicht teurer, in der Qualität sogar wesentlich besser, als die der Heimindustrie.

Das lässt sich natürlich nicht von heute auf morgen erringen, aber durch Concentration unserer Kräfte ist das Ziel in greifbare Nähe gerückt. Gewerkschafter und Genossenschaftler müssen sich gegenseitig zu schützen und zu stützen und zu fördern suchen. Nicht nur müssen alle Gewerkschafter Mitglieder der Genossenschaften werden, sondern die verfügbaren Mittel der Gewerkschaften müssen ebenfalls in den Dienst der Genossenschaftsbewegung gestellt werden. Wie in Grossbritannien müssen auch wir in Deutschland eine Genossenschaftsbank haben, in der Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Gelder deponieren. Dadurch werden gewaltige Mittel der Förderung der genossenschaftlichen Production dienstbar gemacht werden können. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg — die Aufgabe ist gestellt, die Lösung hängt von dem Verständnis für dieselbe auf seiten der organisierten Arbeiterschaft ab.

MAX SCHIPPEL • DIE ENGLISCHEN ARBEITER UND DIE CHAMBERLAINSCHE SCHUTZZOLLAGITATION

Es ist selbstverständlich, dass in England beide handelspolitische Lager auf starken Zuzug aus den Arbeitermassen hoffen.

»Warum dem Fremden Vorteile zuwenden und den britischen Arbeiter ausser Brot bringen? Stimmt für Chamberlain und besseren Geschäftsgang!«, heisst es in einem Flugblatt der *Tarifreformliga*. Auf der Rückseite sieht man den ehrbar behäbiger John Bull schreckenstarr vor seiner Ladentür stehen, während die Häusiger aus America, Deutschland, Frankreich, Russland mit ihren Industrie- und Agrarerzeugnissen den ganzen Bürgersteig besetzt halten und jeden Käufer wegfischen. Wieder auf einem anderen Handzettel — die breit- ausgespannenen deutschen Flugblattbelehrungen in Zeitungsgrösse scheinen in England wenig beliebt zu sein — erblicken wir links mit einem Bündel alter Lumpen: »die Menschen, die wir importieren« — rechts einen stattlichen Arbeitsmann mit seinen Werkzeugen und Emblemen: »Männer, die wir exportieren«. Daran reihen sich einige Sätze: dass die Gewerkschaften mit Recht die unlautere Concurrenz der im Inland Lebenden bekämpfen, dass aber nur Balfours und Chamberlains Politik Schutz auch gegen den unfairen ausländischen Wettbewerb zu bieten vermöge: »Warum nicht, wie Balfour und Chamberlain vorschlagen, die Zollhausbeamten Posten stehen lassen gegen den ausländischen Lohndruck?« Die ältesten Schriften und Reden werden ausgegraben, um zu beweisen, dass die *Free Trader* stets die schlimmsten Feinde des staatlichen Arbeiterschutzes sowohl, wie der freien gewerkschaftlichen Organisation gewesen seien, dass man umgekehrt die wichtigsten Socialgesetze, gerade der letzten Zeit, den Conservativen und Unionisten verdanke, die dabei meist auf den schärfsten Widerstand der liberalen *Manchesterleute* gestossen seien:

»Können Trade Unionismus und Freieinfuhr Hand in Hand gehen? Nein. Denn Freieinfuhr vereitelt tatsächlich die Ziele des Trade Unionismus. Was hat es für einen Sinn, alle Berufsgenossen eines Produktionszweiges zum Zwecke vernünftiger Lohn- und Arbeitszeitforderungen zu organisieren, wenn der Consument sich abwendet und die Waren kauft, die im Ausland durch Schwitzarbeit hergestellt werden? . . . Schwindender Absatz heisst schwindende Beschäftigung, also auch schwindender Lohn. Ein toter Stein gibt kein Blut, und auch die bestorganisierten Gewerkschaften können aus einer niedergehenden Industrie keine Mehrbeschäftigung und keine Lohnerhöhung heraus schlagen. Die Gewerkschaften allein können der Flut nicht wehren, die sich gegen die englische Arbeit erhebt. Hier gibt es nur einen Ausweg. Die ganze Nation muss sich zusammenschliessen . . ., um sich selber die Beschäftigung zu sichern, von der die Löhne abhängen. Genau das will Mr. Chamberlain. Er erstrebt einen Zolltarif, der wie ein nationaler Gewerksverein wirken müsste. . . Freieinfuhr und Trade Unionismus sind unvereinbar, denn sie gehen von ganz entgegengesetzten Grundanschauungen aus.«¹⁾

Und auch das schöne Marschlied der *Tarifreformliga*, von B. Fletcher Robinson erdichtet und von Robert Eden ganz glücklich und schlagkräftig in Musik gebracht, enthält ähnliche Anklänge:



¹⁾ Vergl. *Tariff Reform League Leaflet*, Neue Serie, Nr. 24. — Der Leser weiss, dass die Chamberlainsche Agitation gern *free import* und *free trade* gegenüberstellt. *Freihandel* sei freier Verkehr nach beiden Seiten, bei der Einfuhr, aber auch beim Absatz nach dem Ausland. England erfreue sich deshalb gar nicht des Freihandels, sondern es habe nur *Freieinfuhr* — etwas ganz anderes, als die Freihändler ursprünglich erstrebt hätten.

»Kauft! kauft! kauft nur im John-Bull-Haus!
 Wir kommen ohne Deutsche und Yankees aus!
 Und das mehrverdiente Geld
 Unser Landsmann selbst behält,
 Wenn ihr kauft nur im John-Bull-Haus!«

×
 X
 X
 Welches Echo finden solche Umwerbungen bei den englischen Arbeitern?
 Ich masse mir nicht an, darüber aus der Ferne ein umfassendes Urteil abgeben zu wollen. Schrecken doch oft die aufmerksamsten Beobachter, auch wenn sie an Ort und Stelle weilen, vor allen bestimmteren Voraussagungen zurück.

Unbestreitbar scheint das eine: dass die namhaftesten und die meisten englischen Gewerkschaftsführer — und diese sind in England noch immer die eigentlichen Repräsentanten der Arbeiterbewegung überhaupt — den liberalen Freihändlern vorläufig treue Gefolgschaft und Bundesgenossenschaft leisten. Wie sollte es anders sein? In England ist, ganz im Gegensatz zu anderen Ländern, der Freihandelsglaube eine Art geheiligter Volksüberlieferung geworden; grosse befreiende Taten, nicht nur auf finanz- und handelspolitischem, sondern auch auf verfassungspolitischem Gebiet — so die erste grosse Wahlreform — standen mit der freihändlerischen Agitation in engem Zusammenhang. Nirgends in der Welt ist daher die Überzeugung so festgewurzelt: dass Fortschritt und Freihandel in alle Ewigkeit wie siamesische Zwillinge zusammengehören und dass es unter allen Umständen undenkbar sei, den *Protectionismus*, das Eingreifen der Staatsgewalt in den internationalen Warenaustausch, als Kampfmittel rascheren ökonomischen Fortschreitens oder als Abwehrmassnahme gegen wirtschaftliche Schädigungen zu gebrauchen. Auch die engen persönlichen Beziehungen zwischen Linksliberalen und Gewerkschaftsspitzen sind bekannt. Und wenn die persönlichen Verbindungen — statt, wie neuerdings, enger — lockerer geworden wären, so bliebe noch immer der Einfluss der bürgerlich-radicalen Presse und Literatur, aus denen naturgemäss die meisten derartigen Arbeiterführer ihre sachlichen Informationen und schliesslich auch viele ihrer allgemeinen Anschauungen schöpfen.

Doch wie weit hören die Massen auf diese Stimmen? Bei dem Fehlen einer weitverbreiteten selbständigen Arbeitertagespresse wird man kaum feste Anhalte dafür haben können. Denn Resolutionen von Meetings und selbst von Congressen sagen in England viel mehr über die Redner und Einberufer, als über die Zuhörer, selbst wenn diese am Ende gern ihren Beifall bezeugt und ihre Hand pflichtschuldigst aufgehoben haben. Ich erinnere nur an die Erfahrungen beim Boerenkrieg und mit dem Imperialismus. Die förmlichen Beschlüsse lauteten fast immer gegen den Krieg und gegen die imperialistische Vorwärtspolitik. Nach den Wahlen vertraten jedoch gerade die sachkundigsten Parteiberichterstatter die Meinung, dass auch die Arbeitermassen offenbar von der imperialistischen Strömung mit fortgerissen worden seien, jedenfalls in viel stärkerem Masse, als zuvor allgemein erwartet.

Aus diesen Gründen sehe ich davon ab, durch einen Rundblick über möglichst viele Führerkundgebungen ein Bild der handelspolitischen Stimmungen in den englischen Massen geben zu wollen. Das hiesse, etwas ganz Unmögliches versuchen und ganz irreführende Vorstellungen erwecken. Dagegen seien aus einigen symptomatischen Schriften die Gedankengänge herausgeschält, die sich immer wieder in dem Hin und Her der entfesselten Agitationen geltend machen werden und die deshalb die widerstreitenden Anschauungen im englischen Proletariat kennzeichnen dürften. Vor allem berücksichtige ich dabei ein von Massingham herausgegebenes frei-

händlerisches Sammelwerk²⁾ und zwei Schriften, die der *Social Democratic Federation* nahestehen: die eine vom altverdienten Parteisekretair Lee selber,³⁾ die andere von Th. Rothstein, zuerst als Artikelserie in der sozialdemokratischen *Justice* erschienen⁴⁾.

Das Verblüffendste dabei, wie weit der sozialdemokratische Parteisekretair in seiner Absage an die übliche Freihandelshochschätzung geht. »Der Gesamteindruck der Broschüre«, urteilt Eduard Bernstein in seinen *Documenten*, »ist ein dem Freihandel in der Gegenwart so ungünstiger, dass der Leser aus der Arbeiterklasse, der nicht an das unmittelbare Eintreten des socialistischen Zukunftsstaates glaubt, auf Grund der Broschüre doch leicht dazu kommen kann, es einmal mit dem Chamberlainschen Plan versuchen zu wollen.« Der englische Freihandel hat, nach Lee, einer der wichtigsten Productionen, der englischen Landwirtschaft, den Todesstoss gesetzt; da jedoch die Abhängigkeit der Ernährung vom Auslande bei jedem Weiterblickenden Bedenken erregen müsse, so bleibe als einzig mögliche Lösung der steigenden Agrarnöte Englands nur »die Nationalisation von Grund und Boden, der Staatsbetrieb des Landbaus zum Vorteil des gesamten Gemeinwesens. Dieses Heilmittel mag vielen drastisch vorkommen, deren Blick erst jetzt durch die Zollvereinsrörterungen auf den Stand unserer Lebensmittelversorgung gelenkt worden ist; aber die ganze Lage drängt zu einer Entscheidung.«⁵⁾

Auch darin gibt Lee den Chamberlainiten oder sonstigen Kritikern des Freihandels recht, dass die grössere Billigkeit oder Teuerkeit der Waren nicht den Massstab für die Förderung oder Benachteiligung der Arbeiterclasseninteressen bilden dürfe. Für den Freihändler, der ganz übersehe, was für ungeheure Umwälzungen sich in den Wirtschaftsverhältnissen während des letzten halben Jahrhunderts vollzogen hätten, sei der Consumentenstandpunkt alles, der Producent nichts. Das möge für Rentenverzehrer eine recht einleuchtende Anschauung sein; der Arbeiter indes sei mehr Producent, als Consument; »seine ökonomische Theorie, die den Arbeiter als Producenten ausser Betracht lässt und die ihn lediglich in seiner mehr nebeneordneten Stellung als Consument ins Auge fasst, ist sicherlich nicht geeignet, viel Anklang bei der Masse derer zu finden, die von ihrem Tagewerk leben.«⁶⁾

²⁾ H. W. Massingham: *Labour and protection, a series of studies* [London 1903]. — Massingham, ein radicaler Journalist, gehört zum Stabe der *Daily News*; vergl. auch Bernsteins Anzeige in den *Documenten des Socialismus*, IV. Bd., pag. 60 ff.

³⁾ H. Lee: *Social Democracy and the Zollverein* [London 1903].

⁴⁾ Th. Rothstein: *The decline of british industry* [London 1903], deutsch abgedruckt in der *Neuen Zeit*, 1903-1904, I. Bd., pag. 46 ff.

⁵⁾ ... the insecurity of these islands with regard to our food supply. Here the food taxers have their strongest case. There is no country in the world which imports foodstuffs to anything like the extent that this country does. We are absolutely dependent upon other countries for our necessities of life. Your out-and-out Free Trader, with his head filled with millions of figures representing imports and exports, until at last he cannot see the facts for his figures, may regard this dependency upon other countries for our food supply as of little moment provided that we can import cheap foodstuffs. To anyone who sees beyond mere figures, the situation cannot possibly be regarded as satisfactory. To have killed an important industry like agriculture, upon which depend the very lives of the population, in an endeavour to obtain cheap labour out of which to wring profits is scarcely a work of which the capitalist and manufacturing interest need feel proud. (pag. 8.)

⁶⁾ Wortlich lautet die — meines Erachtens nicht besonders klare und folgerichtige — Stelle bei Lee: »Your Free Trader, who ignores all the changing conditions of production which have been constantly going on during the last halfcentury, is fond of emphasising the benefits which cheapness must bring to the consumer. The consumer is everything, the producer nothing. This must be a most convenient economic theory to the wealthy classes, who consume nearly everything, and produce

Wie anders die Mitarbeiter Massinghams, darunter Persönlichkeiten von dem Gewicht John Burns' und des Maschinenbauersecretairs George N. Barnes, ferner der ehrwürdige Holyoake, dem Rosalind Nash mit Haushaltsbudgets zur Seite steht, endlich J. A. Hobson und andere.

Die erstaunliche Naivetät eines heilig gehüteten, alten Volksglaubens finden wir hier noch bei Holyoake. Die ganze Vergangenheit England ist diesem Veteran des Genossenschaftswesens ein einziges dunkles Capitel voller unbegreiflicher Irrtümer und unerträglicher Leiden bis — zum Siege des Freihandels. Was seitdem sich zum Besseren gewendet hat, erhielt zum mindesten den stärksten Anstoss — durch den Freihandel. Sollte wieder eine Ära des Protectionismus anbrechen, so würden die alten, lebhaft ausgemalten Notstände gleichfalls zurückkehren: bettelnde Vagabunden, Vorrat plündernde städtische Arbeiter, verkrüppelte Kinder und verwelkte Frauen, miserable Schulbildung, endlose Arbeitszeiten, schauerhaftes Essen, im alten Geleis stumpfsinnig fortwirtschaftende Unternehmer:

»Wie erbärmlich und verächtlich muss ein Staatsmann das Verständnis der Arbeiter einschätzen, wenn er an sie appelliert, sie sollten freiwillig ihre Lebenshaltung auf die ihrer Vorfäter zurückschrauben! Mit Cobden und Bright kamen mit Macht der frische Unternehmungsgestalt, der die nationale Luft von den Sumpfmiasmen des Monopols reinigte.«

Selbst die Mädchen und Frauen sind in den Augen Holyoakes hübscher geworden, durch den Freihandel:

»Auf die dürre Eckigkeit von mageren Kornzolljahren folgte rundliche, fröhliche Liebenswürdigkeit. Der Protectionismus machte hässlich; der Freihandel, durch seinen Wohlstand, brachte Schönheit.«

John Burns hält sich gleichfalls nicht ganz frei von ähnlichen Schönfärbereien; aber sie sind bei ihm nicht die Hauptsache und das Entscheidende. Burns gesteht offen zu, dass viel Not unter dem Freihandel geblieben sei; er fordert die neuerungslustigen Staatsmänner auf, die Produktion zu reorganisieren und die Verteilung des Ertrages zu verbessern. In erster Linie jedoch wendet sich Burns gegen die politische Corruption, die er im Gefolge aller Zollbewilligungen und Zollkämpfe sich ausbreiten sieht. Über die Macht der Trusts, über die Vergiftung der Wahlen und der Parlamente durch den Streit um Liebesgaben in America weiss Burns viel Treffendes beizubringen, und seine ausgeprägt männliche Eigenart und Geradheit kommt hier auf das glücklichste zum Ausdruck. Nur, wenn solche Consequenzen jedes Betreten des gesetzgeberischen Weges verbieten: wo bliebe dann die ganze moderne Gesetzgebung überhaupt? Capitalsconcentration gibt es wahrhaftig auch ohne Zölle; auch England hat seine Ringe und Trusts und wird sie in Zukunft noch mehr haben. Und Eingriffe der öffentlichen (staatlichen und communalen) Gewalten in wirtschaftliche Interessen und Interessenconflicte bilden heute überall, nicht nur hinter den Zollmauern, einen Hauptteil der gesetzgeberischen und verwaltenden Tätigkeit. Genau so, wie John Burns die Zollpolitik, schildern die Gegner des Municipal-socialismus die Corruption der städtischen Verwaltungen durch Amterbesetzungen, durch Gehalts- und Lohnfeststellungen, durch communale Eigen-

nothing! The worker is undoubtedly a consumer as well as a producer, or he could not keep going and that would be a bad look-out for the consumers who are not producers. But he is more of a producer than a consumer, or where would be the capitalists, landlords, bankers, loan-mongers, and all the rest of the parasitical classes who certainly do not live on air, and are not, so far as we have been able to discern, supplied with comforts and luxuries from above? An economic theory which leaves out of account the worker as a producer, and seems to regard him only from his minor economic position as a consumer, is certainly not one which should find favour with the mass of those who live by daily toil.« (pag. 12-13.) — Auch die später folgenden Ausführungen über den Kampf gegen verbilligende Auslandsprämien sind kaum besonders glücklich in ihrer Kritik der Freihandelswidersprüche.

betriebe, durch Vergebung städtischer Arbeiten. Jeder Handelsvertrag, jede Gewerbeordnung, jede Regelung der Eisenbahntarife, jede Steuerfrage, jede Kleinbahnvorlage, jeder Canal- und Eisenbahnbau, sogar jede Strassenanlage, jede Staatslieferung, jedes Börsengesetz, jede Ordnung der Fleischbeschau, ja jede Festlegung des Entflammungspunctes beim Petroleum⁷⁾ und ähnlicher Alltagskram drängt die einen materiellen Interessen zurück und verschafft anderen materiellen Interessen freieren Spielraum oder einen wesentlichen Vorsprung — denn in der Concurrenzgesellschaft ist fast immer des einen Eule des anderen Nachtigall. Ohne Gefahren ist diese Entwicklung sicherlich nicht. Ich selber halte es für eines der wichtigsten und ernstesten Probleme unseres öffentlichen Lebens, entsprechende Gegengewichte gegen die Einseitigkeiten dieser, im Grunde unaufhaltsamen Entwicklung zu schaffen. Aber solche möglichen Einseitigkeiten und solche unleugbaren Gefahren sind noch niemals ein hinreichender Anlass gewesen, fatalistisch die Hände in den Schoß zu legen und auf Fortschritte zu verzichten, weil auch materielle Sonderinteressen bei diesen Fortschritten in Frage kamen. Gewiss, wenn England weiter beim Freihandel gut zu fahren glaubt, warum soll es auch noch den Streit um Zollsätze in sein Parlament hineintragen? Aber wenn man die alte Freihandelspolitik für überwiegend nachtheilig hält, dann werden derartige Gefahren wahrhaftig nicht ausschlaggebend sein, gegen den Protectionismus so wenig, wie gegen andere, materiell bedeutsame Staatseingriffe in den *sich selbst überlassenen Verkehr* — der in Wirklichkeit schon längst nirgends mehr sich selbst überlassen ist, auch in England nicht.

Ähnlich dürfte es mit einem zweiten, abermals von John Burns mit männlicher Entschiedenheit immer wieder betonten Einwand stehen: dass die Zölle gesteigerte Staatseinnahmen und damit eine Stärkung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Eroberungspolitik bewirken werden. Etwas Wahres ist auch daran. Theoretisch ist es sogar so unanfechtbar, wie $2 \times 2 = 4$; wenn England keinen Pfennig in seinen Staatscassen hat, so wird es keinen Matrossen und keinen Landsoldaten behalten oder neu einstellen können. Indes, in der politischen Praxis verläuft der Process wesentlich anders, als beim Denken im freien Raum und beim Pläneschmieden hinter dem Schreibtisch. England hat in den letzten Jahren die blieschmiedendsten Rüstungssteigerungen durchgesetzt. Im ganzen und ganzen blieb es dabei seiner alten Handelspolitik noch immer treu; es ging also auch anders, als durch Schutzzölle, und im Notfall der englische Militarismus weiter ohne Schutzzölle sich selber zu helfen und anderen zu raten wissen. Ausserdem leiden alle solche Vorschläge an dem tödtlichsten inneren Widerspruch: erst tut man, als ob man selber die parlamentarische Mehrheit zur Verfügung habe, und streicht heroisch die Staatseinnahmen weg — dann räumt man gnädigst den militaristischen Gegnern die Mehrheit wieder ein, aber die Gegner können damit nichts anfangen, weil ihnen schon im voraus die Staatsmittel entzogen sind! In Wahrheit bestimmt doch eine, im wesentlichen gleichartige Mehrheit Ausgaben so gut wie Einnahmen. Entweder ist diese Majorität arbeiterreformfreundlich, dann schaden selbst die Schutzzölle in dieser Richtung nicht, sondern in ihrem Ertrag gleichfalls inneren Reformen zugute kommen. Oder diese Mehrheit ist militaristisch, dann wird sie entweder, wenn sie vom Freihandel sich abwenden zu sollen glaubt, Schutzzölle nicht darum für schlechter halten, weil sie zugleich der Staatscasse recht erkleckliche Summen zuführen — oder sie wird, wenn sie eine Änderung

⁷⁾ Ich greife dieses Beispiel heraus, weil Burns selber sich über den englischen *Low Flash Oil-scandal* enttrübtet. Irre ich mich nicht, so handelt es sich dabei um einen verschleierten Kampf gegen americanisches Petroleum und gegen billige deutsche Lampen, und Burns scheint auf der Seite der mehr Sperrlustigen zu stehen. Nun also! Bei uns kann, wie man weiss, eine ähnliche Regelung eine grosse Bedeutung gewinnen, um russisches und rumänisches Petroleum gegen das americanische auszuspielen.

der Handelspolitik grundsätzlich verwirft, andere Einnahmequellen zu erschliessen wissen, wie sie das ohne Schwierigkeiten bisher gekonnt hat.

Alle von aussen, von ganz anderen Gebieten herbeigeholten Gründe scheinen mithin wenig durchschlagend. Handelspolitische Entscheidungen müssen und werden stets vorwiegend nach handelspolitischen Erwägungen fallen.

Hier jedoch bietet das freihändlerische Sammelwerk nicht gerade allzuviel. Indes ist manches in den mehr theoretischen Beweisführungen Hobsons lesenswert, und noch mehr zeichnen sich die Darlegungen von Barnes aus durch das ehrliche Bemühen, ruhig die Tatsachen zu ermitteln und aus den Tatsachen selber die notwendige Stellungnahme als Ergebnis abzuleiten. Der Generalsecretair des grossen Maschinenbauerverbandes beginnt sogar mit einer kräftigen Verwahrung gegen die optimistischen Einseitigkeiten vieler Freihändler:

»Manche denken, man habe Chamberlain genügend widerlegt, wenn man auf den vermehrten und sich vermehrenden Reichtum unseres Landes während der letzten fünfzig Jahre hinweist. Blendende Ziffernreihen lässt man aufmarschieren, um das Wachstum der Sparcasseneinlagen, den heutigen Zucker- und Teeverbrauch zu zeigen; und zuweilen bringt der Verteidiger des bestehenden Zustandes auch noch eine Statistik herbei, dass die Zahl und Grösse der Einkommen unter der *income tax* beträchtlich grösser und zahlreicher sind, als früher.

Ich gebe das alles zu, aber mir genügt das nicht. Gewiss, vermehrter Reichtum ist mit dem Freihandel gekommen, doch das beweist mir nicht, dass nun alles gut ist. Der *Cobden-Club* hat nur die Hälfte bewiesen, und zwar die weniger wichtige Hälfte. Ich möchte daher zunächst einige Tatsachen anführen, welche die andere Hälfte betreffen.

Ich denke . . . Vermehrung des Reichtums ist Nebensache, wenn gleichzeitig damit unser Massendasein leidet. Tatsächlich gibt es in jedem unserer industriellen Centren Tausende, unter Umständen zusammengepfercht, die ein anständiges gesundes Familienleben zur Unmöglichkeit machen, auf Löhne angewiesen, die noch nicht einmal eine Lebenshaltung gestatten, wie sie für unsere Gefängnisse, Arbeitshäuser und Casernen verlangt wird. . .

Mr. Chamberlain, als er noch auf dem rechten Weg war, gab ein ganz treffendes Bild der Lage, als er äusserte, das Gedeihen und Wohlbefinden und die Freiheit eines grossen Teils der Bevölkerung sei einer kleinen Zahl von Besitzern ausgeliefert, die weder pflügen noch spinnen. Um Mr. Chamberlains heutige Vorschläge zu bekämpfen, scheint es mir daher auch unzureichend, nur eine Abwehrverteidigung für den Freihandel zu führen. Man muss vielmehr dartun, wie dem Volk von dem produzierten Reichtum ein grösserer Anteil gesichert werden kann. . .

Der Freihandel kann nicht nur die Specialinteressen des Producenten vernachlässigen, er kann sie auch den Interessen des Consumenten und des Capitalisten zum Opfer bringen. Als Arbeiter und Gewerkschafter habe ich vor allem die Interessen des Producenten im Auge, und ich glaube, wenn wir unsere jetzige Stellung betreffs billiger Erzeugung aufrechterhalten wollen, so müssen wir sowohl die Production, wie den Handel freimachen. . . Wir müssen die Verbilligung der Production fördern, indem wir von der Arbeit den Alp der Müssiggänger ablösen.«

Allzuviel kommt freilich bei diesem Anlauf zu einer selbständigen Arbeiterclassenpolitik nicht heraus: die Grundwerte seien zu besteuern, die Landwirtschaft sei wissenschaftlich und genossenschaftlich zu betreiben, die municipale Fürsorge für Wohnungen und Verkehrsmittel zu erweitern:

»Dann und nur dann wird sich unser Volk nicht nur der Wohlthaten des Freihandels erfreuen können, sondern auch eines Masses von socialer und ökonomischer Freiheit, wie es der Freihandelstheorie unfassbar war.«

Barnes versucht nunmehr zu zeigen, wie einzelne Zölle die englische Production und Concurrenzfähigkeit schädigen müssten, und er kommt dabei immer:

wieder zu dem allgemeinen Schlusse, dass bei Freihandel die Hilfsquellen der Nation am vorteilhaftesten ausgenutzt und entwickelt würden. Vieles ist zweifellos zutreffend, ebenso, wie bei John Burns manche überlebte Befürchtungen betreffs des Maschinen- und Schiffsexportes, der industriellen Entfaltung auch anderer Nationen ganz glücklich zurückgewiesen sind. Doch diese Einzelheiten berühren wir hier nicht weiter.

Ein immer wiederkehrender freihändlerischer Trumpf findet sich natürlich bei unseren Gewährsmännern gleichfalls: dass die englische Handelsfreiheit, der Sporn der internationalen Concurrenz ein wagemutiges, umsichtiges und energisches Unternehmertum geschaffen habe. Besonders Holyoake entwirft die derbsten Schilderungen des unfähigen, in geistigen Winterschlaf verfallenen Fabrikanten der protectionistischen Zeit:

»Der Standard der Industrie war niedrig, die Unternehmer selber waren nicht aufgeweckt, sie zehrten meist von den Gedanken ihrer Vorgänger, wie Leute in Armenwohnungen die Ausdünstungen Anderer atmen. Schwächliche Köpfe waren nicht seltener, als schwächliche Körper. Der Freihandel war es, der frische Ideen, wie frische Luft, in Industrie und Handel brachte und Gesundheit, Kraft und Wachstum hervorrief. Der Protectionismus war die Nährmutter von Schlendrian und Mittelmässigkeit.«

Wie wenig auf solche vage Urteile zu geben ist, legt die Schrift von Rothstein wenigstens nahe. Denn für Rothstein ist der heutige englische Unternehmer — nach aller jahrzehntelanger Freihandelserziehung! — der Gipfel der Unfähigkeit, und ein wahrer geistiger Riese gegen ihn ist — der deutsche Grosscapitalist, der nunmehr ein Vierteljahrhundert Schutzzollpolitik hinter sich hat!! Man kann sich gar keinen grösseren Gegensatz gegen die oben erwähnte freihändlerische Fortschrittsbegeisterung denken, als wenn Rothstein schreibt:

»Eine Sache, die so einfach liegt, bedarf nicht der Zusammenfassung; sie ist so klar, wie das Sonnenlicht. Die britische Industrie ist im Niedergang begriffen, und die Schuld liegt bei den herrschenden Classen, welche in ihrer fast ungläublichen Unwissenheit, geistigen Trägheit und allgemeinen Untüchtigkeit es unterlassen haben, mit den Erfordernissen moderner Production und modernen Handels Schritt zu halten. So ist denn nicht, wie jetzt behauptet wird, das Vorgehen der fremden Länder verantwortlich zu machen für die *Krisis in der britischen Industrie*, noch auch, wie vor kurzer Zeit behauptet wurde, die Faulheit des britischen Arbeiters und seine gewerkschaftliche Taktik. Die Verantwortung liegt lediglich bei der Unternehmerklasse selbst. Dies ist der nackte, klare Tatbestand, der sich deutlich von dem vielfarbigem Hintergrund der oben zusammengetragenen concreten Tatsachen abhebt.«

Und auch hier ist es wieder der Socialdemokrat und Mitarbeiter der *Justice*, der den »älbernen Optimismus unseres Freihändlers« ver-spottet:

»Er versteht keinen einzigen Gesichtspunct der Frage, weil er die Frage selbst ableugnet. Nicht so der Schutzzöllner. Er weiss, dass Englands industrielle und commercielle Stellung nicht mehr dieselbe ist, die sie früher war. Er ist eher geneigt, den Ernst der Lage zu übertreiben, als zu unterschätzen.«

Gerade sehr socialistisch und tief vermag ich freilich die Auffassung, die Bedrängnis Englands auf dem Weltmarkt sei vor allem eine Bildungsfrage, auch nicht zu finden. Aber den etwas verzweifelten Sprung zu socialistischen Forderungen vollzieht alsdann Rothstein mit einer gewissen Eleganz: Die britische herrschende Classe ist in Wahrheit eine verfallende Classe, darum kann man von ihr »nicht viel Enthusiasmus für jene höchsten Güter des menschlichen Geistes erwarten . . . die englische Bourgeoisie hat ausgespielt«. Da somit der eine Weg verschlossen bleibt, auf dem sich die capitalistische Gesellschaft selber noch retten könnte — obwohl dieser Weg eigentlich recht leicht gangbar erscheint —, so muss das Proletariat den letzten und einzigen Ausweg schaffen:

Herrschaftsentsetzung des Capitalismus und Einführung des Socialismus an seiner Statt!

Auch Lee kehrt schliesslich nach seiner wegwerfenden Kritik des Liberalismus- und des Freihandels zurück zur grundsätzlichen Forderung der Gesellschafts-umformung im socialistischen Sinne, allerdings in anderer Begründung, als Rothstein. Für den bürgerlichen, *capitalistischen* Freihandel hat Lee, wie hervorgehoben, nur bittere Anklagen übrig. Aber der Schutzzoll muss nicht minder bekämpft werden, weil hinter ihm der allbritische Reichszollverein und damit das politische Bündnis zwischen Mutterland und Colonieen *gegen die ganze Welt* steht. Die Katzbalgerei um Schutzzoll und Freihandel sei daher lediglich ein *Streit zwischen den Habicht und Krähen*, die Lohnslaverei der Arbeiter werde dadurch nicht berührt, darum »können die Socialdemokraten bei dieser Controverse keiner Seite sich anschliessen«, sie müssen sich um die Forderungen der von capitalistischen Drahtziehern unabhängigen Arbeiterbewegung scharen, eben um das socialdemokratische Programm:

»Gerade weil wir Freihändler im besten und vollsten Sinne sind, müssen wir uns den capitalistischen Freihändlern widersetzen, die für die Interessen der Arbeiter zu sorgen vorgeben, wenn sie ihnen billige Lebensmittel zusichern, während sie nur nach billiger Arbeitszufuhr streben, ebenso wie nach billiger Zufuhr aller anderen Rohstoffe. Gegen den Götzen der Billigkeit, mit seinen Fälschungen, seinem Schwitzsystem und allen anderen *legitimen Formen des Wettbewerbs*, und ebenso gegen das imperialistische Idol des Zollvereins stellen wir Socialisten das höhere Ideal: die Masse frei, sowohl von capitalistischer Ausbeutung wie von Rassenhass, für den Bedarf und nicht für den Profit producierend, und ein genossenschaftliches Gemeinwesen gründend, in dem capitalistischer Freihandel wie Schutzzoll gleichermaßen unbekannt sein werden.«

Damit schliesst die Broschüre Lees, des Parteisecretairs der *Social Democratic Federation*, also der uns in Programm und Agitationsweise am nächsten stehenden politischen Arbeiterorganisation Englands.

× Ich bin niemals ein Freund davon gewesen, Urteile über politische Strömungen unter den Arbeitern des Auslandes abzugeben. Ich begnüge mich darum auch heute mit diesem mehr referierenden Überblick. Als Ergebnis wird man jedoch festhalten dürfen: dass die bisherige Stellungnahme der englischen Arbeiterführer weit davon entfernt ist, eine einheitliche und folgerichtige zu sein. Die gegensätzlichen Anschauungen werden sich wahrscheinlich mit der fortschreitenden Agitation noch schärfer in der Presse und Literatur ausprägen.

Und die Arbeitermassen? Darüber werden wohl erst allgemeine Wahlen Klarheit schaffen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE BEDEUTUNG DER LOHNFORMEN

Die Verwerfung der Lohnarbeit in jeder Form entspricht der utopistischen Vorstellung von der Auflösung der Gesellschaft in kleine, als Wirtschaftseinheiten in sich abgeschlossene, streng oder halb communistische Gemeinschaften (Phalansterien, Heimcolonieen), der nicht minder utopischen Idee der Verwirklichung des *Rechts auf den vollen Arbeitsertrag* durch Productivgenossenschaften der Arbeiter oder schliesslich der Utopie eines Gleichheitsstaats, wie ihn namentlich Babeuf und Cabot

entworfen haben. Alle diese Utopieen sind in einer Zeit erwachsen, wo die Industrie ihre Revolution der Wirtschaft nur erst sehr unvollkommen ausgeführt hatte; ihnen haften noch in verschiedener Abstufung die Eindrücke einer Wirtschaftsepoche an, wo der Güterverkehr noch wesentlich örtlich beschränkt oder an wenig ausgedehnte Bezirke gebunden war und grosse capitalistische Productionsbetriebe eine Ausnahme bildeten. In jener Zeit wurde die Forderung *Beseitigung des Systems der Lohnarbeit* zum Kampfruf der socialistisch gesinnten Arbeiterschaft erhoben und ist es noch bis in die gegenwärtige Epoche der entwickelten capitalistischen Grossproduction geblieben. Dies, obwohl niemand, der über die Dinge etwas nachgedacht hat, darüber im Zweifel sein kann, dass im Angesicht der ungeheuren Steigerung des Verkehrs, wie sie sich seitdem vollzogen hat, und der gewaltigen Vermehrung der Güter nach Menge und Art an eine Beseitigung der Lohnform auf absehbare Zeit hinaus eben so wenig zu denken ist, wie an eine Abschaffung des Geldes, mit welchem letzterem der Arbeitslohn als Arbeitsentgelt überhaupt in mehrfacher Hinsicht in Zusammenhang steht. Vielmehr wird die Lohnform sich neben steigenden Naturleistungen der Gesellschaft voraussichtlich noch bis ziemlich weit in die der capitalistischen folgende Wirtschaftsordnung hinein forterhalten.

Eine der Rückwirkungen, die das Fortleben jenes in utopistischen Gedankenzügen wurzelnden Schlagworts zur Folge gehabt hat, ist die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Untersuchung der Formen des Arbeitslohns und ihrer Grundlagen von seiten der theoretischen Vertreter des Socialismus. Selbst bei Marx geht das Capitel vom Arbeitslohn in Bezug auf diesen Punct über eine ziemlich äusserliche Empirie wenig hinaus.¹⁾ Zeitlohn und Stücklohn werden in ihren Hauptzügen beschrieben und auf ihre allgemeine Beziehung zum Mehrwert gekennzeichnet; aber die Frage, ob zwischen der Art der Arbeit und der Form des Lohns ein notwendiger Zusammenhang besteht, wird nur beiläufig und obenhin gestreift. Wohl heisst es am Anfang des Capitels, das vom Stücklohn handelt: »In den eigentlichen Fabriken, wo Stücklohn allgemein vorherrscht, entziehen sich einzelne Arbeitsfunctionen aus technischen Gründen dieser Messung und werden daher nach Zeitlohn gezahlt.«²⁾ Das deutet wenigstens darauf hin, dass zwischen der Art der Arbeit und der Art ihrer Löhnung ein gewisser innerer Zusammenhang besteht. Aber der Zusammenhang wird nicht näher bezeichnet beziehungsweise nur auf das Moment der Messung bezogen. Marx fährt dann fort: »An und für sich ist es jedoch klar, dass die Formverschiedenheit in der Auszahlung des Arbeitslohns an seinem Wesen nichts ändert, obgleich die eine Form der Entwicklung der capitalistischen Production günstiger sein mag, als die andere.« Was hier erst hypothetisch ausgesprochen wird, wird einige Seiten später recht apodiktisch verkündet: »Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich, dass der Stücklohn die der capitalistischen Productionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns ist.«³⁾ In der Sturm- und Drangperiode der grossen Industrie, namentlich von 1797 bis 1815, habe er als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung des Arbeitslohns gedient. Und etwas weiter unten: »In den dem Fabrikgesetz unterworfenen Werkstätten wird Stücklohn allgemeine Regel, weil das Capital dort den Arbeitstag nur noch intensiv ausweiten kann.«⁴⁾ Wozu als Note der Satz aus den Fabrikinspectionsberichten von 1858 folgt: »Die Arbeiter auf Stücklohn bilden wahrscheinlich $\frac{1}{6}$ aller Arbeiter in den Fabriken.«

¹⁾ Vergl. darüber auch L. Bernhard: *Die Accorarbeit in Deutschland* [Leipzig 1903], pag. 54.

²⁾ Vergl. Karl Marx: *Das Capital*, I. Bd., 4. Aufl., [Hamburg 1890], pag. 514.

³⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 518.

⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 520.

Über das in diesen Sätzen Gesagte ist die Literatur der Schüler von Marx nicht hinausgekommen; sie ist vielmehr, weil sie im Angesicht des vorerwähnten Schlagworts mit ihnen nichts anzufangen wusste, lange Zeit ein gutes Stück dahinter zurückgeblieben. Die generelle Verwerfung des Stücklohnsystems, das schlechtweg mit dem Accordlohnsystem identifiziert wurde, dictierte den bekannten Beschluss des Brüsseler internationalen Socialistencongresses /1891/, der die Arbeiter allerorts zum Kampf wider das Stücklohnsystem aufrief, aber trotz kräftiger und andauernder Unterstützung durch die socialistische Arbeiterpresse fast absolut wirkungslos geblieben ist. Kaum ein Jahr nach Verkündung der Resolution beschloss eine grosse nationale Conferenz des Verbands der englischen Maschinenbauer, der sich bis dahin der Stücklohnarbeit feindlich gegenübergestellt hatte, sie unter bestimmten Bedingungen zuzulassen, und 1893 traten die Arbeiter der Schuhfabriken von Norfolk in einen langen und hartnäckig geführten Ausstand, weil die Fabrikanten von der Stückerarbeit zum Zeitarbeitslohn übergehen wollten. Das war England. Aber auch Deutschland hatte in den neunziger Jahren seinen Kampf von Arbeitern für Beibehaltung der Stück- beziehungsweise Accorarbeit. Es waren die Maurer Flensburgs, die im Jahre 1896 einen 16 Wochen dauernden Ausstand für Beibehaltung des dortigen Accordsystems gegen Übergang zum Zeitlohnsystem führten. In seiner Schrift *Die Accorarbeit in Deutschland* constatiert L. Bernhard auf Grund der von ihm nachgelesenen Berichte der deutschen Gewerkschaftspresse, dass in der ganzen Zeit seit 1891 nur in wenigen vereinzelt Gewerben ein Kampf gegen die Stücklöhne gespielt hat, dass aber zum Beispiel bei den Holzarbeitern zur selben Zeit, wo das Fachorgan im redactionellen Teil in schärfster Weise gegen die Accorarbeit Stellung nimmt, in den Berichten aus den Mitgliedschaften immer nur von Kämpfen für Abänderung oder Regelung, nicht aber von solchen für Abschaffung der Accorarbeit die Rede ist.⁵⁾

Man könnte dies als eine Bestätigung der Bemerkung von Marx betrachten, die Stück- oder Accordlöhnung sei die dem capitalistischen System entsprechendste Form der Löhnung. Indes, so einfach liegt die Sache doch nicht. Der Zeitlohn überwiegt auch heute noch vielfach in sehr capitalistischen Unternehmungen, und der Stücklohn wie der Accordlohn herrschen in ziemlich kleinbürgerlichen Unternehmungen vor. Nach den Webbs⁶⁾ hielten zur Zeit der Abfassung ihrer *Industrial democracy* 49 Gewerkschaften mit zusammen 573 000 Mitgliedern an Stücklöhnen fest, 38 Gewerkschaften mit zusammen 290 000 Mitgliedern an Zeitlöhnen, während 24 Gewerkschaften mit zusammen 140 000 Mitgliedern Zeit- und Stücklöhne anerkannten. So weit die organisierten Arbeiter. Was die Gesamtarbeiterschaft betrifft, so berechnet der im Jahre 1900 veröffentlichte Bericht des britischen Arbeitsamts über die Normalsätze der Stücklöhne und Wandeltarife, dass, Handel und die liberalen Berufe ausgenommen, aber Landarbeiter und Dienstboten eingeschlossen, von allen um Lohn arbeitenden Personen im Vereinigten Königreich 74% Berufen oder Gewerbszweigen angehören, in denen Zeitlöhne, 26% solchen, in denen Stücklöhne vorwiegen. Zieht man davon die Landarbeiter und Dienstboten ab, so stellt sich das Verhältnis so: 61% der Arbeiter entfallen auf Gewerbe, in denen Zeitlöhne, 39% auf solche, in denen Stücklöhne überwiegen. Es wurde danach im Jahre 1900 die

⁵⁾ Vergl. die in Note 1 angegebene Schrift von Bernhard, pag. 77 ff.

⁶⁾ Sidney und Beatrice Webb: *Industrial democracy* (London 1898), deutsch erschienen unter dem Titel *Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine*, Stuttgart 1898

Mehrheit der englischen Arbeiter im Zeitlohn beschäftigt. In Frankreich ergab eine in den Jahren 1891 bis 1893 vom staatlichen Arbeitsamt angestellte Untersuchung, dass in den gewerblichen Unternehmungen — die Landwirtschaft, Fischerei, der Seedienst, der häusliche Dienst und der Eisenbahndienst ausgenommen — 70 % der Angestellten im Zeitlohn und 30 % im Stücklohn arbeiteten. Im Eisenbahndienst wurden eine Anzahl Werkstättenarbeiter auf Stücklohn beschäftigt, sonst bestand allgemein die Bezahlung nach Zeit. In Deutschland fehlt es noch an einer ähnlichen allgemeinen Statistik. Es gibt hier nur Erhebungen aus vereinzelt Berufen, die obendrein meist nur einzelne Ortschaften oder Districte betreffen. Hier zwei Beispiele.

Im Jahre 1900 veranstaltete der deutsche Buchbinderverband eine statistische Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in den deutschen Buchbindereien und verwandten Berufen, an der sich die Gehilfenschaft von 226 Ortschaften beteiligte. Zu den gestellten Fragen gehörte auch die nach der Lohnungsweise, das heisst, ob im Stücklohn, im Accord, abwechselnd in Zeit- und Accordlohn, ob bei Kost und Logis gearbeitet wurde (Frage 5 des Werkstattbogens und Frage 7 des Personenfragebogens). Über die Beantwortung heisst es in dem höchst lesenswerten Bericht über die Erhebungen: »Bei der Frage nach der Entlohnungsart wurden öfters zwei bis drei, ja, alle vier bis fünf Fragen beantwortet. Auch hier war es manchmal nicht sehr einfach, die zutreffende Entlohnungsart mit ziemlicher Sicherheit festzustellen. Manche hatten wiederum diese Frage mit *Stückzeitlohn* und dergleichen bezeichnet.«⁷⁾ Demgemäss fehlt es denn auch an einer Zusammenstellung der Verteilung der verschiedenen Lohnungsarten im ganzen Zählungsgebiete. Was die drei Hauptorte der deutschen Buchbinderei: Berlin, Leipzig und Stuttgart betrifft, so waren nach dem in seiner Art geradezu vorzüglichen Berliner Bericht laut den Werkstattfragebogen beschäftigt:

		im Accord-	abwechselnd
	im Zeitlohn	oder Stück-	im Zeit- oder
		lohn	Accordlohn

Gehilfen	954	554	120
Hilfsarbeiter	275	40	4
Arbeiterinnen	961	1788	101

Die entsprechenden Zahlen für Leipzig waren:

Gehilfen	484	1157	65
Hilfsarbeiter	73	11	11
Arbeiterinnen	456	1042	100

und für Stuttgart, von wo ebenfalls ein sehr genauer Bericht vorliegt:

Gehilfen	343	179	60
Hilfsarbeiter	58	3	3
Arbeiterinnen	113	271	33

Wir sehen hier, dass während bei den Arbeiterinnen an allen drei Orten der Accordlohn und bei den Hilfsarbeitern ebenso der Zeitlohn überwiegt, bei den Gehilfen Leipzig ein anderes Bild zeigt, als Berlin und Stuttgart. Dort arbeitet die Mehrzahl der Gehilfen im Accordlohn, hier im Zeitlohn.

Auskunft über die Lohnungsart gibt ferner eine Erhebung, welche die Verwaltungsstelle Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1902 über die

⁷⁾ Vergl. *Statistische Erhebungen in den Buchbindereien und verwandten Berufen Deutschlands im Jahre 1900* [Stuttgart 1902], pag. 7.

Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie veranstaltet hat. Sie erstreckte sich laut dem darüber veröffentlichten Bericht auf insgesamt 1042 Betriebe, in denen 33 479 Personen beschäftigt waren, fast genau ein Drittel der überhaupt in Berlin berufstätigen Metallarbeiter. Nach ihr hatten:⁸⁾

Lohnform	Betriebe mit bis zu 100 Personen		Betriebe mit 101 bis 500 Personen		Betriebe mit über 500 Personen		alle Betriebe zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
vorwiegend Stücklohn	337	52,25	79	60,77	143	65,30	559	56,24
vorwiegend Zeitlohn	230	35,66	47	36,15	60	30,14	343	34,50
beides ziemlich gleich	78	12,09	4	3,08	19	4,50	92	9,26

Die Mehrzahl der gezählten Arbeiter waren hiernach in Stücklohn tätig, der gerade in den grössten Betrieben am stärksten überwiegt. Immerhin bleibt noch in allen Grössenklassen ein grosser Procentsatz von Arbeitern übrig, die im Zeitlohn arbeiteten.

Ähnlich in den andern Gewerben. Ein streng einheitliches Bild finden wir in den wenigsten Fällen. Man könnte verleitet sein, daraus zu schliessen, dass die Wahl der Lohnform etwas mehr Zufälliges sei; aber die völlige Wirkungslosigkeit des Brüsseler Beschlusses nötigt im Verein mit der Tatsache, dass Arbeiter immer wieder für den Stück- oder Accordlohn gegen den Zeitlohn kämpfen, zu der Folgerung, dass es ganz bestimmte Umstände sein müssen, die je nachdem den Unternehmern oder Arbeitern oder auch beiden die eine oder andere Lohnform als die zweckmässigere erscheinen lassen. Damit ergibt sich aber auch schon die Notwendigkeit, diese Umstände genauer zu untersuchen und nach wissenschaftlichen Massstäben für die Wertung der Lohnformen zu forschen.

Das kann selbstverständlich nicht im Rahmen eines einzelnen Artikels geschehen. Wer das Buch von Schloss⁹⁾ gelesen hat, das bis jetzt noch das beste Werk über diesen Gegenstand bildet und in der schon erwähnten Schrift von Bernhard eine wertvolle Ergänzung gefunden hat, wird ohne weiteres zur Erkenntnis gelangt sein, dass es sich hier um eine Materie handelt, deren erschöpfende Analyse und Darstellung ein Eingehen auf sehr viele Einzelheiten verschiedener Art erheischt. Die Lohnform ist in der Regel die Resultante aus verschiedenen Factoren, die in den einzelnen Productionszweigen, je nach deren Technik und der Disposition ihrer Arbeiter, in verschiedener Stärke wirken und daher notwendigerweise abweichende Ergebnisse zur Folge haben. Der scheinbare Zufall ist, wie überall, auch hier das gesetzmässige Ergebnis von Abweichungen in den Verbindungsgliedern. Wir können auf den grössten Teil der Combinationen, die dabei in Betracht kommen, hier nicht eingehen, sondern müssen uns auf einige Bemerkungen über die Hauptformen der Lohnberechnung und die Momente beschränken, die für ihre Beurteilung entscheidend ins Gewicht fallen.

In dem Vorhergehenden wurde, dem Sprachgebrauch folgend, principiell nur zwischen Zeitlohn einerseits und Stücklohn- oder Accordarbeit andererseits unterschieden. Arbeit im Stücklohn und Accordarbeit erscheinen da als wesensgleich. Und so werden sie auch vielfach in der Fachliteratur behandelt, wobei die einen die Stücklöhnung, die anderen den Accord als das umfassende Princip hinstellen, von dem je nachdem dieser oder jene nur eine Unterform bilden. Bei Marx zum Beispiel

⁸⁾ Vergl. *Ergebnis der statistischen Erhebungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metallindustrie in Berlin* (Berlin 1903), pag. 23.

⁹⁾ David F. Schloss: *Methods of industrial remuneration*. 3. Aufl. (London 1898).

ist der Stücklohn die Oberform und wird der Accord als eine blosse Abart davon behandelt, während Bernhard dagegen die Stücklohnarbeit nur als eine besondere Form der Accorarbeit vorführt. Wir halten das eine für so willkürlich, wie das andere. Wohl haben die genannten Lohnformen ein wichtiges Element mit einander gemein, aber gleichzeitig sind sie auch so stark unterschieden, dass die Betrachtung der einen als eine Unterform der andern eine theoretische Unmöglichkeit ist und praktisch zu den grössten Missgriffen verleiten kann. Wir kommen dem Anspruch auf folgerichtige Begriffsbestimmung vielmehr am nächsten, wenn wir auf das beiden Lohnformen gemeinsame Moment zurückgehen und auf Grund dieses letztern den Haupt- und Oberbegriff zu bilden suchen. Stücklohn und Accordlohn haben nun das eine gemeinsam, dass bei ihnen der Lohn nach der Leistung oder dem verrichteten Werk bemessen wird, ob das Werk nun sich in einem Product verkörpert oder in Dienstleistungen irgend welcher Art bestand, wie Aufsicht, Pflege, Reinigungsarbeit etc. Sie sind beide zunächst Werklohn und in ihrer speciellen Bestimmtheit je Abarten oder Unterformen von ihm. Hält man daran fest, so wird man ohne weiteres zu der Folgerung genötigt, dass, was von der einen dieser Unterformen festgestellt werden kann, darum noch nicht schlechtweg auf die andere übertragen werden darf. Man wird, statt zur Verwischung der zwischen ihnen bestehenden Wesensunterschiede, zu ihrer genaueren Prüfung veranlasst, was dann bald zu der weiteren Erkenntnis führt, dass hüten wie drüben noch sehr wichtige Besonderheiten zu unterscheiden sind, die in der Praxis grosse Unterschiede in den Wirkungen bedeuten.

Stellen wir den zusammenfassenden Oberbegriff *Werklohn* dem *Zeitlohn* gegenüber, so haben wir in dem einen Fall die Bezahlung des Arbeiters nach dem Resultat seiner Arbeit oder Anstrengung, das heisst dem gefertigten oder geleisteten Werk, im andern die Bezahlung nach der aufgewendeten Arbeits- (oder Dienst-)Zeit. Aber der Unternehmer setzt die Arbeitskraft des Arbeiters nicht um der Zeit, sondern um des Werks willen in Bewegung. Selbst wenn er ihn nach der aufgewendeten Zeit zahlt, hat er doch stets dabei das in dieser geleistete oder zu leistende Werk im Auge. Voraussetzung ist, dass der Arbeiter in einer bestimmten Spanne Zeit ein bestimmtes Quantum Werk leistet. Der Zeitlohn birgt fast durchgängig die Grundidee des Werklohnes in sich, und das wird dem Arbeiter auch durch allerhand Mittel sehr deutlich zum Bewusstsein gebracht. Auf der andern Seite steckt aber auch im Werklohn stets der Zeitlohn. Denn bei Festsetzung der Werklohnbedingungen wird in der Regel stillschweigend oder auch ausdrücklich darauf Bezug genommen, wieviel des betreffenden Werks der Arbeiter von Durchschnittsbefähigung in einem bestimmten Zeitraum zu leisten im stande ist — beziehungsweise wird ihnen ein Normalzeitlohn zu Grunde gelegt. Namentlich will und muss der Arbeiter ein Bild davon haben, wieviel Lohn er bei normaler Anspannung in einem gegebenen Zeitraum (Arbeitstag oder Woche) zu erzielen im stande ist. Wo mit dem Werklohn Unsicherheit hinsichtlich dieses Punctes verbunden ist, und in dem Masse, wie dies der Fall, wird er dem Arbeiter stets widerwärtig sein. Wie der Fabrikant eine Normalleistung, so hat der Arbeiter einen Normallohn im Auge. Auf Grund dieser Verschiedenheit der Gesichtspuncte hängt die Bestimmung der Lohnform in vielen Fällen von der Entscheidung darüber ab, welche der beiden Parteien jeweilig die stärkere Marktposition inne hat.

Bisher hat im allgemeinen die Entscheidung über die Lohnform bei den Unternehmern gelegen. Fragen wir nach den Rücksichten, von denen sie dabei ausgingen, so führt Marx, wie wir gesehen haben, zwei als massgebend ins Feld: di-

Rücksicht auf die Messung der Arbeitsleistung und die auf die möglichste Verdichtung der Arbeit. Damit sind nun natürlich die Rücksichten, die für den Unternehmer in Betracht kommen, keineswegs erschöpft; er hat je nachdem auf Qualität der Arbeit grossen Wert zu legen, sowie auf schonende Behandlung seiner Arbeitsmaterialien: Maschinen, kostbare Roh- und Halbstoffe in der Industrie, wertvolle Tiere in der Landwirtschaft. Während nun die ersten beiden Rücksichten in der Tat zu irgend einer Form des Werklohnes drängen, nötigen die letzteren, wie man bei Schloss nachlesen kann, der viele Beispiele dafür anführt, sehr oft, vom Werklohn abzusehen und beim Zeitlohn zu bleiben oder zu ihm zurückzukehren. Andere Factoren, die gegen den Werklohn sprechen, bestehen in der von Marx betonten Schwierigkeit, die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters genau abzumessen, — siehe oben — sofern nicht diesem Umstand durch ein System combinierter Werklöhnung (Gruppenaccord etc.) abgeholfen werden kann; ferner in der Unvermeidlichkeit unfreiwilliger Arbeitspausen für den Arbeiter, wie sie bei complicierten Arbeitsprocessen (Hüttenarbeit etc.) nicht selten vorkommen, und ähnlichen Eigentümlichkeiten mehr.

Kann oder will der Unternehmer die Arbeit nicht gegen Werklohn anfertigen lassen, so hat er zwei Mittel, dafür zu sorgen, dass der Arbeiter im Zeitlohn die für nötig erachtete Menge Arbeit leistet. Entweder vergibt er die Arbeit an Zwischenpersonen (Werkmeister, Poliere, Zwischenunternehmer) in Verding, die dann darauf achten, dass der Arbeiter die Arbeitszeit nicht vertrödelt, oder er stellt direct bezahlte Aufseher für diese Überwachung an. Den ersteren Ausweg bezeichnet man vielfach mit dem Wort *Accord*, und er hat nicht wenig dazu beigetragen, die Accordarbeit verhasst zu machen. Tatsächlich können aber solche Accorde überhaupt nicht den Methoden der Löhnung zugerechnet werden.

Accordlohnarbeit liegt da vor, wo Arbeiten an einzelne Arbeiter oder Gruppen von Arbeitern im Geding vergeben werden. Dass sie namentlich da, wo die Arbeiter infolge mangelnder Organisation oder starken Angebots von Arbeitskräften wenig widerstandsfähig sind, zu starker Herabdrückung der Löhne führen kann, steht ausser Frage. Die Geschichte der Arbeit ist an Beispielen dafür überreich. Es steht aber auch ausser Frage, dass in der Industrie solche Verdingungen heute oft schwer zu umgehen sind und dass, wenn die Arbeiter sie ablehnen, der Unternehmer seine Zuflucht eben zur Vergabung an einen Zwischenunternehmer nimmt, wobei der Arbeiter nicht besser, sondern schlechter fortkommt, als beim Arbeitergruppenaccord. Sind die Arbeiter zu schwach, einer Übervorteilung bei diesem sich zu widersetzen, dann sind sie auch nicht in der Lage, eine Herabdrückung ihres Zeitlohns oder Überspannung durch den Accordmeister zu verhindern. Es ist also schon bei dieser, unstrittig mit vielen Mängeln behafteten Form der Werklohnarbeit nicht zweckmässig, den Arbeitern unterschiedslos von ihr abzuraten. Denn gewöhnlich haben sie die Kosten für den Zwischenunternehmer oder Aufpasser zu zahlen.

Wir übergehen die Unterformen des Gruppenaccords und wenden uns der anderen Form des Werklohns, der Stücklohnarbeit, zu. Auch hier setzen wir die Schattenseiten dieser Lohnform für den Arbeiter als bekannt voraus. Wo der Stücklohn einseitig vom Fabrikanten festgesetzt wird, kann er zum Mittel einer Arbeitstreiberei werden, die vorzeitige Ausmergelung des Arbeiters, Preisgabe seiner Sicherheit und Ausspielen von Arbeiter gegen Arbeiter als Lohndrucker bedeutet. Der Widerstand der Arbeiter gegen solches Stücklohnsystem ist nur zu berechtigt

und in jeder Weise zu unterstützen. Ganz anders da, wo es möglich ist, die Unternehmer zur Vereinbarung von Stücklohnтарifen mit den organisierten Arbeitern zu bewegen. Hier würde die generelle Verwerfung der Stücklöhnung noch weniger zum Vorteil der Arbeiter ausschlagen, als beim Accordlohnsystem. Der Unternehmer wird unter den heutigen Verhältnissen nicht darauf verzichten, für einen bestimmten Lohn ein bestimmtes Quantum Arbeitsleistung oder *Werk* zu verlangen, und er wird daher, wenn ihm das Mittel der Stücklöhnung verweigert wird, immer wieder durch verstärktes Aufseherwesen das Ziel zu erreichen suchen, dessen Kosten, wie oben gezeigt, schliesslich stets die Arbeiter zu tragen haben.

Es kommt hierbei in Betracht, dass die moderne Industrie mit beständigen Umwälzungen der Technik, Anschaffung neuer und oft kostspieligerer Maschinerie etc. zu rechnen hat. Sie ist deshalb auch darauf angewiesen, dass die Lohnform elastisch genug ist, sich den technischen Änderungen jeweilig anzupassen. Diese grössere Elasticität besitzt aber der Stücklohn, bei dem eine weitgehende Tarifierung von Teilarbeiten möglich ist und auch statt hat, deren Combination wechseln kann, ohne dass deshalb die beteiligten Arbeiter in ihrem Einkommen geschädigt werden, und der zugleich die Bürgschaft für die erforderliche Ausnutzung der Maschine bietet.

Handelte es sich hierbei lediglich um das Spiel der Interessen von Unternehmer und Arbeiter, so würde der letztere Gesichtspunct uns gleichgiltig lassen können. Tatsächlich steht aber hier im Hintergrunde das allgemeine gesellschaftliche Interesse an steter Vervollkommnung und Verbilligung der Production.

So verwerflich die Stücklöhnung überall da ist, wo sie dazu dient, die Arbeiter zur Überarbeitung und gegenseitigen Unterbietung zu peitschen, so wenig lässt sich da gegen sie einwenden, wo sie einen von organisierten Unternehmern und Arbeitern vereinbarten und ständiger gemeinsamen Controle unterworfenen Tarif zur Grundlage hat. Wo diese Controle verbürgt ist, ist sie eine höhere Form der Arbeitslöhnung, als der einfache Zeitlohn, ist sie, soweit vorauszusehen, die Lohnform der nächsten socialistischen Zukunft.

Eine socialistische Gesellschaft wird genau dasselbe Interesse an möglichst ausgiebiger Ausnutzung ihrer Productionsmittel haben, wie die capitalistische. Dies unter anderm schon deshalb, weil sie die Vorbedingung durchgreifender allgemeiner Herabsetzung der notwendigen Arbeitszeit ist. Welches Mittel aber hat sie, diese Ausnutzung zu verbürgen? Sie wird weder die Hungerpeitsche in Bewegung setzen, noch wird sie zum System der antreibenden Aufpasser greifen wollen. Die anziehende Arbeit Fouriers ist für die grosse Mehrheit der in der Industrie zu verrichtenden Arbeiten vorläufig noch ein Traum, und in der Production, die das grosse Publicum nur mittelbar berührt, wird das höhere Pflichtgefühl sich weniger stark äussern, wie bei öffentlichen Diensten unmittelbaren Charakters. Die Gesellschaft wird auch die Bewegungsfreiheit nicht einschränken, sondern sie im Gegentheil in jeder Weise steigern wollen. Aus all diesen Gründen und unter ihren Rückwirkungen wird es geradezu unvermeidlich, die in der Production tätigen Elemente der Gesellschaft materiell an ihrer Ökonomie zu interessieren. Dies kann aber zweckmässig nur durch ein ausgebildetes Werklohnsystem geschehen.

Wie man eine lange Zeit glaubte, in der Productivgenossenschaft die höhere Form der Production gefunden zu haben, bis sich ihre Irrationalität geradezu unabweisbar herausstellte, so hat es auch eine gute Weile gedauert, bis man hinter die Irrationalität des Systems der Beteiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn kam. Heute höchstens in kleinen und mittleren Betrieben oder spezialisierten Unter-

nehmungen anwendbar, wo sein Erfolg aber auch — und gerade dies beweist seinen irrationalen Charakter — ganz von der Person des Leiters des Geschäfts abhängt, verliert es bei den für die entwickelte capitalistische Wirtschaft typischen Unternehmungen jeden Sinn und würde es dem Gedanken einer socialistischen Wirtschaft geradezu ins Gesicht schlagen. Es ist nicht socialistisch, sondern particularistisch — wir wählen absichtlich diese Bezeichnung, und nicht das oft dem Begriff *socialistisch* gegenübergestellte Wort *individualistisch*, weil sie den Gegensatz, um den es sich hier handelt, genauer zum Ausdruck bringt. Nicht das Individuelle, sondern das Particularistische ist dem Socialismus feindlich. Die Beteiligung am Geschäftsgewinn bringt die Arbeiter des betreffenden Unternehmens in einen Gegensatz sowohl zum Gemeinwesen als consumierender Einheit, als auch zu ihren übrigen Berufsgenossen. Das erstere findet beim Werklohn überhaupt nicht, das letztere nur beim Werklohn in seiner rohen Form als individueller Accord statt. Wenn die Arbeiter diesen im allgemeinen verwerfen — und zu ihm gehört auch dem Begriff nach der Accord des Einzelunternehmers mit kleinen Arbeitergruppen (*Colonnen*) etc. —, so haben sie sowohl die Erfahrung, wie die theoretische Betrachtung für sich. Der individuelle Accord ist meist ein Auskunftsmittel der capitalistischen Wirtschaft in ihren Anfängen; er steht auf einer Stufe mit dem individuellen Schacher beim Warenkauf. Und wie dieser in der Epoche des entwickelten Capitalismus dem System der festen Preise weichen muss, so muss auch der individuelle Accord dem System der festen Löhne weichen, das aber nicht im einfachen Zeitlohn seine höchste Verwirklichung findet, der vielmehr, wie Sidney Webb es in einer Zuschrift an den Verband der englischen Maschinenbauer ausdrückt, eine rohe und barbarische Form der Löhnung darstellt¹⁰⁾, sondern im tariimässig festgelegten **Werklohn** oder **Werkzeitlohn**.

Der Werkzeitlohn entspricht dem Lohnprincip, wie es Rodbertus in seiner Abhandlung *Der Normalarbeitstag* vorgeschlagen hat. Rodbertus verband mit einer bemerkenswerten Fähigkeit begrifflichen Folgerns einen starken Sinn für die realen Tatsachen — nichts lächerlicher, als die Sitte, das theoretische Denken als einen Gegensatz zur Würdigung der Praxis zu betrachten. Er sah die Unmöglichkeit ein, das *Recht auf den vollen Arbeitsertrag* in absehbarer Zukunft zu verwirklichen, er sah auch die Schwierigkeiten der mechanischen Regelung des Arbeitstags, und so arbeitete er als ein Gegenmittel gegen die steigende Herabdrückung der Lohnquote des Arbeiters den Plan eines normalen Werkarbeitstages aus, bei dem Leistung und Arbeitszeit in ein geregeltes Verhältnis gebracht werden sollten. In welche Irrtümer er dabei verfiel, soll hier unerörtert bleiben. Von Interesse ist, dass der Kern seiner Idee verschiedentlich in der Praxis sich durchgesetzt hat. Am classischsten vielleicht in dem zu Leicester am 9. November 1898 ratificierten Lohntarif in der Schuhwarenfabrikation von Ostengland. Dieser, nach langem Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu stande gekommene Tarif setzt Stücklöhne bis in die kleinsten Einzelheiten fest, wird aber in der Praxis fast nur als Leitfaden bei Streitigkeiten darüber verwendet, wie viel Arbeit innerhalb der normalen Arbeitszeit vom Arbeiter zu leisten ist. Der Form nach erhält der Arbeiter **Zeitlohn**, dem Wesen nach ist seine Bezahlung aber ebensogut **Werklohn**. Oder vielmehr, sie ist eine Combination beider, für die der angemessene Name *Werkzeitlohn* oder auch

¹⁰⁾ Der Brief, der im Octoberheft 1902 der Monatsschrift dieses Verbandes erschien, ist deutsch abgedruckt in meinem Artikel *Das Prämienlohnsystem und die Arbeiter* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1902, II. Bd., pag. 921 ff.

WOLFGANG HEINE · DEMOKRATISCHE RANDBEMERKUNGEN ZUM FALL GÖHRE

Die bürgerlichen Politiker haben wieder einmal einen leckeren Schmaus vor-gesetzt erhalten in Gestalt des *Falles Göhre*. So wenig diese Gegner be-rufen sind, sich als Wortführer höherer Interessen aufzuspielen, und so sehr man auch hier wieder die Absicht merkt, einen Keil in unsere Bewegung zu treiben, so darf man doch fragen, ob es nötig und recht war, ihnen auf Kosten der Socialdemokratie ein billiges Vergnügen zu bereiten, ja mehr als das, ihnen wirksame Waffen gegen unsere Bestrebungen in die Hand zu geben.

Auf die Anzapfungen in den letzten Wochen haben unsere Wortführer wiederum entgegnet, dass offene Aussprachen bei uns üblich wären und dass das natürliche Gefüge unserer Partei fest und gesund genug wäre, um uns dies zu gestatten. Das ist wohl wahr und mag diesen Angreifern gegenüber aus-reichen. Für uns selbst dürfen wir uns aber nicht damit begnügen, wenn nicht daraus eine stereotype Redensart werden soll, die das, worauf es der Partei ankommen muss, in den Hintergrund drängt. Wir müssen untersuchen, ob nicht das Vorgehen gegen Göhre eine Praxis darstellt, deren Consequenzen weit über die Bedeutung eines persönlichen Streitfalles hinausführen und der man im Interesse der Grundsätze und der Entwicklung der Partei entschieden entgegenzutreten muss.

Rufen wir uns das Wesentliche des Tatbestandes ins Gedächtnis: Im October 1903 legte Göhre sein Mandat als Abgeordneter des 15. sächsischen Wahlkreises nieder, wie er selbst erklärte, nicht weil er am Vertrauen seiner Wähler zu zweifeln Grund gehabt hätte, sondern, weil ihm von anderen ein unüberwind-liches Misstrauen entgegengebracht würde. Als Göhre einige Wochen später ge-fragt wurde, ob er die Candidatur in seinem Wahlkreis wieder übernehmen würde, erklärte er sich dazu bereit, doch waren die Gegenströmungen stärker, und er wurde nicht aufgestellt.

Nach dem Tode des Abgeordneten Rosenow wollten die Genossen des 20. sächsischen Wahlkreises Göhre die Candidatur übertragen. Der Partei-vorstand und das sächsische Centralagitationscomité widersprachen. Dennoch stellte am 21. Februar eine Versammlung des Wahlkreises Göhre fast ein-stimmig auf. Alsbald wurde eine grosse Gegenaction organisiert. Am 23. Februar traten in Leipzig das Centralagitationscomité für Sachsen und die vier sächsischen Bezirkscomités zusammen; auch ein Mitglied des Partei-vorstandes nahm an der Conferenz teil. Es wurde folgende Resolution be-schlossen:

»Nachdem sich die unterzeichneten Comités heute in einer gemeinschaftlichen Sitzung in Leipzig eingehend mit der Reichstagscandidatenfrage im 20. Kreise be-schäftigt haben, erklären sie:

Die von den Genossen des 20. Kreises beschlossene Candidatur Göhre wider-spricht nach den bekannten Vorgängen mit dem Genossen Göhre allen Grundsätzen der Parteidisciplin und Parteitradition nach allen Richtungen hin. Sie ist deshalb im höchsten Grade geeignet, Zwist, Uneinigkeit in die Reihen nicht nur der sächsi-schen, sondern auch der deutschen Parteigenossen hineinzutragen. Ein Partei-scandal erscheint als nächste Folge, nach Lage der Sache, als absolut sicher. Dass ein solcher aber das Ansehen unserer Partei ausserordentlich schädigen würde, ist ohne weiteres klar; die einzige Möglichkeit, diese Dinge zu vermeiden, erblicken die Unterzeichneten in der Ablehnung der Candidatur durch den Genossen Göhre. Sie rechnen daher bestimmt darauf, dass Genosse Göhre auf die ihm vom 20. Kreise angetragene Candidatur verzichtet. Sollte er wider Erwarten zu diesem im Interesse der Gesamtpartei dringend gebotenen Schritte sich nicht veranlasst fühlen, so wer-

den die Unterzeichneten die weiteren Consequenzen ihrer hier niedergelegten Anschauungen auch in der Öffentlichkeit vertreten.«

Am 24. Februar wurde der regelmässigen Fractionssitzung der socialdemokratischen Reichstagsfraction mitgeteilt, dass die Frage der Candidatur Göhres auf die Tagesordnung gesetzt wäre. Von den Vorgängen in der Fraction würde ich überhaupt nichts erwähnen, wenn nicht inzwischen durch Erörterungen auf dem badischen Parteitag und in der Parteipresse einiges davon bekannt geworden wäre; soweit das geschehen ist, kann auch ich es nicht ignorieren. In der Fraction wurde zunächst beantragt, die Sache zu vertagen und einer besonderen Fractionssitzung zu überweisen, zu der unter Angabe des Beratungsgegenstandes und gedruckter Mitteilung der Anträge besonders eingeladen werden sollte. Dieser Antrag wurde mit 28 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde mit weit grösserer Mehrheit ein Antrag des Fractionsvorstandes, der die Candidatur Göhres missbilligte, angenommen, zugleich aber auch beschlossen, dass noch ein Versuch gemacht werden sollte, durch gütliche Verhandlungen Göhre zum Rücktritt zu bewegen. Trotzdem wurde schon am 25. Februar die Leipziger Resolution gegen Göhre in mehreren Blättern veröffentlicht, was diese Verhandlungen leicht hatte scheitern lassen können. Göhre trat jedoch von der Candidatur zurück und bewog in einer Versammlung am 28. Februar auch den Wahlkreis, auf ihn zu verzichten, ja er war selbst in der Agitation für Genossen Pinkau tätig.

So weit der Sachverhalt.¹⁾ Zunächst kann nun keine Rede davon sein, dass etwa die Genossen des 20. Wahlkreises ihre Befugnisse überschritten hätten, als sie die Candidatur Göhres gegen den Wunsch des Parteivorstandes und der sächsischen Comités proclamierten. Es heisst im § 3 des sächsischen Organisationsstatuts ausdrücklich:

»Innerhalb eines Reichstagswahlkreises regeln die Parteiorganisationen ihre Angelegenheiten vollständig selbständig.«

Zwar war es bei allgemeinen Reichstagswahlen üblich, dass die dem Wahlkampfe vorausgehende Landesversammlung alle Candidaturen gemeinsam proclamierte, aber dies war eine reine Formsache, denn die Candidaturen waren längst, zumeist schon Jahre vorher, von den Wahlkreisen selbst aufgestellt und öffentlich proclamiert worden, die Candidaten hatten schon in den Kreisen agitiert und waren bereits in officiellen Parteischriften, zum Beispiel den Agitationskalendern, ausdrücklich benannt. Als auf der sächsischen Landesversammlung, die 1901 in Leipzig stattfand, Angriffe gegen den 15. Wahlkreis wegen der Aufstellung Göhres vorgebracht wurden, fiel es denn auch keinem Redner ein, zu behaupten, dass die Genehmigung der Landesversammlung nötig gewesen wäre, sondern man nahm die Candidatur selbst als eine feststehende Tatsache hin. Also war auch jetzt der 20. Wahlkreis vollkommen im Recht, und die von anderer Seite erhobenen Proteste verletzten die Autonomie des Wahlkreises.

Aber entscheidender noch für diese Frage, als das Statut, ist das demokratische Princip. Wir wollen, dass das Volk sich selbst regiere, unser Parteiprogramm fordert, dass es über die wichtigsten und schwierigsten Probleme durch unmittelbare Abstimmung und directe Gesetzgebung entscheide, aber in der nächstliegenden, einfachsten Frage, wer der Mann seines Vertrauens sei, soll es von einer Erlaubnis vorgesetzter Behörden abhängig sein? —

¹⁾ Für den Wahlkreis selbst war das unerfreuliche Ergebnis, dass der Wahlkreis in der Hauptwahl nicht wieder genommen wurde und dann in der Stichwahl an die vereinigten Reactionäre verloren ging. Und dies geschah einem Wahlkreise, wo am 16. Juni 1903 49% der eingetragenen Wähler socialdemokratisch gewählt hatten, mit einem Vorsprung von 3740 Stimmen vor den vereinigten Gegnern. Noch bemerkenswerter ist, dass allein die socialdemokratischen Stimmen zurückgegangen sind, und zwar um 340 oder 24,5%, während die der Gegner nicht gefallen, sondern sogar ein wenig gestiegen sind: ein bei Nachwahlen wohl unerhörtes, wenn auch diesmal nicht gerade überraschendes Resultat.

Weshalb? Fürchtet man, es könnte einen Nichtgenossen in den Reichstag schicken? Das ist doch wohl ausgeschlossen, denn wer Parteigenosse ist, das entscheiden nach dem Organisationsstatut der Gesamtpartei bestimmte, leicht festzustellende äussere Momente. Oder denkt man, es könnte ein *Ungeeigneter* aufgestellt werden, und glaubt man deshalb, die Genossen bei Ausübung ihres Wahlrechts ans Gängelband nehmen zu müssen? — Genau dasselbe sagen die Feinde des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts auch. Die Möglichkeit eines Missbrauchs oder ungeschickten Gebrauchs ist das Argument, das die Reactionäre gegen jede Freiheit, jedes Volksrecht vorzubringen pflegen. Sieht man denn nicht, wie man allen Treibereien gegen das allgemeine Wahlrecht wirksam Vorschub leistet, wenn hier Parteivorstand, Fraction und Comités sich vereinigen, um das Volk, die Wähler einfach zu zwingen, dass sie auf ihren Willen verzichten und den Mann ihres Vertrauens begraben?

Der Grundgedanke der Demokratie ist, dass die Freiheit ihr Correctiv in sich selbst trägt. Nicht, weil das Volk keine Fehler machen könnte — solche Behauptung wäre lächerliche Demagogie —, sondern weil eine wahrhaft demokratische Verfassung jedermann zur Tätigkeit und zur Kritik anspornt und ganz andere Möglichkeiten einer Beseitigung des Verfehlten gewährt, als eine aristokratische oder bürokratische Organisation, in der stets die Rücksicht auf die Autorität der Regierenden das Falsche zusammen mit dem Guten stützt und erhält. Auch ist vom Standpunct der Demokratie aus ein Irrtum, der in freier Tat begangen worden, wertvoller, als eine aufgezwungene Klugheit. Darum hätte der Wille des Wahlkreises respectiert werden müssen, auch wenn Göhre der ungeeignetste Candidat gewesen wäre.

Das heisst natürlich nicht, dass es unzulässig wäre, die Genossen bei der Auswahl von Candidaten mit Rat und Tat zu unterstützen oder Bedenken gegen ungeeignete Candidaturen zum Ausdruck zu bringen. Das ist stets geschehen. Noch vor einigen Monaten, als der 22. sächsische Wahlkreis an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Franz Hofmann den Genossen Adolf Hoffmann aufstellen wollte, erklärten sich dieselben sächsischen Comités einstimmig gegen diese Candidatur, aber es war ihnen von vornherein unzweifelhaft, dass wenn der Wahlkreis bei seinem Willen bliebe, sie ihn respectieren würden. So geschah es und musste es auch geschehen. Erkennen wir das nicht an, so hören wir auf, eine demokratische Partei zu sein.

Aber ausser diesem Grundprincip der Demokratie sind noch andere leitende Grundgedanken unserer Politik dabei erheblich zu kurz gekommen.

Entspricht es etwa den Grundsätzen der Freiheit und Brüderlichkeit, dass Pressionsmittel angewendet wurden, wie die Drohung, »jeden Mann und jeden Groschen für die Agitation zu verweigern«, falls Göhre nicht fallen gelassen würde? Heisst es die Gleichheit der Genossen und ihres Wahlrechts anerkennen, wenn man dem Wahlkreis das Recht, sich seinen Candidaten selbst auszusuchen, bestreiten wollte, weil er finanzieller und agitatorischer Beihilfe der anderen Kreise bedürfte? Und wo blieb die Rücksicht auf das Interesse der Partei, als man unmittelbar vor der Wahl die Fackel der Zwietracht in den Kreis warf und dadurch die Agitation erschwerte, ja, als man leichten Herzens, als wäre das das kleinere Übel, davon sprach, den Wahlkreis verloren gehen zu lassen, nur damit Göhre nicht gewählt würde? Wie stimmt das zu dem Rühmen, mit dem wir sonst erklären, dass bei uns die Person nichts, die Sache alles bedeute? Wurde hier nicht in rücksichtslosester Weise die Sache einer Personenfrage wegen preisgegeben? Klingt es nicht geradezu wie ein Hohn auf unsere Principien, wenn die *Arbeiterzeitung* in Dortmund schreibt: »Unsere Partei ist doch nicht in erster Linie

dazu da, um an ihrem Körper die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Durchführung demokratischer Grundsätze zu probieren? Könnte man es den Anhängern des gegenwärtigen Staates verargen, wenn sie sich nicht zu Experimenten hergeben wollten, die wir nicht einmal an uns selber wagen?

Alles das hat den Gegnern der Socialdemokratie die Möglichkeit gewährt, sich in den Mantel der wahren Freiheitsfreunde zu hüllen und mit einem Schein des Rechts Angriffe gegen unsere Principien und die Ehrlichkeit ihrer Verfechter zu erheben. Freilich bleibt dies nur ein trügerischer Schein des Rechts, wenn die Partei sich klar macht, dass hier ein Verstoss gegen unsere Grundsätze begangen worden ist, der sich aus besonderen Umständen erklärt, und wenn sie sich der Consequenzen des eingeschlagenen Weges bewusst wird. Darum liegt es durchaus im Interesse der Partei, in diesem Falle nichts zu verschleiern und nichts zu vertuschen.

Wie konnte es geschehen, dass bei dem Vorgehen gegen Göhre unsere Principien so vergessen wurden? — Der Grund liegt meines Erachtens in einer Tendenz zur Bureaukratisierung und Centralisierung der Partei, die schon öfter bemerkt werden konnte, deren gefährliche Folgen für den demokratischen und freiheitlichen Charakter der Partei aber hier ganz besonders hervorgetreten sind und von der, wenn sie sich fortsetzte, das Schlimmste zu befürchten sein würde.

Gewiss bedarf jede grosse Organisation, auch die socialdemokratische Partei, eines Stabes von tüchtigen Beamten, die auch keineswegs blosser Werkzeuge der Menge sein dürfen, wenn sie der Partei nützen sollen! Es ist nötig und durchaus kein Verstoss gegen das demokratische Princip, wenn den Parteinstanzen innerhalb der ihnen angewiesenen Tätigkeitskreise Selbständigkeit des Handelns und ein gewisses Mass von Unverantwortlichkeit garantiert wird. Aber etwas ganz anderes ist das, was hier geschehen ist, wo in eine Entscheidung, die eigenstes Vorrecht der Menge sein muss, die Beauftragten der Partei rücksichtslos eingegriffen haben, um den Willen der Wähler zu durchkreuzen. Hier zeigt sich der Anfang einer Gefahr, die in volkstümlichen Verwaltungen leider nahe liegt, dass nämlich sich an Stelle wahrer Volksherrschaft die Allmacht der Ausschüsse entwickelt. Am allergefährlichsten ist eine solche Tendenz, wenn es sich um die Feststellung der Candidaturen handelt, denn gerade das freie, unbeschränkte Recht der Masse zur Wahl ihrer Vertrauenspersonen soll das demokratische Gegengewicht gegen den Einfluss der Beauftragten bilden. Beginnen aber die Parteifunctionäre selbst zu bestimmen, wer in ihren Kreis aufgenommen werden dürfe, so liegt die Gefahr vor, dass frisches Blut und neue Gedanken mehr und mehr ferngehalten werden könnten und die Partei der Verknöcherung verfiere, die das Kennzeichen aller Oligarchien und Bureaukratien ist. Man wende nicht ein, dass die Unbestechlichkeit und Tüchtigkeit unserer Parteifunctionäre und ihre Liebe für unsere grosse Sache eine Schutzwehr gegen solche Folgen bilden würden. Im Gegenteil: Eine Beamtenschaft, die ihre Sache versteht und uneigennützig dem allgemeinen Besten zu dienen bemüht ist, wie wir sie in der Partei glücklicherweise haben, wird am ehesten geneigt sein, im Bewusstsein ihres eigenen Verdienstes das, was sie für richtig und geeignet hält, als unüberschreitbare Norm zu betrachten, abweichende Bestrebungen im vermeintlichen Interesse der Sache auszuschliessen und dadurch der gesunden Fortentwicklung der Partei einen Riegel vorzuschieben. Als weitere Folgen einer solchen Tendenz können das Nachlassen der Initiative und des Interesses am geistigen Leben der Partei und die Neigung zum eigensinnigen oder gedankenlosen Festhalten an hergebrachten Formeln, kurz, wie man sagt, zum Fortwursteln sich einstellen. In diesem Sinne ist eine gute Bureaukratie gefährlicher, als eine schlechte.

Und ebenso gefährlich ist die im Göhreschen Fall hervorgetretene Neigung zur Centralisierung, die mit der bürokratischen Tendenz eng verknüpft ist. So sicher für gewisse Gebiete des politischen Lebens einheitliche Geschlossenheit der ganzen Partei unentbehrlich ist, so sollte man doch nicht vergessen, dass wir, treu der Marxischen Geschichtsauffassung, nicht eine künstlich fabricierte, sondern nur eine bodenständig gewachsene Politik anerkennen dürfen. Wohl machen sich die grossen Grundtendenzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überall geltend, aber doch in verschiedenem Masse und in Verbindung mit den verschiedensten örtlichen Kräften, die auch wieder ihre Wurzel in wirtschaftlichen, nationalen, religiösen und anderen geistigen Besonderheiten haben können. Darum soll man sich nicht gewöhnen, alle wichtigen politischen Entscheidungen von einer Centrale aus zu treffen, sondern man soll grundsätzlich die localen Corporationen als die Träger des Lebens der Partei anerkennen, nicht bloss, weil das demokratische Princip es so erfordert, sondern auch, weil das die einzige Möglichkeit ist, die Partei vor der Versuchung einer doctrinären Politik, die den Zusammenhang mit dem Leben verlore, zu schützen. Aus demselben Grunde ist übrigens auch die sachliche Decentralisation, die Überlassung gewisser Tätigkeitsgebiete der Arbeiterbewegung an besondere Organisationen notwendig, die sich unter dem Drange der Bedürfnisse ganz von selbst, aber nicht ohne Widerspruch gewisser Doctrinäre, in der Abzweigung und selbständigen Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens, der Genossenschaften, der Bildungsbestrebungen u. s. w. vollzogen hat.

Und auf dieselbe Erwägung führt schliesslich auch die Frage, weshalb dieser heftige Widerstand gerade gegen Göhres Candidatur inscenirt wurde.

Der Abgeordnete Heyl zu Herrnsheim hat im Reichstag erklärt, Göhre hätte nicht aufgestellt werden dürfen, weil Bebel ihn nicht gewollt hätte, und er hat damit wieder die Geschicklichkeit bewiesen, die ihn und seine Parteigenossen auszeichnet, wenn sie der Socialdemokratie etwas am Zeuge flicken wollen nämlich die Sache so verkehrt als möglich anzufangen. Davon kann um so weniger die Rede sein, als Göhres entschiedenes Auftreten gegen Bebels Angriffe auf dem Parteitage ihm die Sympathie auch vieler Anhänger Bebels verschafft hatte.

Angeführt wurde gegen Göhres Candidatur die Niederlegung seines Reichstagsmandates. In der That verübelt man ihm das in der Partei sehr. Man weist auf die enormen Mühen und Kosten hin, die mit einer Neuwahl stets verknüpft sind und die Göhre dem 15. Wahlkreise zugemutet hatte, obgleich dieser an den Angriffen gegen ihn völlig unschuldig war. Man würde es deshalb schon als eine Rücksichtslosigkeit angesehen haben, wenn Göhre im berechtigten Unmut über die Verunglimpfungen dem Reichstag überhaupt hätte den Rücken kehren wollen, und man ist noch mehr zur Missbilligung geneigt, da dem Rücktritt durch das, was darauf folgte, der Charakter der Forderung nach einem Vertrauensvotum aufgeprägt wurde, für welchen Zweck der Schritt ungewöhnlich war und unverhältnismässig kostspielig erschien. Man sah in dieser Preisgabe des Mandats Eigenmächtigkeit und Mangel an Disciplin, schob auch die Gefahr in den Vordergrund, dass ein solches Handeln Nachahmung finden könnte. Es kann nicht Aufgabe dieser den *a l l g e m e i n e n* Fragen gewidmeten Untersuchung sein, Göhre persönlich zu verteidigen. Nur so viel sei gesagt, dass man meines Erachtens zu wenig entschuldigend berücksichtigte, unter welchen eigenartigen Umständen sich Göhre zu dem Schritt entschlossen hatte.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die allermeisten, die gegen Göhre Stellung genommen haben, mit Bewusstsein sich in erster Reihe durch diese mit viel Entschiedenheit und von autoritativer Stelle vorgetragenen Erwägungen haben

leiten lassen. Aber sowenig man an dem guten Glauben dieser Mehrzahl zweifeln darf, so kann dieser Fehler, den Göhre begangen hatte, doch unmöglich ausreichen, um die ungeheuerere Erregung, diese ungewöhnlichen Drohungen und Publicationen gegen ihn zu erklären, geschweige denn zu rechtfertigen. Dies um so weniger, als Göhres Charaktertüchtigkeit, Leistungsfähigkeit und Begeisterung für die Sache ausser Zweifel stehen. Auch nachdem Göhre in der selbstlosesten Weise auf die Candidatur verzichtet und bei der Agitation für den Genossen Pinkau mitgeholfen hatte, hielt es das Centralcomité für Sachsen in seinem am 11. März veröffentlichten Bericht an die Landesconferenz für angemessen, in der breitesten und unfreundlichsten Weise auf diesem sogenannten *Disciplinbruch* Göhres herumzureiten, ohne mit einem Worte zu betonen, welches schöne Zeichen von Unterordnung seiner persönlichen Interessen unter die der Partei Göhre inzwischen durch seinen Rücktritt gegeben hatte. Man hat doch in der Partei oft genug bewiesen, dass man auch zu verzeihen versteht, weshalb also hier eine rücksichtslose Unversöhnlichkeit, die die Interessen der Partei schwer gefährdete?

Dies alles wäre unverständlich, wenn nicht — bei vielen wohl unbewusst — der Widerwille gegen Göhre als einen *Revisionisten* mitgewirkt hätte und wenn darin nicht ein Teil der Verbitterung zum Ausdruck gekommen wäre, die seit Jahren geschürt wurde und in Dresden zum Schaden der Partei so traurig zum Ausdruck kam. Es ist nicht wunderbar, dass solche Gemütsregungen, wie sie der Parteitag gebracht hatte, noch lange in den Herzen der Genossen nachzittern. Der innerliche Zusammenhang, der zwischen dem Kampfe gegen Göhres Candidatur und dem gegen den *Revisionismus* besteht, wird mir unzweifelhaft dadurch bewiesen, dass in beiden dieselben Grundtendenzen zum Ausdruck kommen.

Denn wenn man auf den Grund geht und von den persönlichen Differenzen, die wie überall auch hierbei stark mitgewirkt haben, absieht, so steckt in dieser Erregung gegen die *Revisionisten* doch hauptsächlich das Misstrauen des Officiellen gegen das *Outsidertum*, der Tradition gegen das Ungewohnte, der unpersönlichen Institution gegen das Individuelle, kurz, dieselbe Tendenz, die vorher als Neigung zur Bureaucratisierung und Centralisierung der Partei nachgewiesen worden ist.

Darum sei es auch gestattet, in diesem Zusammenhange kurz auf die Frage nach dem *Revisionismus* abzuschweifen. Was ist das Kriterium, wodurch er sich vom *Radicalismus* unterscheidet und sich die fürchterliche Verdammung verdient hat? Es liegt weder in der Stellung zum politischen Endziel, noch in der praktischen Gegenwarts politik. Man wird sich erinnern, dass die früheren Nationalsocialen und auch *Theoretiker* der Socialdemokratie ab und zu mit der geistvollen Frage kamen, weshalb denn die *Revisionisten* nun nicht mit einer neuen *revisionistischen* Politik herausrückten und Ernst machten. Eben deshalb nicht, weil gerade die *Revisionisten* davon durchdrungen sind, dass man eine Politik nicht künstlich machen, sondern nur die Politik treiben soll, die in den Verhältnissen begründet ist und die man treiben kann. Eine solche Politik aber treibt die Partei heut im grossen und ganzen ohnehin. »Opportunisten sind wir alle«, sagt der Vater der Dresdener Resolution.

Hat man ausserhalb der Partei erwartet, dass die *Revisionisten* die Socialdemokratie mit dem bürgerlichen Freisinn verschmelzen würden, so hat man damit bewiesen, dass man Phantast und nicht Politiker ist. Solche *Revisionisten* hat es nie gegeben und hätte es am wenigsten geben können in dem Moment, wo dieser Freisinn fast von der Bildfläche verschwunden war. Und hat man innerhalb der Partei sich durch solches Gerede unserer Gegner zeit-

weise den klaren Blick verwirren lassen, nun, so wird man auch schon wieder zur Besinnung kommen.

Wie die Verhältnisse im Deutschen Reiche liegen, so kann einer, ob er sich *radical* nennt oder ob er zu den *Revisionisten* geworfen wird, heut nichts anderes tun, als den Kampf für die Entfaltung der Macht der Arbeiterclassen auch schon in der gegenwärtigen Gesellschaft führen, wobei der Ausdruck *Macht* im weitesten Sinne zu verstehen ist, umfassend politische Organisation und Schulung nach innen, politischen Einfluss nach aussen, wirtschaftliche Kraft, wie sie sich in Gewerkschaften und Genossenschaften ausspricht, und geistige Fülle in Wissen, Bildung und Geschmack. An der eigentlichen Socialreformerarbeit im Parlament und ausserhalb beteiligen sich fleissige und sachkundige *Radicale* genau so eifrig und gern, wie das nur irgend ein *Revisionist* tun könnte. Hinwiederum gibt es sogenannte *Revisionisten*, die von unserer socialreformerischen Gesetzgebung weit weniger halten, als mancher *Radical*.

Aber, werden die Gegner der Socialdemokratie einwerfen, die *Revisionisten* acceptiren doch nicht die Katastrophentheorie und die Ansicht, dass die Eroberung der politischen Macht nicht stückweis, sondern nur auf einmal geschehen könnte, auch machen sie das viele Reden von der Revolution nicht mit. Nun, die tief sinnigen Erörterungen über die Art der Eroberung der politischen Macht, das Ausmalen einer zukünftigen Revolution und das Reden über unsere Tätigkeit *am Tage nach der Revolution*, die Frage, wie viel Zeit uns noch von der socialistischen Gesellschaft trennt, ob einzelne Socialdemokraten in bürgerliche Ministerien eintreten dürfen oder nicht, ob die Socialdemokratie einmal in die Lage kommen wird, eine Schutzzollpolitik treiben zu müssen u. s. w., sind, mit Verlaub, politische Kannegiessereien ohne praktische Bedeutung, die die grosse Masse der *tätigen Parteigenossen*, ob *radical* oder *revisionistisch*, völlig kalt lassen. Man bietet uns keine Sitze in bürgerlichen Ministerien an, also brauchen wir uns darüber wirklich nicht zu streiten. Die politische Macht wird das Volk nehmen, wann und wo es sie bekommen kann, ob auf einmal oder stückweis, und grade das Volk wird praktisch den Sperling in der Hand nicht fahren lassen, um der Taube auf dem Dachfirst nachzuschauen.

Und die revolutionär klingende Phrase machen wir *Revisionisten* freilich nicht mit, aber es gab eine Zeit, wo diese — wie Schoenlank sie nannte — *geschwollene Kraftphrase* ziemlich abgekommen war, wie Genosse David in den letzten drei Heften dieser Zeitschrift überzeugend nachgewiesen hat. Und auch heut noch denken die meisten Parteigenossen, die den Vorwurf, *Revisionisten* zu sein, entschieden zurückweisen würden, nicht im geringsten daran, diese Revolutionsphraseologie wieder aufzuwärmen. Wir hatten ja schon einmal um 1890 herum die Periode der *Jungen*, die sich auch wesentlich durch die Freude an starken Worten auszeichneten, nur mit dem Unterschiede, dass die damalige Bewegung doch tiefer ging und dass etliche unklare Phantasten damals wirklich an die unmittelbar bevorstehende siegreiche Revolution glaubten.

Selbst davon ist heut keine Rede. Tatsächlich will niemand eine Revolution, und die am meisten von ihr reden, beteuern dies am entschiedensten. Sogar Kautsky tut dies. In Dresden hatte er bekanntlich den Unterschied zwischen der *revisionistischen* und der angeblich alten Taktik in folgenden Worten formuliert:

»Unsere bisherige Taktik ging dahin, dass wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, dass wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Classen immer mehr erweiterten, die herrschenden Classen immer mehr gegen uns erbitterten, dass wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflössen, dass sich die Conflicte immer mehr zuspitzten, so dass wir schliesslich Zuständen ent-

gegendrängten, wo es eine grosse Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsere bisherige Taktik. Es gibt aber eine Reihe von Genossen, denen vor solchen Zuständen graut, die solche Conflictte zu mildern und darum heruzukommen suchen. Wenn wir darum herumkommen könnten, wenn es einen anderen Weg gäbe, so würde es uns sicher allen recht sein. Niemand sucht den Conflict um seiner selbst willen. Jeder sucht ihn nur als Mittel zum Zweck. Sind aber diese Conflictte in der Natur der Tatsachen begründet, dann ist es Torheit, nach einem Weg zu suchen, um sie herumzukommen.²⁾

Jetzt stellt sich's heraus, dass man diese Sätze vollkommen missverstanden hat, wenn man daraus entnahm, »wir sollten bestrebt sein, die Conflictte mit unseren Gegnern zuzuspitzen«, denn Kautsky hat neuerdings diese Auffassung als »ebenso unsinnig wie frivol« bezeichnet.³⁾ Also will offenbar auch er, dass wir um Conflictte herumzukommen suchen, also das tun, was er in Dresden als *Torheit* bezeichnet hatte. Es kann auch niemand die Revolution wollen, denn abgesehen von allem andern sind die Chancen so verteilt, dass an einen Erfolg nicht zu denken wäre.

Die Feinde des Volkes würden nur auf solche Torheit lauern, um ihre offen genug ausgesprochenen Pläne einer blutigen Niederwerfung auszuführen. Die Armee, trefflich bewaffnet und geschult, würde nicht einen Augenblick zögern, die unbewaffneten Massen zusammenzuschossen, auch wenn man ihr die schönsten Zeitungsartikel vorläse, und das Ergebnis würde eine völlige Unterdrückung des Volkes, ein Triumph aller Rückwärtserei sein. Das wissen die *Revolutionäre* vom Tintenfass recht gut, und sie unterlassen nie, zu beteuern, dass die wahrscheinliche Folge einer Revolution die vollständige Zertrümmerung der Socialdemokratie sein würde. Das wissen aber die Männer aus dem Volke, die selbst Soldaten gewesen sind und die ihr Blut zu Markte tragen müssten, noch viel besser. In Wahrheit denkt kein ehrlicher Parteigenosse daran, eine Revolution unternehmen zu wollen. Das gilt auch für den Fall, dass die Reactionäre versuchen sollten, das Volk zu einem ihnen gelegenen, also dem Volke ungünstigen Zeitpunkt zum Aufstand zu zwingen; ja, dann darf man erst recht nicht daran denken! Hierüber sich und den Genossen reinen Wein einzuschenken und die doppelte Aussichtslosigkeit einer solchen aufgezwungenen Revolution wider Willen nicht unter einem grosssprecherischen Wortschwall zu verhüllen, heisst nicht die Genossen schwach und mutos machen, sondern für die Arten des Kampfes, die möglich und wirklich aussichtsvoll sind, stärken. Gewiss! Ohne Selbstvertrauen keine Kraft, aber auch Selbstvertrauen kann Unmögliches nicht möglich machen, sondern es muss gepaart sein mit klarer Einsicht in die vorhandenen Kräfte. Selbstvertrauen, das sich in einen Abgrund stürzt, in der Hoffnung, ein Wunder werde ihm die Fähigkeit zum Fliegen verleihen, bedeutet nicht Kraft, sondern Schwäche. Und wenn man den Genossen fortwährend vorpredigt, das, was sie ohne die Waffe der Gewalt wirklich tun können, würde zu nichts führen und die Feinde würden sie an jedem Fortschritt zu hindern wissen, so nenne ich das eine schädliche *Flaumcherei*. Indessen, auch hier gilt wieder, dass die grosse Masse der Genossen nicht daran denken würde, den Gegnern in die Falle zu gehen und die alte Taktik zu verlassen, die sich schon im Jahre 1878 und den zwölf Jahren des Ausnahmegesetzes zum Segen des deutschen Volkes bewährt hat.

Aber die lebhaften Discussionen über den Generalstrike? — Nun, den Generalstrike würde die grosse Masse derer, die *radical* genannt werden, geradeso ablehnen, wie die sogenannten *Revisionisten*. »Generalstrike ist Generalunsinn« — das ist keine neue *revisionistische*, sondern auch wieder

²⁾ Vergl. das Protokoll des Dresdener Parteitags, pag. 382.

³⁾ Vergl. den Leitartikel *Gewalt oder Friedlichkeit* im *Karlsruher Volksfreund* vom 16. März 1904.

die *altbewährte* taktische Auffassung in der Partei, und die Ereignisse in Belgien und Holland sind wohl nicht geeignet, darin eine Wandlung zu bewirken. In Deutschland würde jeder Generalstrikte, und wenn er noch so friedlich begänne, in wenigen Stunden zum Angriff der bewaffneten Macht gegen die unbewaffneten Massen führen. Deshalb gilt vom Generalstrikte dasselbe, wie von der Revolution. Er hätte nur Zweck als Mittel zur Einleitung der Revolution, will man aber diese nicht — und man will sie ja nicht — so kann man auch den Generalstrikte nicht wollen.

Aber ich habe das feste Vertrauen, dass in allen diesen Dingen das Handeln selbst der *radicalsten* Genossen nicht anders sein wird, als das der sogenannten *Revisionisten*, schon weil es nicht anders sein kann, wenn es sich leiten lässt durch die Liebe zu unserem Volke und seiner Zukunft. Und da wir, *Radicalen* und *Revisionisten*, in dieser Liebe einig sind, werden wir es auch im Handeln sein.

Es gehört lediglich zu den albernen Verleumdungen, die die bürgerlichen Politiker lieben, wenn sie behaupten, es gäbe in der Socialdemokratie eine Richtung, die zur Revolution drängte. Es gibt nichts, als eine aufgewärmte Mode sich revolutionär gebärdender Phraseologie und Literatur, aber das ist nichts als der Schaum einer Welle, die über die Oberfläche dahinstreicht und die wieder fallen und anderen Wellen Platz machen wird. Einer Welle, die aufgewirbelt ist von volksfremden Literaten und die die ruhigen, schweren Tiefen des Volksbewusstseins unberührt lässt, das zum entscheidenden Handeln die Kraft hergeben muss.

Es ist also nicht wahr, dass im praktischen Handeln, in der Taktik der Unterschied zwischen *Revisionisten* und *Radicalen* begründet wäre.

Indes, es muss doch etwas geben, was den Kampf gegen die *Revisionisten* erklärt. Freilich gibt es etwas, und das ist eben das, weshalb die ganze Frage nach dem Wesen des *Revisionismus* aus der Erörterung des Göhreschen Falles nicht ausgeschaltet werden konnte.

Es hat einmal einer der enttäuschten Gönner der *Revisionisten* ausserhalb der Partei gesagt: »Es gibt keinen *Revisionismus*, es gibt nur *Revisionisten*.« Das sollte ein Spott sein, ist aber meines Erachtens das beste Lob, das die *Revisionisten* nur irgend sich selber ausbitten könnten, denn ihre Bedeutung liegt ja gerade darin, dass sie nicht eine neue doctrinäre Clique an Stelle einer alten sein wollen.

Was war der Gegenstand aller Anklagen, die gegen die *Revisionisten* in der Partei erhoben worden sind? Dass sie an der und jener Lehre *zweifeln* und die *Zweifel* nicht *herunterdrücken*, dass der eine oder andere von ihnen neue Probleme aufrollte, zum Beispiel in der Agrarfrage, der Beteiligung an der preussischen Landtagswahl, der Vicepräsidentenfrage u. s. w. Göhre speciell verübelte man es, dass er die Frage des Verhältnisses zur Religion in anderer Weise zu behandeln sich erlaubte, als üblich war. Anderen *Revisionisten* konnte man nicht einmal solche Ketzereien nachsagen, es war offenbar nur Ungewohntes in ihrer Auffassung und Ausdrucksweise, das Anstoss erregte. Man zieh die *Revisionisten* des Mangels an *Disciplin*, weil sie in die *Socialistischen Monatshefte* schrieben, ein Organ, dem man, weil es nicht *unter Controle der Partei* stünde, sogar den Charakter einer socialdemokratischen Zeitschrift absprechen wollte. Schon der Versuch dieser Einengung des Begriffs *socialdemokratisch*, diese Betonung der *Disciplin* auf dem Gebiete geistiger Production, auf dem doch unbedingte Freiheit herrschen muss, zeigt die Tendenz zur Bureaucratisierung und zur Unterdrückung der Individualität.

Natürlich ist es ja viel bequemer, wenn überhaupt keine Probleme aufgerollt werden. Dem Nichttheoretiker, wozu ich auch mich rechne, können solche

theoretischen Streitigkeiten wenig Freude machen. Manche neue Theorien mögen meinetwegen auch falsch gewesen sein, und über manchen praktischen Schritt mag man verschiedene Meinungen haben. Darauf aber kann es hier nicht ankommen, denn es handelt sich um das Recht zur freien Kritik, zu einer persönlichen Auffassung des socialistischen Problems und zu persönlichen Formen der Agitation, und dies Recht darf nicht unter Berufung auf Parteidisciplin und Glaubensfestigkeit beschränkt werden. Auch dass die Gegner der Socialdemokratie solche Erörterungen ausnützen könnten, darf man nicht ins Feld führen. Was gibt es schliesslich, das sie nicht ausnützten? — Die Äusserungen des Dresdener Parteitag doch wohl am meisten.

In München und Dresden betonten die Gegner der *Revisionisten* mit Emphase, dass niemand die Freiheit der Gedanken und des Worts in der Partei antasten wollte. Ich will an die gute Absicht glauben, aber die Lübecker Resolution gegen Bernstein enthielt doch eine Aufforderung, in bestimmtem Sinne nicht zu schreiben. Und die Entrüstung, mit der man in München gegen Auer eiferte, weil er als *Parteiangestellter* sich erlaubte, an den nichtofficiellen *Monatsheften* mitzuarbeiten, und der ganze Kampf gegen dies Organ würde doch im Falle eines Erfolges darauf hinausgelaufen sein, dass manches in der Partei überhaupt nicht mehr hätte geäußert werden können und mancher Genosse geradezu mundtot gemacht worden wäre.

Die Bestrebungen auf Disciplinierung und Centralisierung in der Organisation gehen Hand in Hand mit den gleichartigen Bestrebungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens, und die Action, die die Wähler des 20. Wahlkreises zwang, auf ihren Candidaten zu verzichten, gehört innig zusammen mit der Verfolgung der *Revisionisten*. Dass das den meisten nicht zum Bewusstsein gekommen sein mag, macht die Sache nur gefährlicher, denn solange man sich einer Tendenz nicht bewusst geworden ist, kann man auch ihre Gefahren nicht erkennen.

Wie oft habe ich schon sagen hören, dass die Bedürfnisse der Agitation entschiedenste Unterordnung der Wahlkreise unter die Centralinstanzen und weitestgehende Einheitlichkeit der Action erforderten, dass Ideen und Ziele der Partei auf einfache Formeln und Schlagworte gebracht werden müssten, dass die Erhebung von Zweifeln, die Anregung von Problemen, die Kritik überhaupt sich aufs äusserste zu beschränken hätten, um nicht Verwirrung zu stiften. Man will eine alles umfassende grosse Organisation, möglichst centralisiert, eine Taktik, eine Theorie, was für die grosse Menge der Parteigenossen, die keine Theoretiker sind, nichts anderes heisst, als einen Glauben, und man fordert unbedingtste persönliche Unterordnung im Handeln und Denken, alles natürlich zum Besten der Sache.

Unzweifelhaft kann eine solche Centralisierung und Vereinfachung die Energie der Action für den Augenblick steigern, aber sie würde den Grundsätzen der Demokratie und geistigen Freiheit widersprechen und auf die Dauer auch die Partei selbst schädigen. Müsste, wer mit uns kämpfen wollte, sich erst seiner Persönlichkeit entäussern, so würde er damit auch das beste Stück seiner Kraft aufgeben; aus den Kräften der einzelnen setzt sich die Kraft der Partei zusammen. Die Schablone ist der Tod des geistigen Lebens. Man braucht nur an Preussen zu denken, das, seit es von einer in ihrer Art mustergiltigen Bureaukratie und nach einheitlichen Gesichtspuncten regiert wird, trotz aller äusseren Erfolge innerlich zurückgekommen ist, das Individualitäten kaum hervorbringen, jedenfalls nicht ertragen kann und das mehr und mehr einer geistlosen Routine und einer Abneigung gegen jeden inneren Fortschritt verfällt. Auf einen solchen Hinweis wurde mir jüngst einmal erwidert, dass unsere Partei, rings von Feinden umgeben und in schweren

Kämpfen stehend, sich noch nicht den Luxus grösserer Freiheit und geistiger Mannigfaltigkeit gestatten könnte. Hätten wir erst einmal unser Ziel erreicht, dann wäre es Zeit, den strengen Zwang der kriegerischen Rüstung abzulegen und die Individualität in ihre Rechte einzusetzen. — Ja, wenn man den Menschen nur die geistigen Eigenschaften, die man ihnen einmal genommen hat, ebenso leicht wiedergeben könnte!

Hat man erst ein Volk an blinde Unterordnung gewöhnt, und wäre es unter die besten und tüchtigsten Führer, hat man ihm ein Dogma eingetrichtert, und wäre es das des edelsten und schönsten Ideals, dann kann man keine freien Männer mehr daraus machen. Aber selbst die rein praktischen Erfolge einer solchen disciplinierten und centralisierten Politik dürften sehr anzuzweifeln sein. Wir lachen über die Berufsmilitärs, die glauben, Routine und Gehorsam genügen, um Schlachten zu gewinnen, und wir deducieren, dass nur ein freies, denkendes, selbsttätiges Volk Siege erfechten könne. Gilt das nicht von geistigen Kämpfen noch viel mehr, als von denen mit der Waffe? Und erinnert nicht diese ganze Theorie, dass wir uns vorläufig der geistigen Selbständigkeit zu entöhnen hätten, bis das Ziel erreicht wäre, und diese ewige Angst, die Genossen könnten *verwirrt* werden, bedenklich an die Behauptungen der Reactionäre, dass das Volk zur Freiheit noch nicht reif wäre? Nein, so wenig wir die sociale Besserungsarbeit aufschieben bis zu dem Tage, wo wir stark genug sein würden, alles zu tun, so wenig können wir schon für die Gegenwart auf geistige Freiheit und Mannigfaltigkeit verzichten.

Ich will selbstverständlich nicht den sogenannten *radicalen* Genossen den Vorwurf machen, dass sie bewusst auf Unterdrückung der Individualität und der geistigen Freiheit hinarbeiten, aber ich sehe doch in der Partei Tendenzen wirksam, die, so gut sie gemeint sein mögen und so sehr sie vermeintlich den Interessen unserer Sache dienen, eine Gefahr bilden, weil sie im weiteren Verlauf das töten könnten, was die Seele einer demokratischen Bewegung ist. Freilich hoffe ich, dass die Freiheit auch hier ihre Eigenschaften bewahren wird, die Correctur in sich selbst zu tragen. Freie Kritik nach innen und die Notwendigkeit, nach aussen gemeinsam gegen jede Unterdrückung zu kämpfen, werden uns auch über diese Klippe hinweghelfen, und so werden auch die Wunden heilen, die uns das Vorgehen gegen Göhre, und was dazu gehört, geschlagen haben.

XX

EDMUND FISCHER · DIE NEUESTE REVISION UNSERER THEORIE UND TAKTIK

Revisionisten seltsamer Art sind fleissig an der Arbeit, unsere bisherige, sieg-gekrönte Taktik über den Haufen zu werfen, auch die Theorie auf den Kopf zu stellen und die Arbeiterbewegung auf Bahnen zu lenken, die zu betreten sie von je weit von sich gewiesen hat. Was jahrzehntelang als *Generalunsinn* galt, soll auf einmal das Heilmittel sein, die politische Macht zu erobern und dem Proletariat die langersehnte Befreiung zu bringen. Die vielgepriesene Dialektik, die materialistische Geschichtsauffassung, der ganze Marxismus werden in einer Weise verzerrt, werden zu Gummipuppen umgemodelt, die man je nach Bedarf in alle möglichen Formen bringen kann, so dass den als *Revisionisten* verschrieenen Parteiketzer die Pflicht erwächst, die grossen Gedanken eines Marx und Engels in Schutz zu nehmen vor der willkürlichen Auslegung, die ihnen jetzt die *Marristen* geben — allen voran Genosse Karl Kautsky.

Ich will hier nicht auf den Generalstrike des näheren eingehen. Genosse Vliegen in der *Neuen Zeit* und Genosse Kolb in den *Socialistischen Monatsheften* haben das Nötige dazu gesagt, und Genosse David hat in schlagender Weise nachgewiesen, wie entschieden bisher die ganze deutsche Socialdemokratie die Taktik von sich gewiesen hat, die jetzt Kautsky, Parvus und einige andere ihr zumuten. Mein Standpunct in dieser Frage deckt sich mit dem Vliegen:

„Der Sieg des Socialismus ist ein ökonomischer Entwicklungsprocess, auf den Regierungen in grossen, entscheidenden Augenblicken einigen, aber nicht grossen, fördernden oder hemmenden Einfluss üben können. Der Generalstrike kann nichts anderes bewirken, als für einige Zeit das ökonomische Leben zerstören. Der Socialismus kann von einer Störung des ökonomischen Lebens nur geschädigt werden.“¹⁾

Das ist durchaus marxistisch gedacht. Das war auch bisher der Standpunct der ganzen deutschen Socialdemokratie. Und das ist nicht nur eine Abweisung des Generalstrikes, das ist eine Verwerfung der ganzen Denkweise, die Kautsky in seiner Schrift *Die sociale Revolution* und jetzt in seiner Artikelserie *Allerhand Revolutionäres* entwickelt. Der Gedanke, dass wir zur Zeit oder in den nächsten Jahren und überhaupt in einer Periode durchweg capitalistischer Productionsweise, sei es durch einen Generalstrike, sei es durch sonst einen Gewaltstreich die politische Macht ergreifen und dann die socialistische Productionsweise nur so einführen könnten, verstösst gegen alle Lehren der Geschichte, gegen die Lehren von Marx und Engels und auch gegen die Regeln der Vernunft.

Dieser Meinung ist auch Kautsky früher gewesen. Als strenger Marxist, gerade von seinem marxistischen Standpunct aus, vertrat er seinerzeit /1880/ in dem Richterschen *Jahrbuch für Socialwissenschaft und Socialpolitik* Ansichten, die er heute als *revisionistische* Ketzereien brandmarkt, die aber in Wirklichkeit dem Gedankengang eines Marx und Engels entsprechen, die Liebknecht in seiner Rede über das *Hineinwachsen* in die socialistische Gesellschaft ebenfalls vertreten und die von uns allen in Hunderten von Versammlungen und Zeitungsartikeln als die massgebende Auffassung der ganzen Socialdemokratie jahrelang propagiert wurde. Kautsky schrieb damals:

„Als die Bourgeoisie im Jahre 1789 in Frankreich zur Herrschaft kam, baute sie weder ihren Staat noch ihre Gesellschaft nach blossen Principien auf: fast sämtliche Einrichtungen, von denen man glaubt, dass sie damals neu geschaffen wurden, sind in ihren Ansätzen schon vor der Revolution vorhanden gewesen. Die Bourgeoisie hat sie bloss weiter entwickelt...“²⁾

Dass das richtig ist, wird Kautsky auch heute nicht bestreiten. Aber er wird doch nicht behaupten wollen, dass die privatcapitalistischen Grossbetriebe die *Einrichtungen* sind, die das Proletariat nur weiter zu *entwickeln* braucht! Es handelt sich doch um eine ganz neue Organisation der Production und Consumption! Damals hat es Kautsky wenigstens nicht in dem Sinne gemeint, dass die privatcapitalistischen Grossbetriebe die *Ansätze* zur socialistischen Gesellschaft seien. Denn er schrieb weiter:

„... So würde auch die Arbeiterpartei kläglich scheitern, wenn ihr heute die Revolution aufgenötigt würde. . . Wann sie kommt, das wissen wir nicht, wohl aber wissen wir das, dass sie, wenn sie heute käme, die Arbeiterpartei ratlos vorfinden würde. Wenn diese siegte, so könnte sie wohl politische Vorteile erdingen, von socialen Vorteilen kaum mehr, als das schweizerische Fabrikgesetz heute schon bietet. Jeder Versuch, den communistischen

¹⁾ Vergl. W. H. Vliegen: *Der Generalstrike als politisches Kampfmittel* in der *Neuen Zeit*, 1903-1904 I. Bd., pag. 199.

²⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Der Übergang von der capitalistischen zur socialistischen Productionsweise* im *Jahrbuch für Socialwissenschaft und Socialpolitik*, 1879-1880, II. Bd., pag. 60.

Idealstaat aufzurichten, wäre eine Torheit, deren Fiasco die Entwicklung der Menschheit empfindlicher schädigen und aufhalten würde, als die Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes selbst.»

Man sieht: Die *Sklavemoral*, die Clara Zetkin neulich in einer Berliner Versammlung in den Ansichten des Genossen David entdeckt hat, ist schon vor einem Vierteljahrhundert von Kautsky gepredigt worden. Kautskys Standpunkt kam auch nicht etwa aus der damaligen politischen Schwäche unserer Partei — er setzt ja einen Sieg des Proletariats voraus, also eine Stärke der Partei, die diese heute noch nicht aufweist. Auch nicht die weniger entwickelte kapitalistische Produktionsweise hat ihn zu dieser Ansicht gebracht: denn nicht darum war es ihm zu tun. Er sagt nämlich weiter:

»Aus dem Gesagten folgt, dass wir diejenigen Einrichtungen, welche als Übergangsstadium zum communistischen Staate dienen könnten, mit allen unseren Kräften fördern müssen, damit wir, wenn ein elementares Ereignis . . . uns die Gewalt in die Hände spielen sollte, auch wissen, was wir mit derselben anfangen sollen. Bevor wir daran gehen können, zu untersuchen, ob die vorgeschlagenen Einrichtungen ihrer Bestimmung als Übergangsstufen in den socialistischen Staat gerecht werden können, müssen wir uns klar werden über die Merkmale, die eine solche aufweisen muss. Erstens müssten dieselben natürlich jetzt schon bestehen. Einrichtungen, die erst geschaffen werden konnten, bis wir ans Ruder kommen, würden diesem Zwecke nicht entsprechen. Wenn die Arbeiterpartei einmal daran kommt, ihre Ideen verwirklichen zu sollen, wird man von ihr ein sicheres Vorgehen, nicht schwankende Experimente verlangen. Sie muss sich daher auf bereits erprobte Institutionen stützen können.«

Kautsky verlangte, darauf hinzuwirken, dass den Gewerkschaften vom Staate — vom heutigen Staate — »Fabriken, Bergwerke und dergleichen . . . zum Betriebe übergeben« werden. Kurzum, er hielt es für nötig, dass die Organisation der Production nach collectivistischen, genossenschaftlichen, socialistischen Grundsätzen bereits in der privatcapitalistischen Gesellschaft begonnen werden müsse, damit eben die socialistischen Produktionsformen bereits ein massgebender Factor geworden sind, von dem ausgehend wir weiter bauen könnten, wenn wir einmal die politische Macht in die Hände bekommen.

Den Satz von Engels über die materialistische Geschichtsauffassung: »dass die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Missstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen«, hat damals Kautsky ganz richtig auch so aufgefasst, dass auch die socialistischen Produktionsformen vorhanden sein müssen, ehe die Formen der jetzigen Gesellschaft *zersprengt* werden und das Proletariat an Stelle der bürgerlichen, capitalistischen Regierungsformen die proletarischen, socialistischen setzen kann.

Und der bisherige Gang der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von Anbeginn lehrt uns, dass es in anderer Weise niemals eine sociale Umgestaltung gegeben hat und geben wird.

Die auf Sklavenarbeit beruhende Production der antiken Culturländer entwickelte sich durch Jahrhunderte hindurch, sie gearb in ihrem Schosse wieder die *freie Arbeit*, die Handwerker, und die Slavery verschwand, als die freie Arbeit ein massgebender Factor im Gesellschaftskörper geworden war, die neue Produktionsform sich herausgebildet, durch Jahrhunderte hindurch entwickelt hatte. Die um ihre Befreiung ringenden Sklaven haben durch ihre Kämpfe, durch die stete Beunruhigung des Staatswesens diese Entwicklung beschleunigt, ihre Befreiung im zähen Kampf errungen.

Die sociale Revolution von der feudalen zur capitalistischen Produktionsweise dauerte viele Jahrhunderte. In der Blütezeit der feudalen Gesellschaft finden wir die ersten Anfänge der capitalistischen Produktionsweise.

Damit beginnt der Niedergang der feudalen Gesellschaft, die Kämpfe zwischen dem aufstrebenden Bürgertum und den Feudalherren treten auf.

»Die Wissenschaften blühen, die Geister regen sich, es ist eine Lust, zu leben, rief Hutten seinerzeit. Und er hatte recht. Für einen kampfesfrohen Geist, wie den seinen, war es eine Lust, zu leben in einem Jahrhundert, das die überkommenen Verhältnisse, die ererbten Vorurteile kühn umstieß, die träge gesellschaftliche Entwicklung in Fluss brachte und den Horizont der europäischen Gesellschaft mit einem Male unendlich erweiterte, das neue Classen schuf, neue Ideen, neue Kämpfe entfesselte. . . Die Signatur des XVI. Jahrhunderts ist der Todeskampf des Feudalismus gegen den aufkommenden Capitalismus. Er trägt das Gepräge beider Productionsweisen, bietet ein wunderliches Gemisch beider dar.«³⁾

Jahrhunderte dauerte aber immer noch der *Todeskampf* der feudalen Gesellschaft, und zwar so lange, bis die Productionsorganisation des Bürgertums sich stark genug entwickelt hatte, um zur Grundlage der neuen Gesellschaft zu werden — die französische Revolution brachte zunächst dem Bürgertum nur politische Vorteile, die ihm allerdings die Möglichkeit gaben, die Entwicklung in ihrem Interesse nun zu fördern. Aber um ein bürgerlich-capitalistisches Staatswesen errichten zu können, war es nötig, dass die bürgerlich-capitalistischen Productionsformen bis zu einem gewissen Grade entwickelt waren. Nie in der Weltgeschichte hat es eine gewaltsame sociale Revolution gegeben, nie hat sich eine sociale Revolution in kurzer Zeit, in wenigen Monaten oder Jahren vollzogen: Es gibt keinen *Tag nach der socialen Revolution*, auch die kommende — die gegenwärtige! — sociale Revolution vollzieht sich im Verlaufe von Generationen, Jahrhunderten! Käme heute das Proletariat in den Besitz der politischen Macht, so könnte es zwar die Entwicklung in seinem Interesse mehr fördern — aber an der capitalistischen Productionsweise könnte es zunächst nichts ändern und es müsste im capitalistischen Sinne das Staatswesen leiten, sonst würde die ganze Production still stehen — denn eine capitalistische Productionsweise und eine proletarisch-socialistische Regierungsform sind unvereinbare Gegensätze. Der Gedanke, die ganze capitalistische Production unter den gegebenen Verhältnissen *am Tage nach der socialen Revolution* einfach zu übernehmen — das heisst also doch in kurzer Zeit — ist so unsinnig, dass man darüber nicht discutieren kann.

Wie steht es aber zur Zeit mit der capitalistischen Productionsweise? Geht diese bereits ihrem Verfall entgegen?

Im März 1897 schrieb Genosse Cunow — der als strenger Marxist und *hyperradical* gilt —:

»Noch stehen wir weit vom Endziel der capitalistischen Entwicklung. . . In welchem Lande ist denn schon die Selbstabwirtschaftung des Capitalismus so weit vorgeschritten, dass es alsreif für die socialistische Wirtschaftsform gelten kann? In England nicht, in Deutschland und Frankreich noch weniger.«⁴⁾

Seit dieser Zeit scheinen aber die Erfolge unserer Partei im Parlament und bei den Wahlen einer Anzahl Genossen den Kopf etwas verwirrt zu haben. Die sociale Revolution, wie sie uns die Marxische Evolutionstheorie lehrt, geht ihnen zu langsam. Die drei Millionen Stimmen bei der letzten Wahl lassen ihnen den Tag nahe bevorstehen, an dem das Proletariat die politische Macht ergreift und die socialistische Gesellschaft im Handumdrehen durchführt. Der Gedanke, den Parvus in der Dortmunder *Arbeiterzeitung* vom 24. September 1901 entwickelte, wird nun fortgesponnen. Damals schrieb Parvus:

³⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Thomas More und seine Utopie* [Stuttgart 1890], pag. 4-5.

⁴⁾ Vergl. Heinrich Cunow: *Unsere Interessen in Ostasien* in der *Neuen Zeit*, 1896-1897, I. Bd., pag. 806.

Die capitalistische Production feiert »nach jeder Handelskrise ihre Wiedergeburt, bis einmal mit der Handelskrise der siegreiche Angriff des organisierten Proletariats auf die capitalistische Eigentumsform zusammenfällt — dann kann die capitalistische Production nicht mehr aufkommen. Das ist die Zusammenbruchstheorie. Sie ist richtig oder falsch, je nachdem das Proletariat die Kraft entwickeln kann, um die Bourgeoisie zu stürzen.«

Parvus hielt damals schon den Generalstreik für das Kampfmittel, um einen siegreichen Angriff auf die capitalistische Production machen und die Bourgeoisie stürzen zu können. Aber er blieb ziemlich allein, man lachte ihn aus, und die Sache war erledigt. Jetzt hat er in Kautsky und in der *Leipziger Volkszeitung* gelehrige Schüler gefunden.

Nicht zu dem Zwecke etwa wird der Generalstreik discutirt, um einen Angriff auf die politischen Freiheiten und Rechte des Volkes abzuwehren; sondern um die Bourgeoisie zu stürzen, die politische Macht zu erobern und die socialistische Gesellschaft durchzuführen. Die Socialdemokratie ist eine Macht geworden, schreibt Kautsky:

»Und nun erhebt sich die grosse Frage: sollen wir als machtvolle Partei bleiben, was wir bisher gewesen, oder drängt uns diese neue Machtstellung neue Ziele und eine neue Taktik auf? Wir erklärten bisher, nur durch Eroberung der Machtmittel der modernen Staatsgewalt könnten wir das Proletariat emancipieren. Sollen wir uns auch fernerhin von diesem Grundsatz leiten lassen? Das bedeutet, dass wir in den praktischen Kampf um die politische Macht eintreten, denn wir sind zu stark geworden, als dass unser Streben nach dieser Macht noch weiterhin als ein bloss platonisches betrachtet werden könnte.«⁵⁾

Noch deutlicher wird die *Leipziger Volkszeitung* vom 8. März dieses Jahres in einem Artikel, überschrieben *Märzluft*. Dort wird es mit Jubel begrüsst, dass Kautsky diese Frage wieder angeschnitten habe. Aber der Generalstreik dürfe nur angewendet werden, wenn es sich *um s Ganze* handelt:

Er könne und dürfe »nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschliesst, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskirt, muss bereit sein, im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Massen, die ihn wagen, müssen damit einverstanden sein, dass sie für den Sturz der Classenherrschaft und die Dictatur des Proletariats kämpfen.«

Diesen Zeitpunkt sieht die *Leipziger Volkszeitung* nahe bevorstehen:

»Gerade jetzt, wo die moralischen Niederlagen der Regierung im Reichstage der *Scharfmacher*presse fast täglich den Wutschrei auspressen, man müsse ein Ende machen, die Socialdemokratie aus dem Reichstag vertreiben und das allgemeine Wahlrecht vernichten, . . . ist es von actuellem Bedeutung, dass das Proletariat zur Discussion des politischen Massenstrikes übergeht. Die alte Welt geht aus den Fugen, ein rauher Märzwind weht vom fernen Osten, der ein anderes politisches Klima bringen soll. Es ist Zeit, dass das Proletariat seine Rüstung vervollständigt und den kommenden Ereignissen gewappnet entgegentritt.«

Zum Glück denkt kein Mensch in unserer ganzen Partei daran, diese Phrasen ernst zu nehmen. Aber die politischen *Scharfmacher* schlachten sie gegen uns aus, und es ist daher notwendig, festzustellen, dass unsere bisherige, durch viele Parteitage beschlossene und bestätigte Taktik diese Revolutionsromantik verwirft, unsere Grundanschauungen über das Wesen der Gesellschaft und ihres geschichtlichen Werdens ihr stricte entgegenstehen und es einer gründlichen Revision unserer theoretischen und taktischen Anschauungen nach der Richtung hin bedürfte, die wir bisher — und zwar seit Jahrzehnten — als überlebt, als untauglich, ja als unserer Sache gefährlich und schädlich bekämpften, wollten wir uns auf den Standpunct des Leipziger Parteiblattes stellen.

⁵⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Allerhand Revolutionäres* in der *Neuen Zeit*, 1903-1904. I. Bd. pag. 580.

Es gehört eine grosse Portion Naivetät dazu, um zu glauben, lediglich mit dem Generalstrikte die politische Macht erobern zu können, ohne Barricadenkampf, ohne blutigen Bürgerkrieg, den Kautsky und auch die *Leipziger Volkszeitung* entschieden verwerfen; noch dazu in einer Zeit des Militarismus und wo wir erst etwa den vierten Teil der Bevölkerung so weit für unsere Bestrebungen gewonnen haben, dass wir bei Wahlen wenigstens seine Stimmen bekommen. Doch das mögen Kautsky und Parvus hinterm warmen Ofen mit sich selbst ausmachen — ich will auf die Phantasieen über die Art der Durchführung des Generalstrikes nicht eingehen, mit denen vor einigen Jahren Parvus in der *Neuen Zeit* und in einer Broschüre unsere Lachmuskeln reizte. Ich möchte nur noch kurz einige Ausführungen der Revision des wissenschaftlichen Socialismus durch Karl Kautsky widmen, aus der auch des letzteren Revision unserer Taktik entspringt.

Kautsky setzt an die Stelle des wissenschaftlichen Forschens die reine Speculation. Den Utopismus, zu dessen Überwindung Karl Marx sein grosses Lebenswerk schrieb, führt er uns als die neueste Vertiefung in unsere Grundsätze vor! Nehmen wir mal an, Kautskys Generalstrikte habe das Bürgertum *kopfflos* gemacht, das Proletariat habe gesiegt, Bülow abgedankt, die politische Macht sei in unseren Händen, und nun folgen wir Kautsky in sein Reich Utopien, das er uns entwirft, als ein Übergangsstadium.

Bei Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat ist die gesamte Production, von den wenigen staatlichen, communalen und genossenschaftlichen Betrieben abgesehen, eine rein privatcapitalistische. Soll nun die Expropriation der Capitalisten mit einem Schlage enden? Es ist klar: der Gedanke, die ganze privatcapitalistische Production, diesen ungeheuern Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Rädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen, Monaten oder Jahren *übernehmen* und neuorganisieren zu wollen — der grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn! Ein solcher Gedanke entspricht auch nicht dem wissenschaftlichen Socialismus, den wir bis jetzt lehrten; das ist ödes Speculieren. Das erste, was bei Übernahme der politischen Gewalt durch das Proletariat geschehen müsste, wäre: alles aufzubiiden, damit die Production sofort — in wenigen Tagen! — wieder im vollen Betriebe ist, damit das Volk *Brot bekommt!* In dem oben erwähnten Artikel im Richterschen Jahrbuch schrieb Kautsky:

»Das Volk will Brot. Deshalb erhebt es sich gegen den König, deshalb gegen die Feuillants, gegen die Gironde und schliesslich gegen die Fraction des Berges. Und so wird auch wieder einmal das Volk sich erheben, unbekümmert um die Differenzen zwischen Marx, Bakunin, Dühring, und wird Brot fordern, und wenn die Arbeiterpartei es ihm nicht geben kann, wird sie ebenso, wie alle anderen Parteien, den Weg alles Fleisches gehen.«

Jawohl, Genosse Kautsky, am Tage nach der socialen Revolution will das ganze Volk *Brot*, das heisst eine Existenz, die mindestens so gut ist, als die bisherige, und daher ist erforderlich, dass die Production sofort wieder in Gang kommt. Und wenn Kautsky auch nur einmal die kleinste Genossenschaft — oder sonst einen Betrieb — gegründet und ein Jahr lang geleitet hätte, um alle die Hunderte von kleinen und grossen Schwierigkeiten einer Neuorganisation auf diesem Gebiete kennen zu lernen und zu erfahren, dass die Menschen keine Zahlen sind, die man geduldig auf das Papier schreiben kann, und auch keine Automaten, die man aufzieht und die dann die gewünschte Verrichtung vollziehen, sondern Wesen aus Fleisch und Blut, oft physiologische und psychologische Rätsel, die die beste Speculation und die idealsten Träume in wenigen Stunden zu nichte machen können — wenn Kautsky davon eine Ahnung hätte, würde er nicht dazu gekommen sein, von einer plötzlichen

Übernahme der ganzen Production durch das Proletariat zu reden und die wissenschaftliche Auffassung des Socialismus durch eine naive, unlogische Phantasie zu ersetzen. Ich will die anderen Einwände gar nicht anführen, die hier am Platze wären. Der Genosse Lusnia hat in seinem Artikel *Unbewaffnete Revolution?* eine Reihe ganz zutreffender Einwände vorgebracht.

Bisher lehrten wir immer, der Socialismus sei nur international durchzuführen. Dass aber Russland, das noch in den Kinderschuhen der capitalistischen Entwicklung steckt, Italien, Spanien, auch Österreich-Ungarn, Schweden und Norwegen etc. noch himmelweit vom Socialismus entfernt sind — wer will das bestreiten? Und die hochentwickelten Länder England und America, die nicht einmal eine nennenswerte socialistische Bewegung haben? Auf Hoffnungen kann man sich doch nicht stützen! Wie will aber Kautsky unter solchen Umständen den Export Deutschlands von 5 Milliarden aufrechterhalten oder dafür sofort (!) im Lande einen Ersatz finden? U. s. w.

Will Kautsky aber nicht sofort die ganze Production übernehmen — dann bleibt die privatcapitalistische Production in ihrer jetzigen Gestalt einstweilen bestehen, und die socialistische Regierung müsste, wenn die Production wieder in Gang kommen sollte, den Capitalisten alle die Garantien geben, die nötig sind, um capitalistische Betriebe überhaupt zu ermöglichen: dann bliebe aber alles beim alten, und wir könnten ausser dem Achtstundentag wohl noch wesentliche Verbesserungen der Arbeiterschutzgesetze durchführen, sonst aber nur politische Vorteile erreichen und der Entwicklung eine freiere Bahn schaffen, damit sie sich schneller und schmerzloser vollziehe.

Kautsky aber will ja offenbar die Expropriation mit einem Schlage durchführen. Denn er will dann auch sofort die Arbeitszeit auf fünf Stunden verkürzen, den Lohn auf das Doppelte und Dreifache erhöhen. Wie er das machen will, ist ungemein heiter. Machen wir! *Voilà tout!* Um die hohen Löhne bei so kurzer Arbeitszeit zahlen zu können, will er ein rasches »Aufgeben der irrationalen Kleinbetriebe« und eine »Concentration der Production in den leistungsfähigen Betrieben in allen Productionszweigen, wo der Grossbetrieb technisch möglich ist«.

Machen wir! Zwar kann man die Löhne nicht verdoppeln und verdreifachen, wenn man den grössten oder wenigstens einen grossen Teil des Reingewinnes zur Accumulation von neuem Capital verwenden will, »ein Process, der in einem socialistischen Gemeinwesen von diesem und nicht von den Individuen zu vollziehen ist« — wie Kautsky im Richterschen Jahrbuch schrieb — oder es bleibt nichts zur Accumulation übrig, wenn man die Löhne in dieser Weise erhöht — aber Kautsky stösst sich daran nicht.

Eine Weberei mit 1000 Arbeitern wirft heute nur in den wenigsten Fällen einen Reingewinn von mehr als 300 000 Mark pro Jahr ab. Eine Verdoppelung der Löhne von durchschnittlich 2 Mark pro Tag würde pro Jahr die Summe von 600 000 Mark ausmachen, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 Stunden auch sicher 400 000 Mark, macht eine Million Mark Mehrausgabe für die Arbeitslöhne! Von einer Accumulation, einer rascheren Concentration, einer wirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung wäre keine Spur mehr da. In Eisen- und vielen anderen Betrieben ist der Reingewinn allerdings höher, aber er müsste das Zehnfache betragen, wenn man bei einer Verdoppelung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 Stunden pro Tag noch so viel zur Accumulation erübrigen wollte, dass eine raschere Concentration der Grossbetriebe, als zur Zeit, sich ermöglichen liesse. Der Unternehmer, der heute 200 000 Mark Reingewinn erzielt, verbraucht höchstens 50 000 Mark für sich, 150 000 Mark verwendet er zur Accumulation, zur Erweiterung oder Vervollkommnung seines Betriebes oder zur Anlegung neuer Betriebe. Will Kautsky die Löhne so erhöhen, dass mehr als das, was der Unternehmer verzehrt,

dazu verwendet wird, dann bleibt weniger zur Accumulation übrig, die Concentration der Betriebe vollzöge sich dann langsamer, als jetzt. Will er aber die Concentration beschleunigen, kann er die Löhne nicht wesentlich erhöhen — er braucht ja dann noch mehr Mehrwert zur Vergrößerung der Betriebe, als heute die Privatcapitalisten! Aber auch abgesehen davon: Das raschere Aufgeben der irrationellen Kleinbetriebe und die Concentration der Grossbetriebe könnten doch immer nur wieder in einem Zeitraum von *J a h r z e h n t e n* gedacht sein — so lange also müssten die Arbeiter auf ihre Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 Stunden und die Verdoppelung des Lohnes noch warten! . . .

Oder will Kautsky das auch alles nur so im Handumdrehen machen? Wenn nicht, dann bleibt auch dann, wenn wir die politische Macht haben, uns nichts anderes übrig, als »der Entwicklung freie Bahn zu schaffen, alles Alte, Abgestorbene zu beseitigen, dem Absterbenden das Ende zu erleichtern«, wie A. Bebel in seinem *Charles Fourier* sagt.

»Wir können . . . nicht den Weg vorschreiben, den die ökonomische Entwicklung zu nehmen hat, aber wir sind im stande, dadurch, dass wir denselben klar erkennen, die Hindernisse zu beseitigen, die auf demselben liegen und die Entwicklung hemmen und schmerzlich machen.«⁹⁾

Auch nach Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat hört das wirtschaftliche Gesetz der Entwicklung nicht auf.

Kautsky wird nun die Frage stellen: ja, wie gedenkt ihr denn zu unserem Endziele zu kommen? Er selbst hat uns zwar auch nicht gezeigt, wie er dahin gelangen will, er hat uns nur gesagt: Man macht! Man nimmt! In jedem Kochbuche steht auch *Man nimmt*, aber deshalb bekommt der Arbeiter doch nicht sein Huhn in den Topf — er muss auch wissen, wo er es hernehmen soll! Ich will aber trotzdem dem Genossen Kautsky sagen, wie wir — nach meiner unmassgeblichen Meinung natürlich! — zu unserem Endziele gelangen können und nur gelangen werden: indem wir auf dem Wege weiter schreiten, auf dem wir uns seither bewegten!

Zunächst werden wir auch ferner *die Köpfe revolutionieren*, das Volk für unsere Bestrebungen zu gewinnen suchen — wir haben ja erst einen kleinen Teil des Volkes hinter uns! Die drei Millionen socialdemokratischer Wähler sind noch lange keine drei Millionen Socialisten! Und drei Viertel aller Wähler sind zudem noch gegen uns! Mit den Organisationen der Arbeiter und durch unsere Tätigkeit in den Parlamenten werden wir die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne in der entsprechenden Weise erhöhen können, wie unsere Macht wächst — ohne Macht ist überhaupt nichts zu erreichen! Mit der Vergrößerung der Zahl unserer Anhänger wächst unser Einfluss im Staat und in den Communen, damit unser Einfluss zur Beseitigung aller Hindernisse der Entwicklung, wir können die genossenschaftliche, communale und staatliche Production fördern und in gesunde Bahnen lenken, und wenn wir die grosse Mehrheit des Volkes hinter uns haben — dann, Genosse Kautsky, wird uns niemand die politische Macht mehr streitig machen können! Aber heute haben wir die Mehrheit des Volkes noch nicht hinter uns, und wir sind noch weit entfernt von diesem Ziele! Die erste Wahl nach Besitzergreifung der politischen Macht würde uns ja wieder wegfegen, wenn wir die Mehrheit nicht hinter uns hätten!

Gewiss, Genosse Kautsky, ist es möglich, dass die Regierung und die herrschenden Classen einmal dazu übergehen können, uns das Wahlrecht und andere politische Freiheiten zu nehmen. Aber der Generalstrike ist sicher kein

⁹⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Die Verteilung des Arbeitsertrages im socialistischen Staate im Jahrbuch für Socialwissenschaft und Socialpolitik*, 1881, pag. 88.

Mittel dagegen, das zu verhindern. Ein bürgerlich-capitalistisches Staatswesen kann gar nicht lange bestehen ohne gewisse Freiheiten und Rechte für das Volk, ohne eine Regierungsform, die auch der Masse des Volkes einen Einfluss verschafft. Wir haben das Socialistengesetz ohne Generalstrike überwunden, wir würden eine Zeit der Wahllentrechtung in derselben Weise überwinden. Alles das könnte nur Unterbrechung unseres Vorwärtsdringens sein, letzteres aber nicht aufhalten.

Gewiss gebe ich auch zu, dass uns ein *élémentares Ereignis* in nicht gar so ferner Zeit einmal die politische Macht in die Hände spielen könnte. Aber an der Produktionsweise könnten wir dann zunächst und gewaltsam gar nichts ändern, gewaltsame Revolutionen sind immer nur politische Revolutionen, die sociale Revolution ist ein langer Entwicklungsprocess, in den man nicht gewaltsam eingreifen kann.

Die Zukunftsstaatsmalereien Kautskys in seiner Broschüre *Am Tage nach der socialen Revolution* und jetzt wieder in seinem Artikel *Allerhand Revolutionäres* sehen aus wie ein Versuch, den wissenschaftlichen Socialismus zum Utopismus, den Marxismus, zum Blanquismus zu revidieren. Einer solchen Revision der Theorie entspricht allerdings auch ganz die Revision der Taktik von der bisherigen zum Generalstrike. Der Generalstrike zur Eroberung der politischen Macht wäre aber die blutige Revolution — anders ist er gar nicht denkbar —, und diese verwirft Kautsky in ebenso entschiedener Weise, wie die ganze deutsche Socialdemokratie das tut. Kautsky wird es auch mit Entrüstung von sich weisen, dass er unsere Theorie zum Utopismus und Blanquismus revidieren wolle, dass er einen Zukunftsstaat habe schildern oder auch sagen wollen, dass wir vor einer Revolution stehen. Dann aber qualificieren sich seine Ausführungen als nichts anderes, denn als Kannegiessereien, allerdings als recht bedenkliche und gefährliche Kannegiessereien. Gefährlich deshalb, weil die Gegner Kautskys Worte doch ernst nehmen, weil sie unsere Partei damit identificieren und die *Scharfmacher* Capital daraus schlagen.

XX

FÉLICIEN CHALLAYE · DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DES FRANZÖSISCHEN SOCIALISMUS

Wenn die Bewegung zu gunsten der Einigung der französischen Socialisten, die unter der Leitung von Jaurès in den Jahren 1898 und 1899 unternommen wurde, im Endergebnis auch nicht dazu führte, das Ideal einer einheitlichen Partei zu verwirklichen, so ist sie doch nicht vollständig umsonst gewesen: sie hat im Bewusstsein vieler Socialisten das Bedürfnis nach Ordnung, Zusammenschluss und gemeinsamem Handeln geschaffen oder entwickelt. An Stelle einer Unzahl von Gruppen, die meistens nur wenige Mitglieder zählten, treten uns heute zwei wichtige Organisationen entgegen: der *Parti socialiste français*, die Partei von Jaurès und Millerand, und der *Parti socialiste de France*, die Partei von Guesde und Vaillant. Die Differenzen zwischen diesen beiden, gleicherweise socialistischen Organisationen hängen zweifellos zum grossen Teil mit den bedauerlichen Feindseligkeiten zwischen den Hauptvertretern des französischen Socialismus zusammen. Sie stammen auch ein wenig von dem etwas abergläubischen Respect, den man für die alten Traditionen und Gewohnheiten bewahrt, und von der treuen Anhänglichkeit der alten Streiter an die Erinnerungen der alten Gruppen. Doch besteht zwischen den beiden Parteien auch

noch ein tieferer Unterschied, ein Unterschied verstandes- und gefühlsmässiger Art: sie gehen weit auseinander in Bezug auf den Standpunkt, den sie den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber einnehmen. Die beiden Organisationen verhalten sich zu einander, wie auf psychologischem Gebiet Handlung und Traum. Der *Parti socialiste français* ist die Partei der Action, die Sinn für die Wirklichkeit hat oder zu haben versucht und sich bemüht, die capitalistische Gesellschaft durch alle sofort realisierbaren Reformen in die socialistische zu verwandeln. Der *Parti socialiste de France* beschäftigt sich mehr damit, sich die Vernichtung der heutigen und das plötzliche Einsetzen einer idealen socialistischen Gesellschaft auszumalen.

Auf dem Congress in Tours /1902/ hat der *Parti socialiste français* ein theoretisches und praktisches Programm aufgestellt.

Um auf den Gang der tatsächlichen Verhältnisse einzuwirken, muss man sie auch kennen, um die Realitäten umzugestalten, muss man sie mit in die Berechnung ziehen. Die *Principienerklärung* des *Parti socialiste français*, über welche in Tours abgestimmt wurde, zieht zwei wesentliche Tatsachen in Betracht: auf wirtschaftlichem Gebiet die allgemeine Tatsache der capitalistischen Entwicklung, auf politischem Gebiet die weniger allgemeine und speciell für Frankreich giltige Tatsache der demokratischen Entwicklung.

»Die Grossindustrie wird immer mehr das Gesetz der modernen Production. Durch die Erweiterung des Weltmarktes, durch die zunehmende Erleichterung des Verkehrs, durch die Arbeitsteilung, durch die immer weiter gehende Anwendung der Maschinen, durch die Concentration des Capitals ruiniert oder unterwirft sich die ungeheure concentrirte Production die kleinen und mittleren Producenten. . . Die industriellen Proletarier, die nach und nach jede Aussicht, sich einzeln zum Meisterstand erheben zu können, verloren haben und dadurch zu ewiger Abhängigkeit verurteilt sind, sind ausserdem den unaufhörlichen Krisen der Absatzstockung und des Elends ausgesetzt, welche die unregelmässige Concurrenz der grossen capitalistischen Kräfte entfesselt. . . Es gibt nur ein Mittel, die Ordnung und den andauernden Fortschritt der Production, die Freiheit aller Individuen und die Steigerung des Wohlstandes der Arbeiter zu sichern, nämlich: das Eigentum an den capitalistischen Produktionsmitteln auf die Gesamtheit, das sociale Gemeinwesen, zu übertragen.«

Gleichzeitig nimmt die Principienerklärung auf die specielle politische Lage Frankreichs Rücksicht, wie sie aus der französischen Revolution und den darauf folgenden Ereignissen sich ergeben hat:

»Es besteht ein unerträglicher Widerspruch zwischen der aus der Revolution hervorgegangenen politischen Ordnung und der wirtschaftlichen Ordnung der Gesellschaft. Auf politischem Gebiet verwirklicht sich die Demokratie: alle Bürger nehmen, wenigstens nach dem Gesetz, gleichen Anteil an der Regierung; das allgemeine Stimmrecht ist der Communismus der politischen Gewalt. Auf wirtschaftlichem Gebiet dagegen hat eine Minderheit die Oberherrschaft. Da herrscht die Oligarchie des Capitals, das besitzt, verfügt, verwaltet, ausbeutet. . . Das Proletariat hat daher den unwiderstehlichen Drang, die Demokratie, die sich im politischen Leben schon zum Teil verwirklicht hat, auch auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. So wie alle Bürger auf gleiche Weise als Demokraten die politische Macht gemeinsam besitzen und handhaben, sollen sie auch die ökonomische Macht, die Produktionsmittel, gemeinsam besitzen und handhaben.«

Indem die Principienerklärung dieser doppelten Entwicklung, der politischen und der ökonomischen, Rechnung trägt, bezeichnet sie klar das Endziel, dem das Proletariat, die *revolutionäre Classe*, zustreben muss:

»Es handelt sich nicht um eine teilweise Verbesserung, sondern um eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft. . . Das Proletariat wird den Kampf nicht eher einstellen, bis das ganze capitalistische Eigentum durch die Gesellschaft resorbiert ist und bis die Classengegensätze ihr Ende gefunden haben durch das Verschwinden der Classen selbst.«

In der Principienerklärung heisst es ferner:

»Es wäre gefährlich, die Annahme von revolutionären Ereignissen, die durch den Widerstand oder selbst durch verbrecherische Angriffe der Privilegierten herbeigeführt werden können, ausser Betracht zu lassen. Es wäre aber verderblich, auf den Glauben an das blossе Wort *Revolution* hin die grossen Kräfte zu vernachlässigen, über die das bewusste und organisierte Proletariat in der Demokratie verfügt.

Es gibt keine Formel, keinen Mechanismus, der die Arbeiterclassе der beständigen Organisations- und Erziehungsarbeit entheben könnte.«

Dieser energische Aufruf zur Tat charakterisiert die Partei. Sie ist revolutionär, weil sie eine völlige Umgestaltung der heutigen Gesellschaft erstrebt: wenn sie aber auch in der Praxis den Gedanken, zur Gewalt ihre Zuflucht zu nehmen, nicht *a priori* verwirft, so rechnet sie doch vor allem darauf, die Gesellschaft durch gesetzliche Mittel und positive Reformen umzugestalten.

Die Principienerklärung wird präzisiert durch das Reformprogramm, das gleichfalls auf dem Congress in Tours beschlossen. Das selbe setzt mit folgender von kühner Klugheit erfüllten Erklärung ein:

»Der *Parti socialiste français* verwirft die Politik des *Alles oder nichts* und stellt ein Programm von Reformmassregeln auf, deren Verwirklichung er von Stund an betreibt.«

Und an Hand jeder einzelnen Reform zeigt es dann gewissenhaft die Vorgänge, durch welche sie sich nach und nach wird verwirklichen können.

Der *Parti socialiste français* beginnt damit, in Übereinstimmung mit den anderen wahrhaft demokratischen Parteien eine vollkommene Demokratisierung des Staates zu verlangen. Hieraus folgen die einzelnen Forderungen: allgemeines directes Wahlrecht für beide Geschlechter bei allen Wahlen; absolute Press- und Coalitionsfreiheit; völlige Selbstverwaltung der Departements und der Gemeinden, unter dem einzigen Vorbehalt, dass sie den republikanischen, demokratischen und weltlichen Staatscharakter gewährleisten etc. Hieraus folgern weiter die Reformen, die eine vollständige Verweltlichung des Staates verlangen (Trennung von Kirche und Staat), eine demokratische und menschlichere Organisation der Rechtspflege, Ausdehnung der humanitären, staatsbürgerlichen und gewerblichen Erziehung etc.

Dann kommen die Reformen zu gunsten des Proletariats, die im stande sind, seine Lage sofort zu verbessern: Steuerreformen (Abschaffung der Steuern auf Consumartikel, die zum notwendigen Lebensunterhalt gehören, Einführung einer Einkommensteuer, Erbschaftsteuer etc.), Forderungen zum Schutz und zur gesetzlichen Regelung der Arbeit selbst (Achtstundentag, vorläufig Unterstützung jeder Massregel, welche die Dauer der täglichen Arbeitszeit verkürzt, ein Ruhetag per Woche, Minimallohntarife, Heimarbeiterschutz etc.), sociale Versicherung gegen alle natürlichen und wirtschaftlichen Gefahren.

Drittens zählt das Programm diejenigen augenblicklich durchführbaren Massregeln auf, durch welche die gegenwärtige Gesellschaft allmählich in eine socialistische übergeführt wird, zum Beispiel Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke, der französischen Bank, der Versicherungen, der Zuckerraffinerien und -siedereien, der Alkoholindustrie und der grossen Mühlenwerke; Organisation des Beleuchtungs-, Wasserversorgungs- und öffentlichen Verkehrswesens, der Errichtung und Verwaltung von billigen Wohnungen etc.

Endlich verlangt das Reformprogramm, nachdem die Principienerklärung den friedlichen und internationalen Charakter des Socialismus betont hat, eine Politik des internationalen Friedens und weist auf die gegenwärtig schon möglichen Modificationen im Militärwesen hin, die unerlässlich sind, solange nicht die allgemeine Abrüstung verwirklicht ist.

Das in Tours beschlossene allgemeine Reformprogramm wurde ergänzt durch das Programm der Verwaltungsreformen, das auf dem Congress der socialisti-

sehen Gemeinderäte in Paris im Januar dieses Jahres zur Annahme gelangte und das politische und wirtschaftliche Reformen im gleichen Sinne verlangt.

Das nationale und das municipale Reformprogramm vervollkommen in zweckmässiger Weise die Principienerklärung von Tours. Dort, wie hier, tritt derselbe praktische Charakter hervor, dieselbe Arbeitsmethode: der *Parti socialiste français* will eine Partei des Handelns sein.

Wie ist die Partei nun tatsächlich in den letzten Jahren vorgegangen?

× × ×
Die Partei hat praktisch gearbeitet, und zwar im Ministerium, im Parlament und im Lande selbst.

Von diesen verschiedenen Arten der Betätigung ist entschieden die ministerielle Tätigkeit, die Millerand während dreier Jahre als Handelsminister im Cabinet Waldeck-Rousseau ausgeübt hat, die fruchtbarste gewesen. Heute, wo man die Wirksamkeit Millerands beurteilen kann, ist man einfach verblüfft über die Kritik, die man an diesem hervorragend tatkräftigen Mann auszuüben gewagt hat. Für das Proletariat, für die socialistische Entwicklung, für die wirkliche sociale Revolution hat Millerand durch sein Vorgehen in diesen drei Jahren im Ministerium in wirklich bedeutendem Masse gewirkt.

Es ist nur das geringste Verdienst Millerands, dass er während seiner Minister-tätigkeit zu wiederholten Malen klar und wirkungsvoll den genauen und praktischen Charakter der socialistischen Praxis dargetan hat, wie in Lille, Lens und Firminy. Dadurch hat er dazu beigetragen, dass einzelne der Vorurteile verschwanden, die zwar nicht das industrielle Proletariat, wohl aber noch viele Beamte und Kleinbürger hegten, die, wenn möglich, der socialistischen Sache zu gewinnen, auch wichtig ist.

Interessanter aber als seine interessantesten Reden ist es, die positive Tätigkeit Millerands zu untersuchen. Es ist ihm gelungen, einzelne Reformen durchzuführen, die, wenn sie auch nicht die capitalistische Gesellschaft zu stürzen vermögen, doch dazu beitragen, eine vollständige Umwandlung vorzubereiten, da sie das Proletariat immer mehr befähigen, dereinst diese revolutionäre Tätigkeit auszuüben. Es ist ein Lieblingsgedanke Millerands, dass die Emancipation der Arbeiter durch sie selber vollzogen werden muss, aber wie wäre es möglich, dass sie ihre eigenen Neuschöpfer sein könnten, dass sie ihre Intelligenz ausbilden, einen wirklichen Einfluss ausüben, solange sie von der Arbeit fast erdrückt werden, solange ihnen jegliche Mussezeit fehlt? Daher ist es, wie Millerand in seiner Rede zu Vierzon /März 1903/ erklärt hat, die erste Aufgabe der Socialisten, den Arbeitern eine menschlichere Arbeitsorganisation zu schaffen.

Hierin liegt nun die Bedeutung des im März 1900 von Millerand eingebrachten Gesetzes über die Kinderarbeit und die Arbeit minderjähriger Mädchen und Frauen in den Industriebetrieben. Das Gesetz schreibt eine sofortige Reduktion der Arbeitszeit auf 11 Stunden vor für alle Arbeiter (Kinder, Mädchen, Frauen, erwachsene Männer) in all den Betrieben, wo in denselben Localitäten Erwachsene und Frauen oder Kinder beschäftigt sind. Das Gesetz schreibt ferner vor, dass nach Ablauf von zwei Jahren nach seiner Publication /1902/ die Arbeitszeit für die vorerwähnten Arbeitergruppen auf 10½ Stunden und nach einer weiteren Frist von zwei Jahren /1904/ auf 10 Stunden reduciert werden soll. Das bedeutet, dass für die ungeheure Mehrzahl der französischen Arbeiter der zehnstündige Arbeitstag gewährleistet ist, ungefähr für 82 %: 433 000 Kinder, 603 000 Frauen und 1 111 000 Männer.

Millerand konnte mit Stolz in Vierzon auf das neue Princip hinweisen, das durch dieses Gesetz aufgestellt worden ist: »Zum erstenmal hat die sociale Gesetzgebung Frankreichs anerkannt, dass die Republik nicht nur den Frauen und Kindern, sondern auch den Männern eine Einschränkung der Arbeitszeit

schulde.« Er stellte auch die Ausdehnung des Zehnstudentages auf alle Arbeiter ohne Ausnahme in Aussicht. Den Post- und Telegraphenbeamten, die zu seinem Ministerressort gehörten, bewilligte er ihn sofort.

Es ist ganz überraschend, dass es Socialisten gibt, die so unwissend in Bezug auf die wirklichen Verhältnisse der Arbeiterklasse sind, dass sie die ungeheuer Tragweite eines Gesetzes, wie das über den Zehnstudentag, verkennen konnte. Es ist unglaublich, dass Socialisten damals dieses Gesetz als *verbrecherisch* und *reactionär* bezeichnen konnten, wo sie doch heute alle die stricte Befolgung des selben fordern.

Wenn wir das Werk Millerands betrachten, so müssen wir ferner erwähnen: das Decret, das den Stadtverwaltungen, den Departements, dem Staat die Möglichkeit gibt, bei der Vergabe von Arbeiten eine Maximalarbeitszeit, einen Minimallohn und andere günstige Arbeitsbedingungen für die betreffenden Arbeiter zu verlangen /August 1899/; das Gesetz, das eine Sitzgelegenheit für Ladenangestellte vorschreibt /December 1900/; das Project einer Altersversicherung für Arbeiter; den Gesetzentwurf, betreffend das obligatorische Einigungsverfahren und den Strikezwang u. s. w.

Seit ein Socialist im Ministerium gewesen, wird all den Fragen, welche die Arbeit betreffen, ein neues Interesse entgegengebracht. So hat sich im Handelsministerium ein Arbeitsamt gebildet, das ohne Zweifel den Keim zu dem schon seit langem von den Socialisten geforderten Arbeitsministerium bildet. Der Oberste Arbeitsrat hat sich reorganisiert: von 66 Mitgliedern werden 52 durch die Arbeiter- und Arbeitgeberverbände gewählt, 4 durch das Ministerium, das übrige zwei Socialisten abordnet, den Genossen Jaurès und die Genossin Bonneval. In der ersten Sitzung wurde ein Socialist, nämlich der Secretair eines Arbeiterverbandes, als erster Vicepräsident gewählt. Ein Ministerialerlass gestattet, dass in allen Arbeiterbezirken Arbeitsräte eingerichtet werden, die die Regierung über alle die Arbeit und die Arbeitsgesetze betreffenden Fragen auf dem Laufenden halten sollen und deren Mitglieder durch die Gewerkschaften und die gewerblichen Schiedsgerichte gewählt werden sollen. Ein neuer Geist weht nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Die Gewerbeinspectoren sind gehalten, energisch jede Übertretung der Arbeiterschutzgesetze zu verfolgen, wo sie früher nur zu oft ein Auge zugedrückt hatten. Sie haben auch die Weisung, sich in regelmässiger Verbindung mit den Gewerkschaften zu halten. »Die Gewerbeinspection«, schreibt der socialistische Minister, »kann nur dann eine Massnahme sein, die die Ausführung der socialpolitischen Gesetze vollkommen verbürgt, wenn die Arbeiter, für welche sie geschaffen sind, dabei mitarbeiten« /Januar 1900/. Durch diese Vorlagen, durch diese Decrete, diese Erlasse, besonders durch ein Decret, das die Reorganisation der Pariser Arbeitsbörse bezweckte, hat Millerand indirect dazu beigetragen, die Gewerkschaftsbewegung zu kräftigen. Es ist eine Tatsache, dass während der drei Jahre seiner Amtstätigkeit im Ministerium die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeitsbörsen und die Zahl dieser Organisationen selber in einem Masse zugenommen hat, das sich mit dem in den vorhergehenden Jahren vollzogenen Fortschritt durchaus nicht vergleichen lässt.

Wenn der *Parti socialiste français* keine weiteren Erfolge zu verzeichnen hätte, als das positive Resultat dieser ministeriellen Tätigkeit, könnte er sich doch rühmen, in wenigen Jahren auf das politische Leben Frankreichs einen für die Arbeiter und für die Verwirklichung des socialistischen Ideals segensreichen Einfluss ausgeübt zu haben.

Als dann das Ministerium Waldeck-Rousseau durch das Ministerium Combes ersetzt wurde, hat der *Parti socialiste français* eine vorwiegend parlamentarische Tätigkeit entfaltet. Es war ihm eine grosse Verantwortung aufgebürdet. Die

Art der Gruppierung der Parteien in der Kammer bringt es mit sich, dass das Los eines Ministeriums oft von der Stimme der socialistischen Fraction abhängt. Wir müssen berücksichtigen, dass das Ministerium Combes das demokratischste, fortschrittlichste Ministerium ist, welches bei der gegenwärtigen Zeit möglich ist; daher hat der *Parti socialiste français* dieses Ministerium gestützt und sich dem sogenannten *Bloc* der republikanischen Partei angeschlossen.

In einer grossen Rede in der Deputiertenkammer im Juni 1902 hat Jaurès die Bedingungen für die Unterstützung des radikalen Ministeriums seitens der socialistischen Fraction klar gelegt: »Wir wollen gemeinsam mit der ganzen Linken arbeiten an dem republikanischen und reformatorischen Werk und zu gleicher Zeit die weiteren Ziele verfolgen, zu deren Erlangung sich das Proletariat organisiert hat.« Und dann bezeichnet Jaurès diejenigen sofort realisierbaren Reformen, die der *Parti socialiste français* in Übereinstimmung mit den andern demokratischen Gruppen durchzusetzen gedenkt: Abschaffung der Zuckersteuer, Einführung der zweijährigen Dienstzeit, Einkommensteuer, Arbeitsversicherung, Verweltlichung der Schule durch Unterdrückung des Unterrichts durch die Congregationen. Von diesen Reformen sind die ersten beiden schon oder doch bald verwirklicht, und die dritte wird es auch bald sein; der Plan der Altersversorgung der Arbeiter wird weiter erwogen, zu langsam für den Wunsch der Socialisten. Seine Tätigkeit concentrirt hat das Ministerium Combes besonders gegen die katholische Kirche und die Congregationen. Das ist ein unvermeidlicher Kampf. Der Klerikalismus ist in Frankreich nicht nur der gefährlichste Feind des Socialismus, sondern auch der Republik, des freien Gedankens, der weltlichen Cultur. Die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gemeinschaft und der Gedankenfreiheit ist die Schwäche und Machtlosigkeit eben dieser katholischen Kirche, die ihren Traum der Geistesknechtung und der Universalherrschaft immer noch nicht ausgeträumt hat.

Es liegt ausser allem Zweifel, dass ein socialistisches Ministerium andere Mittel gegen die Kirche hätte anwenden können und sollen, als das radicale Ministerium, wirksamere und gleichzeitig weniger tyrannische Mittel. Es wäre logischer und nützlicher gewesen, wenn man, anstatt den Congregationen zu verbieten, sich zu vereinigen, damit angefangen hätte, die Privilegien der katholischen Kirche zu unterdrücken, zum Beispiel das Cultusbudget zu streichen. Wenn aber die Socialisten zahlreich genug sind, um das Ministerium mit Erfolg zu unterstützen, so sind sie doch nicht zahlreich genug, um der Kammer eine Politik aufzudrängen, die ihr voll angepasst wäre. Sie mussten sich darauf beschränken, das Ministerium in seinem Kampf gegen den Klerikalismus zu unterstützen. Sie haben aber, um eine neue Zukunft vorzubereiten, vorerst im April 1903 einen specialisierten Gesetzesentwurf eingereicht, welcher die Trennung von Kirche und Staat in die Wege leitet. Der Genosse de Pressensé, Abgeordneter von Lyon, hat den Entwurf im Namen der socialistischen Fraction ausgearbeitet. Einige Monate später hat ein anderer Genosse, Aristide Briand, der zum Referenten über die Frage der Trennung von Kirche und Staat bestimmt wurde, einen weiteren Entwurf verfasst, der gegenwärtig einer Commission der Deputiertenkammer zur Beratung vorliegt. Die Grundsätze desselben stimmen genau mit dem socialistischen Programm überein:

»Artikel 1: Die Republik gewährleistet Gewissensfreiheit, sowie freie Äusserung religiöser oder anderer Ideen. Sie gewährleistet ebenfalls die freie Ausübung des Gottesdienstes mit der einzigen, unten folgenden Einschränkung im Interesse der öffentlichen Ordnung.

Artikel 2: Die Republik wird weder direct noch indirect und unter keiner Form oder aus keinem Grund einen Cultus protegieren, besolden oder subventionieren. Sie kennt kein Institut des Geistlichen und gibt ohne Entgelt keinen Raum zur Ausübung des Gottesdienstes oder zur Beherrschung der Priester her.«

Wenn diese wichtige demokratische Reform, die zu jedem socialistischen Programm gehört, erst einmal durchgeführt sein wird, so wird man dieselbe ganz besonders dem methodischen und besonnenen Vorgehen des *Parti socialiste français* zuschreiben dürfen.

Eine der interessantesten Seiten der parlamentarischen Tätigkeit des *Parti socialiste français* ist die auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, die sich bewusst im Sinne des Friedens bewegt.

Die französischen Socialisten haben sich während langer Zeit damit begnügt, gegen den als *chauvinistisch* bezeichneten Patriotismus und den Militarismus Stellung zu nehmen. Nach und nach haben aber ein klarer Wirklichkeitssinn und die Notwendigkeit, tiefergehende Wirkungen zu erzielen, sie dahin geführt, dass sie die Tatsache anerkannten, an der gegenwärtig nicht zu rütteln ist, dass nationale Unterschiede existieren und dass man eine auswärtige Politik treiben muss, die die nationale Grösse und Wohlfahrt mit dem internationalen Frieden und dem Fortschritt der Menschheit zu vereinigen vermag. Seit Beginn der letzten Legislaturperiode hat Jaurès folgende Politik befürwortet: Es kann nicht davon die Rede sein, der französischen Republik die Verteidigungsmittel zu nehmen, solange Europa bewaffnet bleibt; aber das Frankreich der Revolution sollte zu Europa Worte des Friedens und der Vernunft reden, es sollte die gleichzeitige Abrüstung aller Völker vorschlagen oder wenigstens eine gleichzeitige graduelle Verminderung der Rüstungen /Juni 1902/. Im Januar 1903 ist Jaurès in einer bewunderungswürdigen Rede auf dieses Thema zurückgekommen. Er hat in herrlicher Weise die Möglichkeit »eines tiefen, dauernden, organisierten, definitiven Friedens« dargetan. Er hat ausgeführt, wie sehr »der Internationalismus der Solidarität und Gerechtigkeit des Proletariats« die Sache des Friedens stützt. Und indem er mutig den vielen Franzosen so teuern Gedanken der *Revanche* zum Zweck der Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen von der Hand wies, zeigte er, wie in einem endgiltigen Frieden die unterdrückten Menschengruppen, in Finland, Irland, Polen, Elsass, »mehr Kraft haben werden, um ihre historische und moralische Zugehörigkeit wieder zu erlangen«. Er hat damit klar den praktisch realisierbaren Charakter des friedlichen und internationalen Ideals des Socialismus bestätigt. Auch hat Genosse de Pressensé, Referent für das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, ein bemerkenswertes Referat gegeben, das ganz von socialistischem Geiste durchdrungen ist und worin er exacte Lösungen für die Probleme zu geben versucht, die der äusseren Politik Frankreichs gestellt werden: Annäherung zwischen Frankreich und England und Frankreich und Italien, Orient-, ostasiatische und maroccanische Frage u. s. w.

Wenn die auswärtige Politik Frankreichs in diesen letzten Jahren immer friedlicher geworden ist, wenn besonders der Krieg mit Marocco, der ausbrechen drohte, vermieden wurde, so ist das zum Teil dem Vorgehen des *Parti socialiste français* und besonders dem Vorgehen von Jaurès zu danken.

Endlich ist der *Parti socialiste français* für die Sache der Civilisation, der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit in der Affaire Dreyfus und für die Sache des Proletariats in den grossen Strikes der letzten Jahre eingetreten.

Im April 1903 hielt Jaurès in der Kammer eine Rede, die, auf reichliches Beweismaterial gegründet, zur Wiederaufnahme des Dreyfus-Processes führte. Dadurch wird in der Tat ein Unrecht gut gemacht, das Frankreich in den Augen von ganz Europa beinahe entehrt hatte. Niemand hat mehr, als Jaurès, keine Partei hat mehr, als der *Parti socialiste français*, dazu beigetragen, dass Gerechtigkeit und Wahrheit triumphieren.

Dass der *Parti socialiste français* die grossen, in letzter Zeit ausgefochtenen Strikes unterstützt hat, versteht sich von selbst. Hier sind besonders auch die

Reden zu erwähnen, die in der Deputiertenkammer von den Genossen Briand, Basly und Jaurès gehalten wurden aus Anlass des Bergarbeiterstrikes, vor allem die gründliche und eindrucksvolle Darstellung der Ungerechtigkeiten, die die Bergwerksgesellschaften an den Minenarbeitern begangen, durch Jaurès /October 1902/. Allgemeiner bekannt ist die Rolle, die der *Parti socialiste français* bei dem grossen Textilarbeiterstrike in Armentières-Houplines gespielt hat. Jaurès unternahm einen schönen Propagandafeldzug und bewirkte durch seine geschickten und beredten Worte in der Kammer einen einstimmigen Beschluss zu gunsten des Schiedsgerichts, das die Arbeitgeber bis dahin nicht acceptiert hatten, und auf Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der Verhältnisse in der Textilindustrie. Unter dem Eindruck dieser Abstimmung gewährten die Arbeitgeber den Arbeitern ihre Forderungen ohne Schiedsgericht. Die Arbeiter sandten an Jaurès ein Dankschreiben; Jaurès hatte es wohl verdient.

Vor einigen Wochen hat der *Parti socialiste français* in Saint-Etienne seinen sechsten Jahrescongress aufgehhalten. Es waren 80 Delegierte anwesend, die 33 Föderationen vertraten, sowie die Mitglieder der Fraction. Der Congress beschäftigte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen. Es wurde mit 124 gegen 51 Stimmen die Abänderung des Organisationsstatuts beschlossen. Das neue Statut scheint den meisten Genossen ein Mittel, um die Bewegungsfreiheit der autonomen Föderationen und ihrer Vertreter, auf der andern Seite aber auch die für jede Action notwendige Geschlossenheit der Partei zu verbürgen.

×

×

×

Der *Parti socialiste français*, der im Ministerium, im Parlament, im Lande selbst wirkt, muss zugleich als idealistische und als praktische Partei angesehen werden. Wenn er diesen zwiefachen Charakter beibehält, so ist er sehr wahrscheinlich berufen, auf das politische Leben Frankreichs einen immer grösseren Einfluss auszuüben.

Es ist traurig, constatieren zu müssen, dass abgeschmackte persönliche Rivalität oder engherzige Principienstreitigkeiten nur zu oft die Energie vieler Kämpfer schwächen und zu den betrübendsten Ausschliessungsmassregeln führen. So hat, wie bekannt, vor kurzem die *Fédération socialiste révolutionnaire de la Seine* das Wahlcomité des Genossen Millerand aus der Partei ausgeschlossen. Dasselbe wird nun zu einer Gruppe unabhängiger Socialisten, wie es heute noch deren mehrere gibt.

×

×

×

Neben dem *Parti socialiste français* existiert der *Parti socialiste de France*, der sich durch eine Fusion des *Parti ouvrier français*, der Partei von Guesde, und des ehemaligen *Parti socialiste révolutionnaire*, der Partei von Vaillant gebildet hat. Die erstere verliess im Jahre 1900 die geeinigte Partei, die zweite 1901 nach dem Congress von Lyon. Zu Beginn der Campagne, die von Jaurès unternommen wurde, um die Socialisten zur Intervention in der Affaire Dreyfus zu veranlassen, hatten sich Guesde und Vaillant einander genähert und zu verhindern versucht, dass die Socialisten an dieser Bewegung für die Gerechtigkeit teilnahmen, die sie als eine *bourgeoise* bezeichneten. Dann taten sie sich noch einmal zusammen, um den Eintritt Millerands ins Cabinet Waldeck-Rousseau zu verurteilen. Von 1901 näherten sich ihre beiden Gruppen nach und nach immer mehr, bis auf dem letzten Congress in Reims /September 1903/ die officielle Fusion stattfand.

Wie war es möglich, dass der *Parti ouvrier français*, der so lange Zeit vor allem den legalen Kampf um die Eroberung der politischen Macht empfohlen hatte, und der *Parti socialiste révolutionnaire*, der immer am blanquistischen Glauben und an der Möglichkeit eines Staatsstreiches festhielt, dazu gelangten,

sich zu vereinigen? Der eigentliche Grund ist der, dass diese beiden Gruppen vereinigt sich besser dem *Parti socialiste français* entgegenstellen zu können glauben. Und sie tun dies, da sie sich für die einzig wirklich revolutionären Elemente halten, für die einzigen auch, die wirklich auf dem Boden des Classenkampfes stehen.

Das Wort *revolutionär* ist unbedingt zweideutig. Wenn das Wort *Revolution* vollständige Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft bedeutet, so ist jeder Socialist auch ein Revolutionär, wie gemässigt er auch sein möge; denn er verlangt eine vollständige Umgestaltung auf dem Gebiete der Arbeit und des Eigentums. Bedeutet das Wort *Revolution* aber Staatsstreich, so entspricht das ohne Zweifel dem blanquistischen Sinne; aber sicherlich nicht der Meinung der Guesdisten. Ist also nur auf einen einfachen Ausbruch hin, und nicht auf eine klare Idee, die Vereinigung der authentisch *revolutionären* Gruppen zu stande gekommen? Auch der Begriff des *Classenkampfes* genügt nicht, um die neue Partei schärfer zu charakterisieren. Denn alle Socialisten anerkennen die Tatsache des Classenkampfes, seine Notwendigkeit und Berechtigung; sogar diejenigen, die neben dem Classenkampf die Tatsache einer relativen Solidarität der Classen eines Volkes unter einander constatieren, die dadurch entsteht, dass alle am politischen und wirtschaftlichen Leben der Nation teilnehmen.

Tatsächlich ist es mehr eine Verwandtschaft der Temperamente, die den *Parti ouvrier français* und den *Parti socialiste révolutionnaire* zur Vereinigung getrieben hat. Auf beiden Seiten eine gleichartige Empörung gegen die bürgerliche Gesellschaft, doch ist es eine Empörung, die in keiner Weise zu klaren Forderungen für die Umgestaltung dieser heutigen Gesellschaft führt. Es herrscht zwischen ihnen nur die Gemeinsamkeit eines Traumes, einer messianischen Hoffnung, dass aus dem Übermass des Übels das Heil erstehe und dass auf eine durchaus schlechte Gesellschaft plötzlich eine ideal gute folgen werde.

Es ist klar, dass diese moralische Haltung von Träumern, Intransigenten und Revoluzzern dem erfolgreichen Handeln wenig günstig sein kann. Die Guesdisten und Blanquisten fahren fort, ein ohne Zweifel interessantes Werk doctrinärer Propaganda weiter zu führen. Und der parlamentarische *Parti socialiste de France* beschränkt sich darauf, die unbestimmtesten Anträge einzubringen, die ganz ohne Aussicht auf Annahme bleiben. Einzig vielleicht der Genosse Sembat übt eine nützliche Tätigkeit aus; doch tut er das, indem er sich der Mittel bedient, durch welche der *Parti socialiste français* seine Erfolge erzielt: durch eingehendes Studium der Probleme und Teilnahme an der Arbeit der Commissionen. Genosse Sembat hat von einer *bürgerlichen* Budgetcommission den Auftrag übernommen, vor der *bürgerlichen* Kammer Referent des *bürgerlichen* Etats des Post- und Telegraphenwesens zu sein; und wenn er inconsequent war, indem er dieses Amt annahm, so hat er doch dadurch nützlich und reformatorisch gewirkt. Andere Mitglieder des *Parti socialiste de France* stimmten zuerst gegen verschiedene Reformgesetze, mit der Motivierung, sie seien ungenügend, und nachher verlangen sie energisch deren Ausführung, wie es Genosse Vaillant in Bezug auf das Millerandsche Zehnstundengesetz tat. Das sind Widersprüche, die sie, wie man denken sollte, dahin führen müssten, die Unzulänglichkeit der Träume und die Notwendigkeit des methodischen und fortschrittlichen Handelns einzusehen . . .

× × ×

Um ein vollkommenes Bild über den Stand des Socialismus in Frankreich zu haben, müsste man auch noch diejenigen Gruppen betrachten, die ausserhalb des *Parti socialiste français* und des *Parti socialiste de France* stehenden *Parti ouvrier socialiste révolutionnaire*, die Partei des Genossen Alle-

mane, die sich nach dem Lyoner Congress /1901/ von dem *Parti socialiste français* abgetrennt hat, eine wenig zahlreiche, aber gut disciplinierte Partei, die namentlich in Gewerkschaftskreisen Propaganda treibt; ferner einzelne départementale Föderationen, Yonne, Somme, Bretagne, Herault; einige Wahlföderationen, wie das des Genossen Millerand seit seiner Ausschliessung.

Es ist noch die merkwürdige Tatsache anzuführen, dass eine gewisse Anzahl gebildeter Männer in Frankreich alle hauptsächlichsten Ideen des Socialismus anerkennen, ohne aber sich irgend einer Organisation anzuschliessen. Als kritische Köpfe, besorgt um ihre Meinungsfreiheit, allen kleinlichen persönlichen Reibereien ängstlich aus dem Wege gehend, fürchten sie den ungerechtfertigten Autoritarismus und die intellektuelle Kurzsichtigkeit gewisser Führer der Gruppen. Obschon der socialistischen Tätigkeit durch diesen Mangel an Zusammenhalten und an Disciplin sehr viel Schaden getan wird, kann man doch denjenigen nicht durchaus unrecht geben, welche heute noch von den Parteien unabhängig bleiben wollen, wenn man sieht, wie Gruppen, die sich aus Advocaten, Journalisten und Bourgeois mehr noch, als aus Proletariern, zusammensetzen, Vorkämpfer von der Bedeutung eines Millerand auszuschliessen im stande sind. Viele dieser Unabhängigen beschäftigen sich übrigens mit ebenso viel oder noch mehr Eifer, als die Parteimänner, damit, die Ideen und Empfindungen des Socialismus um sich herum zu verbreiten. Ihre Tätigkeit wird dadurch erleichtert, dass es heute in Frankreich nicht eine einzige wirklich organisierte Partei gibt. Es handelt sich da weniger um den Kampf deutlich unterschiedener Parteien, als um eine allgemeine Opposition gegen verschiedene Tendenzen. Der socialistischen Anschauungsweise steht durchaus keine klar erfasste andere politische Anschauungsweise entgegen, die die Ideen einer bestimmten Partei ausdrückt. Daher können sich zum Beispiel viele der republikanischen Abgeordneten, die sich in Frankreich *radical-socialistisch* nennen, in anderen Ländern sehr gut als *Socialisten* bezeichnen. Andererseits sichert die demokratische Organisation Frankreichs jedem eine fast vollständige Agitationsfreiheit. Man stösst weder auf einen Wall von Bestimmungen, die die Versammlungs- und die Pressfreiheit beschränken, wie man sie noch in den meisten monarchischen Ländern antrifft, noch auf religiöse Vorurteile, die sich in bindende Sitten verwandelt haben, wie sie in den angelsächsischen Ländern die Gedanken einengen. In Frankreich sind zum Beispiel eine grosse Anzahl Volksschullehrer Socialisten, und sie lassen den moralischen Unterricht, den sie an den Elementarschulen zu geben haben, von socialistischem Geist durchdringen. Viele Professoren der Gymnasien und Hochschulen sind Socialisten, und in ihren Vorlesungen über Nationalökonomie, Geschichte, Philosophie oder Moral, sowie auch in öffentlichen Vorträgen verbreiten sie socialistische Lehren mit einer Freiheit, die man als vollkommen bezeichnen könnte, wenn sie nicht manchmal auf die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung, vor allem in den kleinen Städten, stossen würde. Daher kommt es, dass die socialistische Ideen- und Gefühlswelt in einer Weise verbreitet ist, wie man sie auswärts nur schwer sich vorstellen kann. Man könnte vielleicht sogar das seltsame Paradoxon bilden: Frankreich ist eines der grossen Reiche, wo die socialistische Partei am schwächsten und der Socialismus in den Köpfen und in den Herzen am meisten verbreitet ist.

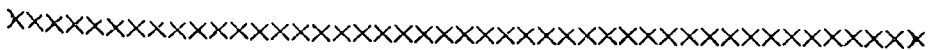
Für eine Demokratie, wie die französische, bedeutet die Legalität die Souveränität des Volkes, die Regierung der Nation durch die Nation: alle ihre Classen haben gesetzlicher Weise das Mittel, nach Massgabe ihrer Stärke einen Einfluss auf die Richtung des öffentlichen Lebens auszuüben. Daher wird, wie Engels in einem Brief an Liebknecht bemerkt, an dem Tag, an dem in einer derartigen Demokratie die Mehrzahl der Wähler socialistisch sein wird,

sich die sociale Revolution gesetzlich, friedlich vollziehen. Oder besser: in dem Masse, in dem die Zahl der Socialisten anwächst, wird die revolutionäre Evolution beschleunigt — in der Richtung nach dem Socialismus hin. Die im politischen Leben verwirklichte Gleichheit wird es ermöglichen, dass sich die selbe auch auf ökonomischem Gebiet realisiert.

Die einzige fruchtbare Methode ist die, die die Geister für den Socialismus gewinnt. Aber damit die socialistische Partei alle diejenigen in eine mächtige Gruppe zusammenfasst, die eine völlige Umgestaltung der heutigen Gesellschaft wünschen, ist es notwendig, dass sie eine weitgehende Meinungsfreiheit mit klugem Vorgehen im methodischen und praktischen Handeln vereinigt. Vor allem muss sie alle Formen des freien Denkens innerhalb der socialistischen Gedankenwelt achten, die sich auf dem Princip aufbauen, dass eine vollständige Umwandlung der Eigentumsverhältnisse und eine internationale Vereinigung der Arbeiter eine Notwendigkeit ist. Wenn der *Parti socialiste de France* als Characteristicum die schöne und vergebliche Intransigenz seines Traumes aufweist, so sollten die Anhänger des *Parti socialiste français* unbedingt davon absehen, die Kämpfer zu excommunicieren, die über manche Punkte anders denken, als die Majorität. Diejenigen Gruppenführer, die unter Androhung der Ausschliessung allen anderen ihre Ansichten aufocroyieren wollen, legen eine verachtungswürdige Unduldsamkeit an den Tag, die den Geist des Militarismus oder Klerikalismus atmet. Und indem sie das grosse gemeinsame Ideal den Collectivismus als ihr persönliches Eigentum betrachten, beweisen sie nur eine törichte Eitelkeit und eine bürgerliche Denkweise.

Es ist unerlässlich, dass der *Parti socialiste français*, ohne dass er auf das revolutionäre Ideal verzichtet, beweist, dass er von praktischem, das heisst *reformistischem* Geist erfüllt ist. Neben ihm kann der *Parti socialiste de France* ruhig fortfahren, die chimärischen Geister, die Anhänger des *Absoluten*, des *Alles oder nichts* um sich zu versammeln. Die historische Rolle des *Parti socialiste français* ist diejenige einer Partei des Handelns. Die Notwendigkeit des Handelns fängt nun an, fast einstimmig anerkannt zu werden; aber es herrscht noch zu viel Weichlichkeit, zu viel Verschlafenheit, man muss von der Anerkennung der Notwendigkeit der Action zur Action selbst übergehen. In dem demokratischen Frankreich fehlen die Mittel zum Handeln der Menschen nicht, es sind die Menschen, die für die Mittel zum Handeln fehlen. Es muss gearbeitet werden, man muss Gewerkschaften, Genossenschaften, Studienvereinigungen, politische Organisationen bilden, man muss socialistische Vertreter in das Parlament und in die Stadtverwaltungen wählen; die von den Socialisten gewählten Vertreter müssen beständig die realisierbaren revolutionären Reformen fordern, durch welche die Gesellschaft nach und nach umgestaltet wird. Die Partei der Arbeiter muss arbeiten Tag für Tag.

Trotz der betrübenden und ungewissen Verhältnisse der Gegenwart ist es tröstlich, festzustellen, dass im ganzen in den zehn letzten Jahren der französische Socialismus sich vom Träumen zum Handeln entwickelt hat. Der Socialismus hört auf, ein unbestimmtes Gefühl zu sein, das sich aus Empörung und Ohnmacht zusammensetzt, er ist zum klaren Programm einer Aufgabe geworden, die wir schon heute in Angriff nehmen können. Der Socialismus ist nicht mehr ein untätiges Warten auf eine schicksalsschwere Revolution, er ist eine energische Aufforderung zur freien Betätigung an alle weitherzigen und kühnen Geister.



FRIEDRICH HERTZ · DIE RASSENTHETORIE DES H. ST. CHAMBERLAIN

Unter den jetzt wieder modern werdenden Rassentheoreticern ragt die H. St. Chamberlains¹⁾ durch Form, Inhalt und Erfolg hervor. Die fünfte Auflage des umfangreichen Werkes beweist, dass es die Gunst des Publicums gefunden hat. Die Verlagsanstalt sammelt in einem Bändchen eine Reihe günstiger Urteile von bekannten Namen, unter denen am weitesten wohl das des Dr. H. Helmholt geht, der Chamberlain als *Höhenmenschen* einen wahren Dithyrambos widmet und ihn Leibniz, Bayle, Winkelmann, den Brüdern Humboldt gleichstellt. Diese kleine Buchhändlerpublication verdient ebensolchen Dank, wie die seitens des Fehsenfeldschen Verlags dem K. H. May gewidmete, denn beide bieten ein wichtiges Document zur Zeitpsychologie. Dazu kommt noch die mächtige Förderung seitens des deutschen Kaisers, der den Verfasser in seinen Freundeskreis gezogen hat, sein Werk als Gunstbeweis verschenkt und dessen Vorbild zur Stiftung eines eigenen reichdotierten Fonds geführt hat, aus dem Bibliotheken und Vereine mit Exemplaren der *Grundlagen* versehen werden.

Ein grosser Teil des Erfolges kommt übrigens auf die glänzende Darstellung, das selbstbewusste, unfehlbare Urteil, dem eine öfters ausgedrückte Bescheidenheit nur als effectreiche Folie dient, schliesslich auf die prunkvolle Belesenheit des Verfassers. An dieser Stelle soll nicht eine Übersicht und Kritik des ganzen Werkes versucht werden, die bei anderer Gelegenheit erfolgen wird, sondern eine Erörterung des Begriffes und der Bedeutung der *Rasse* bei Chamberlain.

Diese Aufgabe ist nicht leicht, denn Chamberlain verwirft jede Definition des Begriffes und alle strengen Abgrenzungen der einzelnen Rassen. Er lässt es dahingestellt, ob *Rasse* im Sinne von *Art* oder von *Varietät* zu gebrauchen sei²⁾, ob also die Menschheit mehrere Arten oder nur eine bilde. An manchen Stellen setzt er offenbar das erstere voraus, an anderen das letztere. Selbst für die einzelnen *Rassen* will er unentschieden lassen, ob sie wirklich aus einer Quelle entsprungen oder jede aus mehreren zusammengefloffen sei. »Was ist ein Arier? Was ist das für ein Mensch? Welcher concreten Vorstellung entspricht er? Nur wer nichts von Ethnographie weiss, kann eine bestimmte Antwort auf diese Frage wagen. Physisch weichen die Völker, die wir unter dem Namen *Arier* zusammenzufassen gelernt haben, weit von einander ab; sie weisen den verschiedensten Schädelbau auf, auch verschiedene Farbe der Haut, der Augen und des Haares; und gesetzt, es habe eine gemeinsame indoeuropäische Urrasse gegeben, was kann man gegen das sich täglich anhäufende Material anführen, welches wahrscheinlich macht, dass auch andere, ganz unverwandte Typen von jeher in unseren heutigen sogenannten *arischen Nationen* reichlich vertreten sind, wonach man höchstens von einzelnen Individuen, nimmer von einem ganzen Volke sagen dürfte, es sei *arisch*? Mit Nachdruck betont er ferner, dass weder die Sprache noch körperliche Merkmale, wie der Schädelindex, die Rassenscheidung und -bestimmung ermöglichen. Doch keinen dieser Sätze lässt ihr Verfasser unwidersprochen. Seine ganze Theorie setzt die engste Verwandtschaft aller *Arier* voraus, denn er findet eine bis in die kleinsten Züge ausgeprägte Gemeinsamkeit ihres geistigen Seins. — Noch mehr selbst die »unzweifelhafte prähistorische Gemeinsamkeit« steht ihm fest, obwohl der Verfasser wiederholt alles Forschen nach Ursprüngen als nutzlos verspottet. —

Was versteht also Chamberlain überhaupt unter der *Rasse*, die ihm doch die

¹⁾ Houston Stewart Chamberlain: *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts*, 2 Bände, 5. Aufl. /München 1904/.

²⁾ Vergl. *ibid.*, Vorwort zur 4. Auflage.

Grundlage und Triebkraft aller Geschichte ist? Da die Wissenschaft hier nicht hilft, beruft er sich auf den gesunden Menschenverstand, die Erfahrung des praktischen Lebens, den Instinct, die das Dasein der Rasse im besonderen Fall anzeigen sollen. »Einfach vermöge unserer Eigenschaft, als lebendige Wesen steckt in uns eine unendlich reiche und sichere Fähigkeit dort, wo es not tut, auch ohne Gelehrsamkeit das Richtige zu treffen.« »Reine Wissenschaft ist ein edles Spielzeug.« Und was dergleichen Redensarten des modernen Obscurantentums mehr sind. Chamberlain dagegen, als »schlichter Mann der Praxis« sucht die wichtigsten Aufschlüsse fürs Leben zu gewinnen und setzt daher die lebendige Anschauung über akademische Klügeleien. Er geht zu den Tier- und Pflanzenzüchtern und sucht ihre Auffassung von *Rasse* auf die Menschheitsgeschichte zu übertragen. Die Absicht der Züchter ist, die organischen Wesen in bestimmten den Menschen förderlichen Richtungen besonders stark auszubilden, besonders schnelle Pferde, besonders milchreiche Kühe und fette Schweine zu erzielen. — Chamberlain verzichtet also darauf, zu sagen, was die Rasse ist, wie sie sich von anderen ähnlichen Begriffen abgrenzt und dergleichen, er definiert sie mit ihren angeblichen Wirkungen, etwa wie ein Kind sich ausdrückt: schlimm war ich, wenn ich nachher Schläge bekomme, gut, wenn ich gelobt werde. Für das *praktische Leben* des Kindes reicht das zunächst freilich aus, ist aber das Problem von *Gut* und *Böse* damit gelöst? — Genau so verfährt unser Autor. Alle Grösse entspringt nach ihm aus einer *Überschwänglichkeit*, und diese entsteht nur aus *Rasse*³⁾. Wo also diese guten Früchte vorhanden sind, da liegt *Rasse* zu Grunde und umgekehrt. Vor allem verleiht sie »Sicherheit des Charakters«. An einer anderen Stelle nennt Chamberlain die Arier *eigentlich charakterlos* im Vergleich zu den Juden. Haben also die Arier keine *Rasse*? Schwanken im Charakter ist für Chamberlain der sicherste Beweis der Rassenmischung.

Ein netter logischer Wirrwarr! Nirgends wurde bewiesen, dass *Rasse* *Überschwänglichkeit* hervorbringt, es wird einfach angenommen. Dann aber wird wieder von der *Überschwänglichkeit* auf das Vorhandensein von *Rasse* geschlossen, ja diese überhaupt erst als »Erzeugerin der *Überschwänglichkeit*« bestimmt. Wenn das Wort nicht jeden Sinn verlieren soll, wird man vor *Rassen* dort sprechen, wo grosse äussere und innere Gleichartigkeit vorliegt. In diesem Sinne sind gerade die niedersten Völker echte *Rassen*, wo ein Mensch dem andern viel mehr gleicht, als bei den Culturvölkern. Aber weder *Überschwänglichkeit* noch *Sicherheit des Charakters* heben den Australneger über den Europäer. Das fortwährende Schwanken des Charakters ist sogar der Hauptzug aller Wilden. — Doch nehmen wir die Hypothese an, um Chamberlain weiter folgen zu können. Ein wichtiges Moment der Chamberlainschen Auffassung ist die *Plasticität* der *Rasse*. *Rassen* entstehen und vergehen, oder besser: verwandeln sich. »Eine edle *Rasse* fällt nicht vom Himmel herab, sondern sie wird nach und nach edel, genau so wie die Obstbäume, und dieser Werdeprocess kann jeden Augenblick von neuem beginnen, sobald ein geographisch-historischer Zufall oder — wie bei den Juden — ein fester Plan die Bedingungen schafft.« Gegenüber der Gobineauschen Auffassung, Gott habe drei *Rassen* geschaffen, wovon gewissermassen die älteste die schlechteste sei, die letzte aber das nach vielem Experimentieren endlich zu Wege gebrachte, fix und fertige, unübertreffliche Meisterwerk darstelle, ist die Chamberlainsche Ansicht überhaupt die einzig ernst zu nehmende.

Ist aber *Rasse* etwas absolut Zwingendes? Kann sich der einzelne über die *Rasse* erheben, unter sie herabsinken? — Chamberlains Antwort ist zweifelnd und schwankend. Er trennt Judentum und Juden, gibt eine gewisse Macht der religiösen Ideen über die Rassenatur zu, vertritt die Möglichkeit einer *Assimilation*

³⁾ »Rasse hebt einen Menschen über sich selbst hinaus, sie verleiht ihm ausserordentliche, fast möchte ich sagen übernatürliche Fähigkeiten, so sehr zeichnen sie ihn vor dem aus einem chaotischen Mischmasch von allerhand Völkern hervorgegangenen Individuum aus . . .»

der Juden. Andererseits genügen die leisesten Züge in der geistigen Physiognomie eines Mannes, um ihn mit apodiktischer Sicherheit einer Rasse zuzuweisen. Er verkündet, eine Cultur könne eine andere vernichten, aber nicht durchdringen, redet jedoch fortwährend davon, dass die Germanen — und zwar Katholiken wie Protestanten — vom Judentum im Christentum angesteckt seien, ja, er behauptet dies nicht nur von einzelnen: der rein serbische Bosniak und der hellenische Macedonier trügen als Mohammedaner genau dieselbe geistige Culturanlage, »wie nur irgend ein Osman«. Das Gehirn habe gewisse *plis de pensée, Gedankenfallen*, die das Denken bestimmen und der Rasse eigentümlich sind, und doch bildet es den Hauptschmerz Chamberlains, dass niemand so viel *Antigermanisches* gewirkt hat, wie — Germanen. Ja es kommt so weit, dass er den Germanen wiederholt eine »eigentümliche verhängnisvolle Anlage« zuschreibt, andere Weltanschauungen aufzunehmen und für sie wie für ihr Heiligstes zu kämpfen! Also eine *Gedankenfalte* der Widernatürlichkeit! Eine *eigentümliche Anlage* zum Aufgeben aller anderen Anlagen! Allerdings eigentümlich, diese Anlage; sie erinnert stark an gewisse gezwungene Constructionen, mit denen sich die Scholastiker einer unbequemen Situation zu entwinden pflegten. Dialektik ist immer etwas Gutes, mag auch jede Anschauung und Begreifbarkeit dabei verloren gehen.

Wie entsteht nun edle Rasse? Fünf Factoren hält Chamberlain für massgebend: 1. Vorhandensein *edlen* Grundmaterials, 2. eine gewisse nicht zu weit getriebene Inzucht zur Befestigung des Rassencharakters, 3. Mitwirken der Zuchtwahl, Auslese der besten Elemente zur Fortpflanzung, 4. die Notwendigkeit von Blutmischungen, 5. die Notwendigkeit, dass diese Blutmischungen strenge in der Wahl und in der Zeit beschränkt seien. —

Schon die erste Bedingung ist merkwürdig. Auf die Frage, wie *edle* Rasse entstehe, antwortet Chamberlain: aus anderen *edlen* Rassen. Woher dieser Adel kommt, bekennt Chamberlain, nicht zu wissen, doch gibt er zu, dass der Kampf ums Dasein die schon vorhandene *edle* Rasse weckt. Über das *Im Anfang war die edle Rasse* kommen wir also doch nicht hinweg.

Die Notwendigkeit der Blutmischung für die Entstehung edler Rassen betont Chamberlain besonders. Es ist gewiss unbestreitbar, was auch Chamberlain hervorhebt, dass die geistig productivsten Gegenden Deutschlands die am stärksten keltisch und slavisch gemischten sind. Das am reinsten germanische Scandinavien bildet dagegen wohl nicht den Höhepunct germanischer Cultur. — Eine gewisse Möglichkeit dieser Wirkung kann man sich ja vorstellen. Ubrigens macht Chamberlain selbst wichtige Einschränkungen. Rassenmischungen nützen nicht unter allen Umständen, sondern 1. nur zwischen nicht zu weit entfernten Rassentypen, 2. mit zeitlicher Beschränkung; das heisst, die Zufuhr neuen Blutes muss möglichst schnell vor sich gehen und dann aufhören. — Augenblicklich macht aber Chamberlain wieder Ausnahmen: auch »die Vermischung zweier sehr fremdartiger Wesen« kann unter gewissen Umständen zur »Bildung einer edlen Rasse führen«. Beispiele gibt Chamberlain selbst: »Eines der edelsten Wesen, welche die Natur überhaupt aufweisen kann«, der echte Neufundländer, ist aus der Kreuzung zwischen dem Eskimohund und einem französischen Hetzhund entstanden, ebenso das englische Vollblut*) aus arabischen Hengsten und englischen Stuten. — Sollten der Eskimohund und der französische Köter geringere physische Verschiedenheiten aufweisen, als ihre Herren, der Eskimo und der Franzose, oder sonst irgend zwei Mitglieder der mensch-

*) Vergl. ferner: »Das gemeine englische Pferd und das (zweifelloos ursprünglich selber aus einer Mischung hervorgegangene) arabische Pferd waren *physiologisch* ebenfalls sehr verschieden, und aus ihrer Verbindung erzeugte sich doch im Laufe der Zeit die physiologisch einheitlichste und edelste Tierrasse der Welt, das englische Vollblut.«

lichen Rasse?⁵⁾ Dass die Kreuzung nur einmal stattfinden darf, stimmt übrigens mit vielen Züchtererfahrungen nicht überein und wird von Chamberlain selbst widerlegt, indem er zugibt, dass das englische Vollblut von Zeit zu Zeit mit *Arabern* aufgefrischt werden muss. Chamberlain hat also die beiden von ihm mit so bedeutsamer Miene aufgestellten Sätze über Mischung sofort wieder umgeworfen. Dazu kommt aber noch die später zu behandelnde Unklarheit über den Begriff der *verwandten* Rassen.

Als Hauptbedingung nach all' diesen Vorbereitungen soll nun zur Erziehung *edler* Rasse eine gewisse Inzucht (Fernhaltung der Vermischung) zur Befestigung und Steigerung des Rassentypus stattfinden. Es scheint fast, als ob schon blosse Inzucht selbst bei sonst ungünstiger Grundmischung eine Rasse *edel* macht, was auch zum Beispiel Lapouge, dem Chamberlain oft folgt, wirklich behauptet. Zur Bekräftigung sollen die spanischen Juden (*Sephardim*) dienen, die Chamberlain mit übertriebenem Lob überhäuft. Alles nur, weil sie angeblich die Fernhaltung der Mischung, das *heilige Gesetz des Blutes*, strenger beobachtet hatten, als die nördliche Judenrasse (*Aschkenasim*), obwohl sie doch beide nach Chamberlain aus einer ganz unglücklichen Mischung sehr fremder Elemente stammen. Man verfolgt nun mit Staunen die equilibristische Kühnheit Chamberlains: Die nord-europäischen Juden haben sich doch mit Germanen und Slaven gemischt — und dadurch Rassenverschlechterung der Juden? Doch weiter: In den Nachträgen zur dritten Auflage ist Chamberlain geneigt, anzunehmen, dass die *edlen* spanischen Juden eigentlich — Goten sind, »die früher in grosser Zahl das Judentum angenommen haben sollen«. Wahrscheinlich haben sie sich aber doch mit ihren jüdischen Bekehrern vermengt — warum hier keine Rassenverschlechterung durch Mischung von Germanen und Juden? Komisch ist auch, dass Chamberlain behauptet, die jüdischen Proselyten jener Jahrhunderte seien nur die Hefe des Völkerverchaos gewesen — gilt das für die *edlen* Goten auch? Um die Rassenverschiedenheit der *Sephardim* und *Aschkenasim* zu unterstreichen, behauptet er, jene hegten vor diesen einen »fast komischen Abscheu«. An anderer Stelle spricht er wieder von der »alle Berge und Meere überfliegenden, alle Verschiedenheiten der Sprachen und Sitten überwindenden, bewundernswerten Solidarität« der Juden! — Dass schliesslich die Scheidung zwischen *Sephardim* und *Aschkenasim* eine ganz willkürliche ist⁶⁾, kommt hier, wo wir nur eine kleine Probe Chamberlainscher Logik geben wollten, nicht weiter in Betracht.

Wichtiger scheint uns der Vergleich, den er zwischen den menschlichen und den *Rassen* der Tierzüchter zieht. Die Zuchtwahl muss offenbar eine fortwährende Anhäufung der von den Züchtern gewünschten Eigenschaften bewirken. Man bedenke aber, dass die Menschenrassen keineswegs unter derselben zielbewussten Auslese stehen, wie die Haustiere, die durch blosse Inzucht auch nicht *edel* werden würden. Ferner ist die Anwendung des Wortes *edel* in diesem Sinn überhaupt verwerflich. Wir nennen beim Menschen gerade den von Einseitigkeit freien, harmonisch ausgebildeten Typus *edel*. Mit viel besserem Recht kann man diese *edlen* Tiere einseitige Krüppel nennen. Wenn wir schon wirklich die von Chamberlain beliebte moralische Beurteilung der Tierwelt⁷⁾ anwenden wollen, wäre es noch sehr zweifelhaft, ob der wilde Eber, der den alten Völkern als Symbol der ungestümen Kraft und Furchtbarkeit der Natur heilig war⁸⁾, oder das reingezüchtete Yorkshire Schwein, das beinahe nur mehr aus Fett und Fleisch besteht

⁵⁾ Tatsächlich kann man sich durch einen Blick von der gänzlichen Unähnlichkeit der genannten Hunderrassen überzeugen, die alle menschlichen Differenzen weit übersteigt. — Die südamerikanischen Mesuzen nennt Chamberlain *Kinder einer naturwidrigen Unzucht*, um hinzuzufügen, die Grundmischung des Judentums sei noch »trger gewesen, als jene Südamericas! — Man sieht: buchstäblich Mechaniker »Schneider!

⁶⁾ Vergl. neuestens Dr. J. M. Judd: *Die Juden als Rasse*, [Berlin 1903], pag. 97.

⁷⁾ Ein Bastardhund ist nach Chamberlain »sittlich stets ein Lump«.

⁸⁾ Woher sich auch, nebenbei gesagt, das Verbot des Schweinefleisches bei den Juden her schreibt.

und wie eine verwöhnte Dame der sorgsamsten Pflege bedarf, *edler* genannt zu werden verdient. Selbst das von Chamberlain gepriesene Rennpferd ist ein ganz unnatürliches Kunstproduct, das zwar mit unglaublicher Mühe dahin gebracht wird, einige Minuten lang die höchste Geschwindigkeit einzuhalten, dafür aber zu jeder ernstesten Arbeit unfähig ist und dem nicht reingezüchteten natürlichen Pferd an Mut und Klugheit weit nachsteht. — Oft beruht der Adel dieser Tierrassen direct auf pathologischer Grundlage, so — von den fettstüchtigen Schweinen abgesehen — das Charakteristische des *edlen* Mopses auf Rhachitis.⁹⁾

Nach Chamberlain wäre eine berühmter Boxerfamilie, die zahlreiche am Gehirn verkümmerte, an Muskeln starke Champions hervorbringt, ein Muster reingezüchteter *edler* Rasse.

Im Gegensatz zur Reinzüchtung soll nun die Vermischung der Rassen die schrecklichsten Folgen haben, vor allem gänzliche Charakterlosigkeit herbeiführen. Es beruht dies auf der rohen und willkürlichen Annahme, dass die Mischung eine Art mechanischen Gemenges einander widerstreitender Eigenschaften bewirke; kann sie aber nicht ebenso gut einer chemischen Verbindung mit neuem und ausgeprägtem Charakter ähneln? Die wissenschaftliche Psychologie hat noch keine Antwort hierauf.

Wenn schon die allgemeinen Sätze Chamberlains über Rassenzucht jedes festen Halts entbehrten, so steigert sich dies noch bezüglich der besonderen Charakteristik der Rassen. Was nützt alles über Rassenmischung Erfahrene, wenn der Fremdling und der Rassenverwandte nicht genau unterschieden werden können? Wenn überhaupt nicht feststeht, was als *fremd*, *verwandt*, *nah verwandt* u. s. w. zu gelten hat? Da Chamberlain den Umfang seines Rassenbegriffes gar nicht bestimmt, einmal Neger und Arier, ein andermal Germanen und Griechen als *unverwandte* Rassen aufführt, ist jede Anwendung auf die Geschichte unmöglich. Der Untergang der griechischen Cultur und Rasse wird mit dem Einströmen *unverwandter Völker* erklärt, als solche *unverwandte* Eindringlinge werden aber lauter *Arier*, Römer, Macedonier, Kelten, Germanen, Slaven, aufgezählt! Wenn man den Kreis der Verwandtschaft noch etwas enger zieht, kommt man vielleicht dazu, die Mischung zwischen Bewohnern von Nord- und Süddeutschland oder des Ostens und Westens eines deutschen Bundesstaates als schädigend und die Individualität verwischend zu verwerfen. Wenn der griechischen Rasse die keltische und slavische Mischung tödlich war, warum hat dieselbe den Germanen so ausserordentlich genützt? Warum hat den Griechen und Römern die Mischung, die sie am Anfang ihrer Geschichte mit Semiten respective Etruskern durchmachten, gar nicht geschadet? Und dergleichen mehr.

In die grösste Confusion stürzt sich unser Panegyriker des Germanentums dort, wo er die Kennzeichen des Germanen angeben soll. Gewöhnlich werden Blondheit, Blauäugigkeit, weisse Hautfarbe, Langköpfigkeit, hohe Statur von ihm gefordert, oder, wie Chamberlain etwas poetischer sagt: »Grosse strahlende Himmelsaugen, goldenes Haar, die Riesengestalt, Ebenmass der Muskulatur, der längliche Schädel, — den ein ewig schlagendes, von Sehnsucht gequältes Gehirn aus der Kreislinie des tierischen Wohlbehagens nach vorn hinausdämmert —, das hohe Antlitz (von einem gesteigerten Seelenleben zum Sitze seines Ausdrucks geformt).« Doch alsbald besinnt sich Chamberlain seiner Anthropologie. Das goldene Haar fällt zuerst zum Opfer. Sehr sachverständig setzt er auseinander, dass unverfälschte germanische Typen oft tiefschwarze Haare haben, die dafür vorgebrachten Beispiele sind allerdings vollauf beweisend. Er hätte noch hinzufügen können, dass zahlreiche ungermanische Stämme blond und blauäugig sind, so die Finnen, die ja einst in jetzt germanischen Gebieten lebten und manchem auf seine *germanischen* Abzeichen stolzen Deutschen Vorväter gewesen sein dürften. Auch die Riesen-

⁹⁾ Von *edlen* Dachshunden spricht Chamberlain wirklich.

gestalt stimmt wohl nicht ganz. Nach den grossangelegten Baxterschen Messungen die durch solche von Weisbach bestätigt werden, haben die Brünetten sogar höhere Statur und breitere Brust, als die Blonden. Ganz fatal wird schliesslich die Sache, wenn wir den Schädel in Betracht ziehen. Die langschädeligsten Rassen sind bekanntlich die Polynesier, Australier, Neger, Abessinier, Papuas, Eskimos u. s. w., bei denen kaum anzunehmen ist, dass ein *ewig schlagendes, von Sehnsucht gequältes Gehirn* den Schädel in die Länge getrieben hat. Andererseits findet sich gerade bei unseren grössten Genies eine Schädelform, die sich sehr bedenklich der *Kreislinie tierischen Wohlbehagens* nähert. Kant, Leibnitz und andere sind Typen der extremsten Rundköpfigkeit, auch Schiller und Goethe gehören zu den Brachycephalen. Schade um diese Leute: was hätten sie leisten können, wenn sie Langschädel gehabt hätten!

Bekannt ist ja, dass in ganz Süddeutschland der Langschädel, der in den dortigen germanischen Gräbern noch weit überwiegt, heute fast ausgestorben ist. Alllangschädeligste Rasse Deutschlands bezeichnete Virchow die Friesen, bei denen er noch 18% echte Langköpfe — wozu noch 33% zur Langkopfigkeit neigende Mittelköpfe kommen — fand. Nach den neuesten Messungen von Waldenburg ist aber bei den Inselfriesen (Halligenfriesen) der Langkopf fast ausgestorben, ja, es fand sich eine sonst nirgends beobachtete unerhört grosse Zahl von Isocephalen, die den äussersten Grad der Rundköpfigkeit darstellen.

Chamberlain fühlt sehr wohl den völligen Bankerott seiner auf Merkmale gestützten Rassendiagnose. Mit kühner Hand verwirft er also überhaupt diese Methode und beruft sich auf den *Instinct* des Züchters, der angeblich Rasse erkenne, ohne sie beschreiben zu können. Kleine Kinder, die noch nicht von den *Vorurteilen* der Erwachsenen — und besonders der Gelehrten — besessen sind, haben die wunderbare Fähigkeit, Juden zu *riechen*, sie instinctmässig zu erkennen. Leider erwies sich die Geschichte, mit der Chamberlain dies beweisen wollte, als Falschung.¹⁰⁾ Aber haben wirklich nur Gelehrte verdammungswürdige Vorurteile? Besitzen kleine Kinder gar keine? Wenn nicht selbsterzeugte, so die ihrer Ammen, Gouvernanten, Eltern, Gespielen? Mit der hier ergriffenen Methode der Rassenbeurteilung lässt Chamberlain das Ammenmärchen über die Wissenschaft, das uncontrolierbare Gefühl über die Vernunft, den atavistischen Instinct einer tierischen Vorzeit über das vernunftgeleitete Wollen triumphieren. Diese notwendige Folge aus den psychologischen und theoretischen Grundlagen des Chamberlainschen Werkes kommt in ihm zu voller Entwicklung. Was aber einem kenntnisreichen und dabei ehrlich-bescheidenen Forscher nur als bedauerliche Verirrung angerechnet werden dürfte, wird bei Chamberlain, dessen hochmütige Unwissenheit auf sämtlichen von ihm behandelten Gebieten nur durch seine Kritiklosigkeit und Gehässigkeit übertroffen wird, zu einem Attentat auf das gesunde Denken unserer Zeit, dessen teilweises Gelingen die bedrohliche Schwäche unserer Allgemeinbildung beweist. Andernorts wird unsere Anklage unter den gehörigen Beweis gestellt.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Der am 7. März der Generalversammlung vorgelegte Verwaltungsbericht der REICHSBANK für das Jahr 1903 bietet naturgemäss nichts Neues, aber er

ruft doch manche wichtigen Tatsachen des verflossenen Wirtschafts- und Finanzjahres eindrucksvoller, als gewöhnlich, in die Erinnerung zurück. Im grossen und ganzen schlägt er einen zuversichtlichen Ton an: die ökonomische Aufwärtsbewegung in Deutschland sei mit wachsender

¹⁰⁾ Den actenmässigen Beweis hierfür siehe in der *Gesellschaft*, 1900, pag. 357

Entschiedenheit zum Ausdruck gekommen. Der Bankzinsfuß hielt sich im Jahresdurchschnitt auf mittlerer Höhe (im Wechselverkehr 3,84%, im Lombardverkehr 4,84%). Die Deckung der Noten durch Metall war gerade keine überreichliche (im Jahresdurchschnitt: der Noten 72,47%, der Noten und sonstigen Verbindlichkeiten 50,21%). Hierbei scheinen die **Quartalsansprüche** stärker als sonst mitzuwirken; die Steuergrenze ist dabei überschritten worden

am 7. Januar	1903	um	72 628 154 M.
„ 31. März	„	„	125 514 615 „
„ 7. April	„	„	27 068 533 „
„ 30. Juni	„	„	44 587 518 „
„ 30. September	„	„	153 987 512 „
„ 7. October	„	„	74 321 008 „
„ 31. December	„	„	274 949 399 „

— die entrichtete Steuer betrug 805 267,44 M. (gegen 478 289,49 M. im Jahre 1902). Auch die veränderten Beziehungen zum Reichsschatzamt sind dabei nicht ohne Einfluss. Das Reichsschatzamt zieht, durch Ausgabe von Reichsschatzscheinen, die Reichsbank in stärkerer Weise zur Aufrechterhaltung der notwendigen Casenbestände heran, seitdem für den Reichshaushalt keine in nachfolgende Jahre übertragbare Überschüsse mehr verfügbar sind, sondern umgekehrt Deficits auf Deckung warten. Es scheint, dass sich gegen diese Praxis eine starke **Opposition** in Geschäftskreisen vorbereitet. So lasen wir in der *Freisinnigen Zeitung*: »In der Bilanz der Reichsbank verstecken sich diese Beträge von Schatzscheinen unter dem Conto *Gekündigte, verlorene oder mit einer bestimmten Verfallzeit versehene Wertpapiere*. Ende 1900 hatte dieses Conto nur einen Bestand von 85 Mill. M., Ende 1901 war der Bestand auf 124 Mill. M., Ende 1902 auf 186 Mill. M. gestiegen. Im Jahre 1903 kamen hinzu 554 Mill. M., dagegen wurden eingezogen 620 Mill. M., so dass am 31. December im Bestand verblieben 110 Mill. M. Im Laufe des Jahres 1903 war der Bestand sehr verschieden. Er erhöhte sich vom Anfang des Jahres bis zum 15. April auf 219 Mill. M., sank dann bis Anfang August bis auf 1,75 Mill. M. und stieg dann wieder bis zum Jahreschluss, insbesondere seit Mitte November, auf 110 Mill. M. Solche Anlage in Reichsschatzscheinen vermindert natürlich die für Handel und Verkehr verfügbaren Mittel der Reichsbank. Illusorisch wird dadurch die Absicht der Novelle zum Bankgesetz von 1899, durch

Erhöhung des Grundcapitals des Reichs und des steuerfreien Notencontingents jene Mittel zu erhöhen. Auch auf die Erhöhung des Discontsatzes ist diese Inanspruchnahme des Reiches von Einfluss gewesen. In letzter Zeit scheint man zur Vermeidung dessen solche Schatzscheine weiterbegeben zu haben. Die einschlagenden Fragen haben eine um so grössere Bedeutung, als bekanntlich das Reichsschatzamt in nächster Zeit seinen gemeinsamen Anleihebedarf beseitigen will durch Begebung von Wertpapieren mit einer bestimmten Verfallzeit.« Der Wechseldiscont betrug, wie die Leser wissen, bis 10. Februar 4%, alsdann bis 7. Juni 3½% und seitdem wieder 4%. Die Anteilseigner erhalten für 1903 6,18% Dividende (gegen 5,47% in 1902), für das Reich verbleiben, neben der angeführten Notensteuer, noch 12 078 620,91 M. Gewinnanteil (1902 mit Notensteuer 9 323 069,34 M.).

Interessant sind auch noch die Ziffern über den Gold- und Silberbestand und vor allem über die **Talervorräte**. Letztere steigerten sich, offenbar infolge der Zurückhaltung der Taler durch Post- und andere Behörden, von 131,28 Mill. M. im Durchschnitt des Jahres 1902 auf 166,95 Mill. M. in Durchschnitt von 1903; dagegen gingen die Scheidemünzen, trotz ihrer zweifellos starken Vermehrung durch Neuprägung von Fünf- und Zweimarkstücken und anderen kleineren Münzen, in der Reichsbank zurück von 125,46 Mill. M. auf 87,2 Mill. M. Die in den letzten Jahren wieder ernstlicher aufgenommenen Bestrebungen zur reineren Durchführung der Goldwährung spiegeln sich in diesen Ziffern deutlich ab. Der tägliche Verkehr wird bald keine Taler mehr haben; die Reichsbank hat zunächst mehr Silbertaler, aber mehr, als entsprechend weniger Silberscheidemünzen, und auch die Taler müssen durch fortgesetzte Umprägung in Reichsilbergeld zuletzt wieder zusammenschwinden. So wird der vielbeklagte Schönheitsfehler mit der Zeit ganz von selber aufhören. Freilich, der alte Bamberger hat dieses Endziel doch nicht mehr erlebt.

×
Das grosse Ereignis der letzten Wochen war der Abschluss des deutschen **STAHLWERKEVERBANDES**, wohl der wichtigsten Syndikatsbildung seit 1892, seit dem Inslebenreten des Kohlsyndikats. Einer der letzten der Widerstrebenden war Krupp. Aber da die preussische Re-

gierung durch den Finanzminister von Rheinbaben das Cartell so lebhaft befürwortet hatte, konnte man die schliessliche Verständigung voraussehen, nachdem das Haupthindernis, der Gegensatz von Rheinland-Westfalen und Schlesien, bereits überwunden war. Vielleicht zögerte auch Krupp nur, um eine grössere Beteiligungsquote herauszuschlagen: sie beträgt nunmehr für den Anfang 550 000 t und steigt bis zum 1. April 1907 auf 700 000 t. Neben einigen unbedeutenderen westfälischen und ober-schlesischen Betrieben bleiben als wichtigere *Aussenseiter* eigentlich nur die *Phönixwerke* in Lahr übrig; doch sind selbst da alle Brücken der Verhandlungen noch nicht abgebrochen. Die Eisenpreise hatten in den letzten Wochen, wie oft beim Bevorstehen wichtiger Entschädigungen, unter der Zurückhaltung der Käufer gelitten — an der Düsseldorfer Börse hatte man gewöhnliches Stabeisen aus Flusseisen am 3. März nur mit 108 M. notiert (gegen 110 bis 112 M. Ende 1903 und 105 M. Anfang 1903). Nunmehr setzte fast auf allen betroffenen Gebieten wieder eine Preissteigerung ein, bei Stabeisen auf 112 bis 115 M. in der zweiten Märzwoche.

× Für die EffectenBÖRSE endlich war das eine langersehnte Gelegenheit, wenigstens die Montanpapiere in die Höhe zu schrauben. Denn schon am 20. Februar war aus Anlass des ostasiatischen Krieges eine zweite Panik ausgebrochen, die sich von Paris über Brüssel nach Berlin ausbreitete. Man sah, infolge verschiedener Sensationsmeldungen in Paris, alle grossen internationalen Streitfragen im Mittelmeer, in den Balkanländern, in Asien in naher Zukunft sich auflösen. Selbst die französische Rente fiel in Paris neben Spaniern, Türken und Russen. Der Kurssturz traf in Berlin von neuem fast alle Banken, Verkehrs-, Industrie- und Montanwerte neben den Staatsanleihen. Die grösste Not ging zwar, wie nach dem 8. Februar, abermals rasch vorüber. Indes war es höchste Zeit, dass eine stärkere Anregung der *Stimmung* erfolgte, und einstweilen reichten die Nachrichten über den Stahlwerkverband dazu aus.

Unverhohlene Missstimmung erregten diese dagegen unter den englischen Produzenten. Man sieht die deutsche Schleuderausfuhr für die Zukunft noch bedrohlicher anschwellen, und heute schon

spielen die deutschen Importe eine grosse Rolle in der Chamberlainschen Schutz-zollagitation sowohl, wie bei dem Bestreben, auch jenseits des Canals zu einem Kampfverband zu gelangen. Auf das gleiche Bestreben stossen wir in Belgien, so dass Europa vielleicht recht bald mit drei grossen Wettbewerbsorganisationen: einem deutschen, einem schottischen und einem belgischen Verband, auf einem der wichtigsten und grundlegendsten Productionsgebiete zu rechnen hätte.

× KURZE CHRONIK. Am 15. Februar erfolgte unter Mitwirkung von Krupp, Siemens-Schuckert, *Norddeutscher Lloyd* die Gründung eines Turbinensyndikats. — Am 20. Februar ging von Paris die zweite Kriegsbörsenpanik aus: die Pariser Bankfirma Badel Frères und das Madrider Bankhaus Lapape brechen zusammen. — Am 23. Februar ging eine ziemlich bescheidene Börsengesetznovelle dem Reichstag zu. — Am 12. März beschloss die Generalversammlung der *Grossen Berliner Strassenbahn* eine Erhöhung des Actienkapitals um 14,3 Mill. M. — Am 15. März wurde eine Fusion des *Barmser Bankvereins* mit dem *Dortmunder Bankverein* angekündigt. — Am 16. März fällte der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine wichtige Trustentscheidung.

× LITERATUR. Die Wochenschrift *Plutus*, herausgegeben von Georg Bernhard, erhält immer mehr ein festes geistiges Gepräge und nimmt heute schon eine eigenartige und hervorragende journalistische Stellung ein durch ihre unabhängige Darstellung und Kritik der Finanz- und Börsenentwicklung und des commerciellen Lebens überhaupt. Aus dem 11. Heft heben wir den Aufsatz von Eysell-London über Aug. Thyssen, den Schöpfer des Stahlwerkverbandes, hervor. — In völlig neuer Gestalt ist der Bericht der Berliner Ältesten der Kaufmannschaft erschienen (*Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie*, Jahrgang 1903, I. Band /Berlin, Georg Reimer/). Der Verfasser hat ein überaus verdienstliches Werk geschaffen, durchaus originell in vielen Teilen der Berichterstattung, von erschöpfender Vielseitigkeit und dabei überraschend schnell den Jahresgeschehnissen folgend. Der II. Band, die Specialberichte enthaltend, befindet sich gleichfalls bereits im Druck.

Politik

Am 11. März überraschte der *Vorwärts* seine Leser mit der hochwichtigen Nachricht, dass man in den Kreisen der Reichsregierung sich mit dem Gedanken einer REICHSTAGSAUFLÖSUNG trage, den man, wenn irgend angängig, schon in diesem Frühjahr verwirklichen möchte. Viele Leser, und gerade die, die die innerpolitischen Vorgänge genauer verfolgen, werden zunächst über diese auch in ihrer Fassung parteiofficiöses Gepräge verarbeitende Nachricht ungläubig den Kopf geschüttelt und sich gefragt haben, welche Veranlassung die Regierung gerade gegenwärtig haben könnte, den Reichstag nach Hause zu schicken. Was wollte die Regierung, und was sollte eine neue Wahl? Gewiss mögen der Reichsregierung die 80 Sozialdemokraten unbequemer sein, als die frühere Zahl, aber der stärkere Druck von unserer Seite führt auch zu einem stärkeren Zusammenhalt der gegnerischen Parteien, der der Reichsregierung nur erwünscht sein kann. Parlamentarisch kann es der Regierung also kein Hindernis für die Erledigung ihrer Geschäfte sein, ob etwas mehr oder weniger Sozialdemokraten im Reichstage sitzen. Und würden die Wähler etwa sich durch eine Reichstagsauflösung ins Bockshorn jagen lassen? Selbst angenommen, die gegnerischen Parteien würden unserer Partei ganz geschlossen gegenüberreten, den festen Stamm unserer Sitze und noch einige mehr würden wir zweifellos wieder holen. Also wozu in aller Welt jetzt eine Reichstagsauflösung? So wird mancher gedacht haben, als er die fragliche Notiz im *Vorwärts* las. Aber da stand es ja schwarz auf weiss, in eine so fürsorgliche Form gefasst, dass man es auf die Autorität des ersten Parteiblattes hin glauben musste. Zwar die gegnerische Presse war gleich fertig mit der Notiz: der *Vorwärts* sei einmal wieder in seiner Gutgläubigkeit auf eine Leimrute gekrochen. Man liess den Reichskanzler sagen, die Nachricht sei zu dumm für ein Dementi in der officiösen Presse. Indes, der *Vorwärts* liess nicht locker und machte die weitere Mitteilung, dass eine grosse Papierfabrik Mitteldeutschlands vor kurzem den Auftrag erhalten habe, das zur Anfertigung von Wahlcouverts erforderliche Papier fertigzustellen. Der *Vorwärts* fügte ausdrücklich hinzu, dass die Ausföhrung des Auftrages als sehr eilig angeordnet worden sei. Nun ist es ja richtig, dass die Erteilung eines solchen

Auftrages die Vermutung einer demnächst bevorstehenden Reichstagswahl noch nicht im geringsten rechtfertigt; immerhin ist, wenn die Absicht einer Auflösung besteht, die eilige Herstellung der Couverts symptomatisch. Wie nun die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* zugibt, hat das preussische Ministerium des Innern einen Auftrag in Wahlcouverts in der Tat erteilt, und zwar zur Ergänzung des bei den Regierungen bereit zu haltenden notwendigen Bestandes. Es handle sich um eine interne Verwaltungsmassregel, eine politische Absicht komme dabei nicht in Frage. Der *Vorwärts* bleibt aber nach wie vor dabei bestehen, dass eine Auflösung geplant war. Welch schwerwiegende Gründe und welche gute Informationen ihn nötigen müssen, an seiner Nachricht festzuhalten, geht aus dem Satze hervor: »Es wäre ein Verbrechen an unserer Partei und an der gesamten deutschen Öffentlichkeit gewesen, hätten wir diese Meldung nicht zur allgemeinen Kenntnis gebracht.« Schade, dass der *Vorwärts* der Öffentlichkeit nicht alles mitteilen kann, was er über die Angelegenheit weiss; die draussen stehenden Genossen müssen eben der Autorität unseres führenden Parteiorgans vertrauen, und wir können es um so mehr, als ja nunmehr nach dem Zeugnis des *Vorwärts* die Gefahr einer Überrumpelung der Partei durch die Regierung gebannt zu sein scheint. Befriedigt blickt der *Vorwärts*, ein wachsamer Wächter des Capitol, auf sein Werk, der Regierung einen dicken Strich durch ihre Rechnung gemacht zu haben. Er ist nämlich in der Lage, folgendes feststellen zu können: »Wenn unsere Veröffentlichung dazu führt, dass die Angelegenheit jetzt in Harmlosigkeit aufgelöst wird und dass die preussischen Überrumpelungszettelungen durchkreuzt sind, so ist das erreicht, was wir zu erreichen wünschten!«

×

×

Das FREMDENRECHT IN DEUTSCHLAND ist aus Anlass von Ausweisungen russischer Staatsangehöriger aus Deutschland und im Anschluss an einen in Königsberg sich abspielenden Geheimbundprocess sowohl im Reichstage, als auch im preussischen Abgeordnetenhaus kritisch beleuchtet worden. Die Art der Behandlung der fremden Staatsangehörigen ist von jeher ein Gradmesser für das Cultureniveau eines Staates gewesen. Es kann nun gar nicht zweifelhaft sein, dass schon aus dem Tone, in dem

der Reichskanzler und die Minister die ganze Frage behandelten, sich ergab, wie sehr ihnen das Recht der Fremden eine Bagatellesache ist. Wer sich nicht ohne weiteres fügt, wer sich lästig oder unliebsam bemerkbar macht, fliegt hinaus — das war die Quintessenz der ministeriellen Ausführungen. Der Reichskanzler besonders behandelte die Fremden in einer so scharf verletzenden Art, dass man eine persönliche Gereiztheit bei ihm voraussetzen musste. Graf von Bülow sprach einmal den Boerenfreunden gegenüber von Bierbankpolitikern, deren Kannegiesserei er nicht ernst nehmen könne. Nun, seine Rede über die Fremdenfrage in Deutschland war ganz auf den Ton der Bierbankpolitik gestimmt. Der Reichskanzler fiel so aus der ihm gebotenen Vornehmheit heraus, dass er es nicht verschmähte, an den Rasseninstinct zu appellieren, den in Frage kommenden Personen ihren Familiennamen und ihre sociale Not in einer höchst unmanierlichen Weise, dafür allerdings unter dem allseitigen Beifall der Antisemiten, vorzuhalten. Der Hauptfrage, ob die Regierung fremde Staatsangehörige vor der Willkür von Verwaltungs- und Polizeibehörden schützen wolle, wich der Reichskanzler überhaupt aus. Schlimmer noch, als die Haltung der Regierungsvertreter, war die Haltung der meisten Parteien, die zwar die Phrase der nationalen Würde beständig im Munde führen, denen aber offenbar der Sinn für die politischen Pflichten fehlt, deren Erfüllung zur Wahrung der nationalen Würde eines mächtigen Staates Voraussetzung ist.

×
 Ein Teil eines Ausnahmegesetzes, § 2 des JESUITENGESETZES, ist gefallen. Darüber herrscht in protestantischen Kreisen grosse Aufregung. Die national-liberale Partei hat im preussischen Abgeordnetenhaus dem Ministerpräsidenten sogar eine Art Misstrauensvotum ausgestellt. Man rief die erregte Volksseele mal wieder als Zeugen auf, der ein Schlag versetzt worden sei, den sie der Regierung nicht vergessen werde. Was für törichte Redensarten! Die übergrosse Mehrheit des Volkes, das im Reichstag seine parlamentarische Vertretung findet, wollte und will die Beseitigung des Jesuitengesetzes, und man verlangt von der Regierung direct ein unconstitutionelles Verhalten, wenn man ihr ihr materielles Vorgehen in der Jesuitenfrage vorwirft. Formell freilich ist die Aufhebung des § 2 wohl

nicht einwandfrei. Binding hält die Aufhebung des § 2 sogar für ungiltig, da der Bundesrat dem Beschluss eines früheren Reichstages seine Zustimmung gegeben hat. Die Consequenzen eines solchen Verfahrens sind allerdings so ungeheuerlich, dass auch das Centrum Interesse daran haben sollte, eine sofortige Remedur eintreten zu lassen. Sachlich aber widerspricht das Jesuitengesetz dem Charakter eines Staates, der sich um die religiöse Anschauung und Betätigung seiner Angehörigen nicht kümmert, solange letztere dem staatlichen Interesse nicht offensichtlich widerstreitet. Dass das Jesuitengesetz erst jetzt und aus starken Rücksichten auf das Centrum teilweise beseitigt wird, bestätigt nur wieder von neuem die alte Erfahrung, dass auch Politik Geschäft ist und alle Geschäfte auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Regierung wird sich vom Centrum schon haben einen Wechsel ausstellen lassen, der vielleicht bei der nächsten Marine- oder Militärvorlage präsentiert werden wird. Eine Partei sonnt sich nicht umsonst in der Sonne der Regierungsgunst. Aber auch diese Erscheinung ist kein Grund zu besonderer Erregung: ganz so war's auch damals, als die nationalliberale Partei in der Vorzugsstellung sich befand, in der heute das Centrum steht.

×
 Aus DEUTSCH SÜDWESTAFRICA laufen recht ungünstige Nachrichten ein. Nicht nur, dass die aufständischen Herero unseren Truppen erhebliche Schläppen zufügen, die zur Folge haben, dass die Truppen wesentlich vermehrt werden müssen, also ein teurer und langwieriger Feldzug entsteht, es stellt sich leider auch immer mehr heraus, dass die Schuld an den Unruhen zu einem grossen Teil auf unserer Seite liegt. Gewiss gilt es, das bedrohte Leben der Deutschen in der Colonie zu schützen, aber wenn man liest, dass den Aufständischen gegenüber eine Kampfweise geübt wird, bei der jede Rücksicht der Menschlichkeit ausser acht gelassen werden soll, so muss man doppelt und dreifach auf die Misswirtschaft hinweisen, die ein uncivilisiertes Volk zur Verzweiflung treiben musste. Schaden hat Deutschland von seinen Colonien genug gehabt, soll nun auch das Conto der Schande belastet werden?

×
 KURZE CHRONIK. Am 23. Februar nahm der Senat der Vereinigten Staaten den Panamakanalvertrag an. —

Im bayerischen Abgeordnetenhaus scheiterte am 27. Februar das neue Wahlgesetz; zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten 8 Stimmen. — Am 6. März wurde Wladiwostok von japanischen Kriegsschiffen bombardiert. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus stellten am 10. März die Gegner der Regierung die Obstruction ein, so dass das Recrutengesetz für 1903 erledigt werden konnte. — Die Berliner Polizei wies am 15. März eine grössere Zahl russischer Studenten aus, weil sie an einer Versammlung teilgenommen hatten, in der die russischen Studenten gegen die ihnen vom Reichskanzler zugefügten Beleidigungen protestierten. RICHARD CALWER

Socialpolitik

Lang ausgedehnte Redekämpfe entspannen sich im REICHSTAG beim Etat des Reichsamts des Innern über die Rechtsprechung der für die Arbeiterversicherung geschaffenen Rechtsinstitute. Der Abgeordnete Körsten warf dem Reichsversicherungsamt eine wesentliche Verschlechterung seiner Spruchpraxis vor; denn Unfallrenten unter 10% werden nicht mehr bewilligt, Leistenbrüche werden fast gar nicht mehr entschädigt, ein Unfall auf dem Wege zur Arbeit wird nicht mehr als Betriebsunfall angesehen, Betriebsunfälle, die durch das plötzliche Einatmen giftiger Gase entstanden sind, werden als Gewerbekrankheiten betrachtet. Der Abgeordnete Robert Schmidt hob gleichfalls hervor, dass die Judicatur des Reichsversicherungsamtes den Arbeitern gegenüber nicht gerade wohlwollend sei. Er widmete aber dann einige sehr bemerkenswerte anerkennende Worte der Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes. »Ich unterschreibe«, sagte er, »zum guten Teil, was über die Judicatur gesagt worden ist, insbesondere auch das, was über die enge Begriffsbestimmung des Betriebsunfalls bemerkt wurde. Auf der anderen Seite muss ich sagen: Ich habe die Erfahrung gemacht — und ich darf aus Erfahrung sprechen, denn ich habe im vorigen Jahre 600 Termine in mündlicher Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt wahrgenommen —, dass ein grosser Teil der Beamten durchaus auf wohlwollendem socialpolitischem Standpunct steht; und es ist nur hier und da eine Ausnahme zu verzeichnen.«

× Die Rechtsprechung der SCHIEDSGERICHE FÜR ARBEITERVERSICHE-

RUNG rief im Reichstag ebenfalls lebhafte Discussionen hervor. An der Hand der Kritiken der deutschen Arbeitersecretaire deuteten wir bereits auf folgende Missstände, die grell bei der Rechtsprechung dieser Gerichte in Erscheinung treten, hin: 1. auf die Überlastung der Schiedsgerichte mit Berufungen, 2. auf die häufige Besetzung der Posten der stellvertretenden Vorsitzenden mit jungen, den Arbeiterverhältnissen fremd gegenüberstehenden Assessoren, 3. auf die fast bedeutungslose, rein decorative Mitwirkung der Beisitzer der Schiedsgerichte, 4. auf den zu engen Anschluss der Urteilsbegründungen der Schiedsgerichte an die Gutachten der Ärzte und auf die sehr äusserlichen, auf die individuellen Verhältnisse der Verletzten nicht eingehenden Festsetzungen der Renten, 5. auf das zu feste Füssen der Schiedsgerichtsurteile auf Entscheidungen des Reichsversicherungsamts. In der Februarversammlung des Berliner Arbeitervertretervereins wurde die mangelhafte Einführung der Arbeiterbeisitzer in die Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetze und in ihre Rechte und Pflichten kritisiert. Der Reichsarbeitersecretair Bauer schlug zur Beseitigung dieses Missstandes die Errichtung von Unterrichtscursen in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung vor. Nach der Ansicht des Reichsarbeitersecretairs Schmidt würden die Interessen der Versicherten am zweckmässigsten durch die Beratung und Verteidigung der Versicherten durch sachverständige Arbeitersecretaire in Arbeiterversicherungssachen gefördert werden. Nach dem Unfallversicherungsgesetz sind zu den Verhandlungen der Schiedsgerichte in der Regel nach Bedarf ärztliche Sachverständige hinzuzuziehen, die vom Schiedsgericht selbst bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres gewählt werden sollen. Der preussische Handelsminister hat nun nach den Ausführungen des Abgeordneten Mugdan eine Verordnung erlassen, dass im ersten Jahre über diese Bestimmung hinweggesehen werden könne. Bei vielen Schiedsgerichten werden nach Dr. Mugdan diese Sachverständigen mitunter nur zweimal im Jahre zusammenberufen. Nur Bayern hat allein diese gesetzliche Bestimmung strict erfüllt und schreibt die Anwesenheit von ärztlichen Sachverständigen in jeder Schiedsgerichtssitzung vor.

× Die Entwicklung der KRANKENVERSICHERUNG von 1885 bis 1901 bringt

der soeben erschienene CXLVII. Band der *Statistik des Deutschen Reiches*, enthaltend *Die Krankenversicherung im Jahre 1901*, in sehr instructiven Tabellen zum Ausdruck. Der Bearbeiter der Krankencassenstatistik, Herr Regierungsrat Professor Mayet, gab diesmal dem Leser zwei wertvolle Hilfsmittel für ein erfolgreiches Studium der Krankencassenstatistik mit auf den Weg: ein eingehendes Gesamtverzeichnis der bisherigen Einleitungen, das sich nicht darauf beschränkt, nur die Abschnittüberschriften zu nennen, sondern auch in alphabetischer Anordnung auf die Hauptpunkte des Textes hinweist, und eine Zusammenstellung der zahlenmässigen Ergebnisse der Krankenversicherung nach Cassenarten mit Unterscheidung der einzelnen Jahre von 1885 bis 1901. Die Daten des Jahres 1888 der Krankenversicherung fliessen vollständiger, als die des Jahres 1885, sie eignen sich daher besser für einen Vergleich mit den Tatsachen späterer Jahre. Von 1888 bis 1901 wuchs die Zahl der Cassen von 19 254 auf 22 584 und die durchschnittliche Mitgliederzahl von 5 398 478 auf 9 641 742. Die Mitglieder der Knappschaftscassen (677 822 im Jahre 1901) sind hier nicht mitgezählt. Durchschnittlich hatte eine Casse im Jahre 1888 280,4 Mitglieder aufzuweisen, 1901 dagegen 426,9 Mitglieder. Auf 1000 Einwohner des Deutschen Reichs kamen im Jahre 1888 112,4 Cassenmitglieder, im Jahre 1901 dagegen 169,6. Der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder vergrösserte sich von Jahr zu Jahr. Auf 100 männliche Mitglieder zählte man im Jahre 1888 22,3 weibliche, 1901 dagegen auf 100 männliche 31,1 weibliche Mitglieder. Erheblich häuften sich in der Zeitspanne von 1888 bis 1901 die Erkrankungsfälle: von 1 762 520 Fällen im Jahre 1888 auf 3 617 022 Fälle im Jahre 1901. Auf je 100 durchschnittlich vorhanden gewesene Mitglieder kamen 547,0 Krankheitstage im Jahre 1888, 1901 dagegen 691,3 Krankheitstage. Der Erkrankungsfall erstreckte sich durchschnittlich im Jahre 1888 auf 16,8 Krankheitstage, 1901 auf 18,4 Krankheitstage. Die Einnahmen der Krankencassen erreichten im Jahre 1888 eine Höhe von 91 914 433 M., im Jahre 1901 von 216 294 954 M. Die Ausgaben der Cassen betragen 1888 85 517 089 M., 1901 dagegen 205 230 659 M. Sehr beträchtlich steigerten sich die Krankheitskosten, das heisst die Ausgaben für ärztliche Behandlung, die für Arznei und Krankengeld. Es kamen auf ein

durchschnittlich vorhandenes Cassenmitglied (in M.):

1888	2,32	für Arzt	1,84	für Arznei	5,37	Krankenge	1
1901	3,69	"	2,72	"	7,57	"	"

Die Entwicklung der Cassenverhältnisse der einzelnen Cassenformen (der Orts-, Betriebs-, Innungscassen) werden wir in einer späteren Rundschau beleuchten.

× Die UNFALLVERSICHERUNG, ihre Leistungen und ihre Mängel haben den deutschen Reichstag mehrere Tage in Atem gehalten. Im Rechnungsjahr 1902 weist die Statistik nach Bömelsburg an gemeldeten Unfällen 488 707 auf, davon waren 121 284 entschädigungspflichtig. Den Tod hatten zur Folge 7975, durchschnittlich 22 pro Tag, eine dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit hatten zur Folge 1435, durchschnittlich 4 pro Tag, eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit 55 924, durchschnittlich 153 pro Tag. An 55 950 Unfälle knüpfte sich eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Relativ war ein kleiner Rückgang der Unfälle zu verzeichnen; dieser Rückgang ist aber nach Bömelsburg so klein, dass er einem Stillstande fast gleichkommt. 10 Berufsgruppen hatten einen Rückgang der Unfälle aufzuweisen, 8 dagegen eine Steigerung, und zwar wuchsen hochgradig die Unfälle im Bauwesen, im Bergbau, in den Steinbrüchen und in der Lebensmittelindustrie an. Überschaut man den Zeitabschnitt von 1897 bis 1902, so weisen die Unfälle vom Jahre 1902 im Vergleich zu 1897 auf: in der Holzindustrie eine Steigerung von 5 %, in der Müllerei, Brennerei, Brauerei von 10 %, im Bauwesen von 11,7 %, in der Spedition, in der Lagerei, im Fuhrwesen von 12,87 %, in der Binnenschiffahrt von 14,27 %, in den Gas- und Wasserwerken von 15,56 %, in der Eisen- und Stahlindustrie von 17,38 %, in der Leder- und Bekleidungsindustrie von 18,56 %, in den Steinbrüchen von 20 %, in der Metallfeinmechanik und Musikbranche von 25,27 %, in der Glas- und Töpferindustrie von 25,39 %, in den Privatbahnbetrieben von 40 % etc. Noch ist kein kräftiger, vorwärtsdrängender Zug in die Unfallverhütung hineingekommen. Der Staatssecretair Graf Posadowsky forderte im Reichstage selbst die Berufsgenossenschaften zu einem ernstern Vorgehen auf dem Gebiete der Unfallverhütung auf. Den Berufsgenossenschaften drohte er direct mit einer Änderung der bestehenden Gesetzgebung, wenn sie nicht ihren gesetzlichen Ver-

pflichtungen bald nachkommen würden. Der Abgeordnete Erzberger vom Centrum erklärte, dass er in Bezug auf die Fortbildung der Unfallverhütung mit den Socialdemokraten von A bis Z einverstanden sei. Herzlich wenig wäre ja bisher für diesen wichtigen Zweig der socialpolitischen Tätigkeit geschehen; denn die Berufsgenossenschaften hätten für Unfallverhütung nur 1½ Mill. M. verausgabt, unter diesen Ausgaben befänden sich nur 137 000 M., die im ganzen von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ausgeworfen wären. Sehr glücklich warf der Abgeordnete Bömelburg in die Debatte über die Unfallverhütung den Gedanken hinein: die Frage der Unfallverhütung müsse nicht nur zu einer Frage der Gesetzgebung, sondern vor allem zu einer Frage der Erziehung gemacht werden. Er schlug die Errichtung von Unfallverhütungsausstellungen im Stile der Charlottenburger *Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* vor. Wir regen die Verwirklichung eines wertvollen socialpolitischen Gedankens an, den Herr Stadtrat Dr. K. Flesch bei Gelegenheit der Frankfurter Unfallverhütungsausstellung aussprach: die Gründung socialer Museen in allen Gross- und Fabrikstädten zum Zweck einer planmässigen Erziehung des Volkes zur Krankheits- und Unfallverhütung und zur Förderung praktischer socialpolitischer Bestrebungen. Das Frankfurter *Sociale Museum* gewährt bereits einen Blick in die zahlreichen praktischen Lösungsversuche wichtiger socialer Probleme.

× ×
Die INVALIDENVERSICHERUNG be- greift in sich die Verhütung vorzeitiger Invalidität. Im Interesse der Invaliditätsverhütung haben die Landesversicherungen nicht unerhebliche Mittel für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus fliessen lassen. Es fragt sich nun: welche Form dieses Wohnungsbaus soll vor allem von den Landesversicherungsanstalten gepflegt werden? Singer hat in der Reichstagssitzung vom 17. Februar den Staatssecretair Grafen Posadowsky um eine Zusammenstellung der Ausgaben der Landesversicherungsanstalten für Wohnungszwecke in der Form einer Denkschrift über die Leistungen der Landesversicherungsanstalten für den Wohnungsbau. Principiell neigt der Staatssecretair wohl zu einer Förderung der Baugenossenschaften mit gemeinsamem Hausbesitz. Über den aus Reichs-

mitteln zu unterstützenden Arbeiterwohnungsbau entwickelte er folgende Grundsätze: »Der Grundsatz für die Verwaltung der Gelder ist die Erreichung des dauernden socialpolitischen Zweckes. Dieser kann selbstverständlich nur erreicht werden, wenn das Reich Eigentümer von Grund und Boden bleibt und die Genossen nicht Eigentümer der Häuser werden, sondern nur zur Miete darin wohnen und die Mieten so bemessen werden, dass sie die Kosten nur um ein Geringes übersteigen... Ich bin der Ansicht, dass nur bei dem System der Mietswohnungen dauernd der socialpolitische Zweck erreicht werden kann und dass nur, wenn dringende Gründe vorliegen, von diesem System abgewichen werden darf... Auf die Hergabe von Darlehen der Landesversicherungsanstalten haben wir keinen Einfluss.«

× KURZE CHRONIK. Am 18. Februar eröffnete die Berliner *Centralcommission der Krankencassen* ihre hygienischen Vortragscurse. — Anfang März starb der verdiente Nationalökonom Dr. Schnapper-Arndt, der eine vortreffliche umfangreiche Studie über die Hausindustrie des Taunus geschrieben hat. — Am 7. März regte Dr. Stein-Frankfurt a. M., Leiter des dortigen *Socialen Museums*, den Ausbau der Rechtsstelle des Frankfurter *Instituts für Gemeinwohl* zu einer Art Hochschule für die Ausbildung künftiger Arbeitersecretaire an. — Am 13. März wurde die Sonderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus im Gebäude der *Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* in Charlottenburg von Dr. Eggers-Bremen eröffnet.

PAUL KAMPFMEYER

Sociale Communalpolitik

Die sächsische Regierung hat dem Landtage den Entwurf eines GEMEINDE- STEUERGESETZES zugestellt. Wir haben bereits in einer früheren Rundschau auf das Referat hingewiesen, das der Leipziger Stadtrat Ludwig-Wolf auf dem sächsischen Städtetage über die Grundsätze der communalen Besteuerung erstattet hat (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 709 ff.). Herr Ludwig-Wolf hatte sich darin für die Ausdehnung der indirecten Steuern auch im Gemeindesteuerewesen und für die Beschränkung der Einkommensteuer ausgesprochen und die Ansichten der Regierung

in dieser Frage vertreten. Schon im November 1901 hatte nämlich die sächsische Regierung eine Reform der communalen Besteuerung angekündigt, durch die eine stärkere Heranziehung des Einkommens zur staatlichen Besteuerung ermöglicht werden sollte. Ausser den indirecten Steuern sollten den Gemeinden die Ertragssteuern überwiesen werden, während sich der Staat in erster Linie die Einkommensteuer und Vermögenssteuer vorbehielt. Ein vollständiger Verzicht der Gemeinden auf die Einkommensteuer wurde ihnen allerdings nicht zugemutet, da seine Unmöglichkeit zu klar zu Tage lag. Der neu vorgelegte Entwurf nimmt diese Gedanken wieder auf und sucht mit ihrer Durchführung Zwecke zu erreichen, die ausserhalb der communalen Besteuerung liegen. Die sächsischen Städte hatten sich bisher einer sehr weitgehenden Autonomie auf dem Gebiete ihres Steuerwesens zu erfreuen gehabt. Allerdings unterlagen ihre Steuerregulative der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde, deren Ermessen in keiner Weise beschränkt war. Aber die Aufsichtsbehörden haben sich bisher in der Ausübung ihres Genehmigungsrechts grosser Zurückhaltung befleißigt. So boten die sächsischen Communalsteuerverhältnisse ein recht buntes Bild, das uns der erste Teil der Denkschrift nach Erhebungen der Regierung über das Gemeindeabgabewesen in den Jahren 1899, 1900 und 1901 zeichnet. Noch bunter wurde es dadurch, dass das Steuersystem der Kirchen- und Schulgemeinden, vielfach auch das der Ortsarmenverbände, nicht mit dem der politischen Gemeinde übereinstimmte. Es würde uns zu weit führen, wollten wir hier auch nur in Kürze eine Zusammenfassung der sächsischen Gemeindesteuerverhältnisse geben. Es genügt, wenn wir die Arten der angewandten Steuern aufzählen. Es waren dies die Einkommensteuer, die meistens in enger Anlehnung an die staatliche Einkommensteuer ausgebildet ist, die Grundsteuer, für die das gleiche gilt, die Kopfsteuer, die Mietsteuer, die Abgabe von Gast- und Schankwirtschaften, die Umsatzsteuer vom Grossbetrieb im Kleinhandel, die Abgabe vom Kleinhandel mit Spirituosen, die Abgabe vom Wanderlagerbetriebe, die Capitalvorsteuer, die Besitzwechselabgabe, die Hundesteuer, die Abgabe von Vergnügungen, die Biersteuer, die allgemeinen Verbrauchsabgaben, der Schlachtsteuerzuschlag, der Braumalzsteuerzuschlag

und ausserdem noch besondere Geldabgaben. Von grosserer Bedeutung waren von diesen Steuern nur die Einkommensteuer, die 69,56%, die Grundsteuer, die 14,34%, die Besitzwechselabgabe, die 6,10%, die Verbrauchsabgaben, die 4,43%, und die Kopfsteuer, die 2,47% des Gesamtbedarfs der Gemeinden an Steuern deckten.

Um die oben erwähnten Grundsätze, nach denen das staatliche und das communale Steuerwesen von einander geschieden werden soll, mit Sicherheit durchzuführen, war es notwendig, die Steuerautonomie der Gemeinden aufzuheben. Das hat auch der Entwurf in grundlegender Weise getan. Für ihn war es offenbar die Hauptsache, die Einkommensteuer möglichst von der communalen Belastung zu befreien. Die Berücksichtigung der localen Verhältnisse in der Ausbildung der communalen Steuersysteme der einzelnen Gemeinden sind ihm offenbar nebensächlich gewesen. Anderenfalls wäre er nicht so weit gegangen, die Autonomie vollständig zu zerstören und den Communen nur innerhalb der engsten Grenzen Bewegungsfreiheit zu lassen. Dass durch das neue Gesetz das ganze bisherige Steuersystem sehr vieler Gemeinden umgewälzt wird, scheint den Regierungsentwurf wenig zu beunruhigen. Er ist der Ansicht, dass das Interesse von Staat, Gemeinde und Steuerpflichtigen gleichmässig darauf hindrange, die grundsätzlichere Regelung des Gemeindeabgabewesens der Gemeindeautonomie nicht länger zu überlassen. Nun ist der Staat nach seinem unveräusserlichen Hoheitsrechte verfassungsmässig befugt, die Gemeindeautonomie zu beschränken, also muss sie beschränkt werden. — lautet der Schluss. Den Beweis bleibt uns die Denkschrift nach jeder Richtung hin schuldig, und selbst wenn sie ihn uns geliefert hätte, wäre er wertlos gewesen, da die neue Regelung, die der Entwurf bringt, fast nach keiner Richtung hin einen Fortschritt bringt.

Mit der Steuerautonomie der sächsischen Gemeinden räumt also der Entwurf gründlich auf. Wie sieht nun das einheitliche Gebäude aus, das er an die Stelle des bunten Bildes setzen will? Die sächsischen Gemeinden stimmen mit den preussischen vor Erlass des Communalabgabegesetzes darin überein, dass sie die Einkommensteuer bevorzugt und gewissermassen zur Basis ihres ganzen Finanzwesens gemacht, die Realsteuern dagegen sehr stark vernachlässigt haben. Wie das

preussische Gesetz, so dreht der neue Entwurf das Verhältnis um, wobei er aber im Gegensatz zu dem preussischen Gesetz die Verbrauchsabgaben neben die Ertragsteuern stellt. Nach ihm soll nämlich der erforderliche Aufwand durch die Gemeinden mit directen Steuern nur so weit gedeckt werden, als er nach Abzug der indirecten Steuern und aller sonstigen Einnahmen der Gemeinde ungedeckt bleibt. In erster Linie werden also die Gemeinden auf die Einführung indirecter Steuern angewiesen. Von dem gesamten Steuerbedarf, der durch directe Steuern gedeckt werden soll, muss mindestens ein Viertel durch die Steuern vom Grundbesitz aufgebracht werden, während bisher nur 14,34% durch die Grundsteuern eingingen, wozu dann allerdings noch die Besitzwechselabgabe mit 6,1% kam. Da in den sächsischen Gemeindevertretungen der Haus- und Grundbesitz vorherrschend ist, so bedeuten diese Bestimmungen für ihn geradezu eine Prämie auf die Ausbildung der indirecten Steuern, denn je mehr durch indirecte Steuern, also durch Verbrauchsabgaben aller Art etc., aufgebracht wird, desto kleiner wird der durch directe Steuern zu deckende Bedarf und damit auch das durch Steuern vom Grundbesitz zu deckende Viertel.

Die Einkommensteuer soll in Zukunft nur auf Grund der staatlichen Einkommensteuer erhoben werden, da, wie es in der Denkschrift heisst, die selbständigen Einkommensteuertarife zahlreicher Gemeinden die unteren Einkommen mehr oder weniger überlastet, die höheren dagegen geschont haben. Neumann hat in seinem bekannten Buche, in dem er die sächsischen Gemeindesteuerverhältnisse einer tiefgehenden Kritik unterwirft, den Nachweis geführt, wie wenig sich die sächsischen Gemeinden bei der Aufstellung ihrer Einkommensteuertarife von socialpolitischen Grundsätzen haben leiten lassen. Die Schuld an diesen oft geradezu scandalösen Zuständen trägt die Regierung mit, da die Aufsichtsbehörden bisher nicht in genügender Weise von ihrem Genehmigungsrechte Gebrauch gemacht haben.

Die Grundsteuer soll, wie bereits erwähnt, so ausgebildet werden, dass dadurch mindestens ein Viertel des durch directe Steuern aufzubringenden Bedarfs gedeckt wird. Hier sind noch die beiden anderen Steuern vom Grundbesitz, die Besitzwechselabgabe und die Zuwachssteuer, zu

nennen, deren Einführung gleichfalls obligatorisch ist. Die erstere Steuer besteht schon seit langer Zeit, und sie ist in Beträgen bis hinauf zu 4% in einzelnen Gemeinden zur Einführung gekommen. Nach dem Entwurf soll sie in Gemeinden, die mehr als 30% des durch directe Steuern zu deckenden Bedarfs durch Grundsteuern aufbringen, mindestens $\frac{1}{4}$ % des Kaufwertes, in allen übrigen Gemeinden mindestens $\frac{1}{2}$ % des Kaufwertes betragen. Entspricht die Kaufsumme nicht dem wirklichen Werte des Grundstücks, so ist diese durch die Behörde festzusetzen. Die Steuer wird vom Käufer getragen. Daneben soll in allen Gemeinden, die mehr als 10 000 Einwohner haben, bei Veräusserung unbebauten Landes eine Zuwachssteuer zur Erhebung kommen. Sie wird nach der Werterhöhung bemessen, die die Grundstücke seit dem letzten Besitzwechsel erlitten haben, und ist von dem Verkäufer zu tragen. Die Gemeinden haben das Recht, die Zuwachssteuer auf die Veräusserung bebauten Landes, sowie den Besitzwechsel infolge Vererbung auszudehnen. Die Zuwachssteuer ist in zutreffender Weise progressiv im Verhältnis zur Steigerung der Werterhöhung abgestuft. Wenn die Werterhöhung 5 bis 20% des Erwerbswertes erreicht, sollen 5% derselben, bei 20 bis 30% des Erwerbswertes 10% und so fort, für je 10% des Erwerbswertes 5% steigend, bis zu 50% des Erwerbswertes und 25% Steuer, erhoben werden. Gegen diese Zuwachssteuer werden von Pollender in der *Communalen Praxis* Einwendungen erhoben. Pollender behauptet, dass diese Steuer eine reine Finanzsteuer sei, nicht im geringsten die Bodenspeculation einschränken und damit eine Verbilligung des zum Bau der Wohnhäuser erforderlichen Areals herbeiführen könne. Sie wirke vielmehr, wie die eigentliche Besitzwechselabgabe, preisverteuernd. Je nach Lage des Wohnungsmarktes schlage der Erwerber die Zuwachssteuer auf den Kaufpreis. Bei ungünstiger Marktlage werde er sein Bauland so lange zurückhalten, bis ihm die Abwälzung der Steuer möglich sei. »Worauf es uns besonders in grossen Städten ankommen muss,« schreibt Pollender weiter, »ist die Beschaffung billigen Baulandes zu einer genügend umfangreichen Wohnungsherstellung. Man mache zu diesem Zwecke die Inhaber unbebauten Baulands durch eine starke fortlaufende jährliche Steuer geneigter, die nach dem vom Baulandbe-

sitzer selbst declarierten Werte zu bemessen ist. Gerade eine solche fortlaufende jährliche Steuer, wie sie hier vorgeschlagen wird, wird unter allen Umständen von den Grundbesitzern abgewälzt werden, da sie eben das gesamte Bauland oder Teile desselben nach gleichen Procenten treffen muss. Wir haben in der vorigen Rundschau die Gründe angeführt, weshalb unserer Ansicht nach eine richtig construierte Zuwachssteuer nicht abgewälzt werden kann. Durch die einfache Behauptung, dass sie abgewälzt wird, ist doch noch nichts bewiesen.

Der agrarische Charakter des neuen Entwurfes kommt besonders in der Besteuerung des Gewerbes durch Neueinführung einer communalen Gewerbesteuer und in der Verwendung ihrer Erträgnisse zum Vorschein. Der Gewerbesteuer unterliegen alle die stehenden Gewerbebetriebe, bei denen erstens der Reinertrag 5000 M. und mehr beträgt, zweitens der jährliche Mietwert der gewerblich benutzten Räume sich auf 2000 M. oder mehr beläuft und drittens die Zahl der im Gewerbebetriebe in der Gemeinde ständig beschäftigten gewerblichen Hilfspersonen 20 oder mehr beträgt. Die genannten drei Steuern sind neben einander zu entrichten. Die Steuer vom gewerblichen Einkommen beträgt 25 M. für die Stufe von 5- bis 10 000 M., 60 M. für 10- bis 15 000 M. etc. Die Steuer nach dem Mietwert beträgt bei einem Mietwerte von 2- bis 3000 M. 10 M., bei 3- bis 4000 M. 30 M. etc. Die Steuer nach der Zahl der Beschäftigten beträgt für jeden Kopf 2 M. Als Gewerbebetrieb gilt nicht die Berufsausübung der den freien Berufsarten angehörenden Personen, der Ärzte, Künstler, Schriftsteller etc., der Betrieb der Apotheken, Gärtnereien, der landwirtschaftliche Pachtbetriebe. In der Ausnahme der Gärtnereien und der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe zeigt sich die agrarische Fürsorge der Regierung. Von den Erträgnissen der Gewerbesteuer sind von jeder Gemeinde 25%, von den Städten mit über 50 000 Einwohnern 15% an den Bezirksverband zu entrichten. Ausserdem sollen ihm 10% des Gewinnüberschusses aller Gemeindeparscassen überwiesen und von ihm an die Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung zur Bestreitung der Armenlasten, sowie zu Wegebaubehilfen verteilt werden. Es sollen also einmal die Städte zu gunsten des platten Landes und zweitens

die Sparer, die sich im wesentlichen aus der nichtbesitzenden Classe recrutieren, zu gunsten der reichen Grundbesitzer geschröpft werden. Sächsische Socialpolitik! Die Gast- und Schankwirtschaften, sowie der Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen werden mit einer obligatorischen Sonderbetriebssteuer bedacht, die nach dem Mietwerte der Schank-, Gast- oder Verkaufsräume bemessen wird. Obligatorisch sind ferner die Biersteuer und die Tanzsteuer. Die Biersteuer ist in allen Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern in der Höhe von 60 Pf. pro hl einzuführen. Die Tanzsteuer trifft alle Tanzlustbarkeiten, sofern sie nicht in Privatwohnungen stattfinden. Von jedem Besucher sind 5 oder 10 Pf. zu erheben. Auch dies wieder eine Belastung der ärmeren Classen, die es sich nicht leisten können, in ihren miserablen Wohnungen Privatbälle abzuhalten. Und nun zum Schluss die rückständigste aller Steuern, für die aber die sächsische Regierung noch ein Loblied anzustimmen fertig bringt: die Kopfsteuer. Sie soll auch in Zukunft den Gemeinden gestattet bleiben, es soll nur die Möglichkeit geschaffen werden, von Aufsichts wegen ihre Beseitigung oder Herabsetzung anzuordnen.

Mit Ausnahme der Zuwachssteuer ist der Entwurf der sächsischen Regierung ein Meisterstück reactionärer Steuerkunst. Er nimmt den Gemeinden ihre Steuerautonomie, um sie alle gleicherweise auf die reactionären Grundsätze des Entwurfs festzulegen und jede socialpolitische Ausbildung der Steuersysteme in den einzelnen Gemeinden in Zukunft unmöglich zu machen. Dazu kommt die Städtefeindschaft des Entwurfs, der die agrarische Begünstigung des staatlichen Steuerwesens auch auf das communale ausgedehnt.

× Die SOCIALISTISCHEN GEMEINDERÄTE FRANKREICHS hielten am 10. Januar einen Congress in Paris ab, der von 75 socialistischen Bürgermeistern und Gemeindevertretern, die insgesamt 615 Gemeinden vertraten, besucht war. Zur Wohnungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in der es heisst: Ohne dem Bestreben der Commune, die private Initiative zu begünstigen, entgegenzutreten, soll doch dahin gewirkt werden, dass die Communen selbst die Initiative ergreifen und ihren Grundbesitz teilweise oder ganz dazu verwenden, Wohnungen zu bauen. Die socialistischen Vertreter im Parlament haben dafür ein-

zutreten, dass die Gesetze, welche der Initiative der Gemeinde entgegenstehen, besodigt werden. Zur Annahme gelangte sodann eine Anzahl Thesen, welche die Hilfstätigkeit der Gemeinden regeln: Unterstützung der Kinder unbemittelter Eltern in den verschiedensten Altersstufen, Unterstützung bei Alter und Invalidität, Arbeitslosigkeit und Krankheit, Organisation der ärztlichen Hilfeleistung im Haus und freie Behandlung in den Krankenhäusern, sowie freie Abgabe von Medicamenten. Ferner wurde die sofortige Verweltlichung sämtlicher Krankenhäuser verlangt. Eine lange Diskussion entspann sich über die Frage der öffentlichen Dienste und Unternehmungen der Commune (Wasser, Beleuchtung, Verkehrswesen). Hier standen sich zwei Auffassungen diametral gegenüber. Charnay unterbreitete eine Resolution, in der die Meinung zum Ausdruck gelangte, dass die Commune alle unter ihrer Controle hergestellten Producte, wie Gas, Elektrizität u. s. w., den Consumenten zum Selbstkostenpreise abzugeben hätte. Paul Brousse und andere traten dieser Auffassung entgegen: Bei diesem System würden nur die Reichen den Vorteil, die Armen den Nachteil haben. Die ersten würden zu billigen Beleuchtungs- und Verkehrsmittel gelangen, und die Stadt müsste sodann auf anderem Wege zu den notwendigen Geldern kommen, die zur Erhaltung des Gemeinwesens notwendig sind. Dadurch würde die Armen in höherem Masse belastet. Der Congress stimmte schliesslich der Auffassung des Genossen Brousse zu. Auf Grund der angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wurde ein Minimalprogramm für socialistische Gemeindevertreter ausgearbeitet. Beschlossen wurde die Gründung einer Föderation der socialistischen Municipalitäten.

X

X

KURZE CHRONIK. Die städtische Schuldeputation zu Elberfeld beschloss, den Schwimmunterricht für alle Knabenvolksschulen einzuführen, nachdem die Erteilung desselben in mehreren Oberclassen günstige Resultate ergeben hatte. — Die Mainzer Stadtverwaltung beabsichtigt, die von ihr angekaufte Strassenbahn nicht selbst in Betrieb zu nehmen, sondern den Betrieb auf die Dauer von zwei Jahren zu verpachten; nach vollendeter Elektrisierung des Strassenbahnnetzes soll es dann in Selbstregie übernommen werden. — Magde-

burg hat nunmehr auch die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte eingeführt; sie wird 3⁰/₁₀₀ betragen. — In Ulm ist die Anstellung eines Arbeiters des Hochbauamtes als Hilfskraft für den städtischen Baucontroleur vom Gemeinderate angenommen worden. Das Ersuchen der Gewerkschaften, den Arbeitern die Wahl des Controleurs zu übertragen, wurde damit abgelehnt, dass man eine Nebenregierung nicht dulden könne. — Die Berliner städtischen Collegien haben den Betrieb der Bedürfnisanstalten den bisherigen Unternehmern gegen eine Erhöhung der Abgabe von 10% auf 15% der Bruttoeinnahme auf weitere 2 Jahre überlassen.

HUGO LINDEMANN

Socialistische Bewegung

Die fieberhafte Wahlarbeit, welche die deutsche Socialdemokratie während des ganzen letzten Jahres leisten musste, hat einer ruhigeren AGITATIONS- UND ORGANISATIONSTÄTIGKEIT Platz gemacht. Die Jahresberichte, welche die Parteiorganisationen und die Parteipresse jetzt veröffentlichen, zeigen übrigens, dass die Arbeit des letzten Jahres nicht bloss auf den Wahlschlachtfeldern zu suchen sind, sondern sie gelangen auch in der Kräftigung der Organisationen und der Parteifinanzen und besonders in der Vergrößerung und Verbesserung der Parteipresse zum Ausdruck. In dieser Beziehung ist von besonderem Interesse die Entwicklung der *Vorwärts*, das Centralorgan der Partei, der *Vorwärts* gesonnen hat. Im Jahre 1897-1898 hatte der *Vorwärts* eine Auflage von 52 000 Exemplaren; diese stieg 1901 auf 55 000 und 1903 auf 78 000; gegenwärtig hat der *Vorwärts* 82 000 Abonnenten, darunter 7000 Postabonnenten. Die Gesamteinnahmen betragen 1898 572 768,55 M.; 1901 697 978,30 M.; 1903 788 994,85 M. Reinüberschuss wurde erzielt: 1898 53 347,75 M., 1901 80 446,55 M., 1903 72 338,65 M. Auch in der Provinz lässt sich fast allenthalben bei der Parteipresse ein grosser Fortschritt nachweisen. Zur Ergänzung unserer Mitteilungen in der vorigen Rundschau sei noch mitgeteilt, dass auch die Genossenschaftsdruckerei zu Halle ein eigenes Grundstück erworben hat, in welchem Verlag und Redaction, sowie die Druckerei des *Volksblattes*, die Buchhandlung u. s. w. untergebracht werden sollen. Der Preis des Grundstücks, das 1341 qm gross ist, beträgt 46 900 M. Die *Pfälzische Post* erscheint seit dem 18. Fe-

bruar im Verlage der Handelsgesellschaft Gerisch & Co. Das Blatt wurde seit seinem Bestehen /1895/ zusammen mit der Mannheimer *Volksstimme* in der *Mannheimer Actiendruckerei* hergestellt. Der Übergang in eine eigene Handelsgesellschaft ist der erste Schritt zur vollständigen Trennung der beiden Blätter. Das pfälzische Blatt hat sich jetzt so weit entwickelt, dass es bald selbständig Redaction und Verlag einrichten kann.

Von den Summen, welche die Partei im Wahljahr aufgebracht hat, erhält man eine Vorstellung, wenn man sich die Berichte der Berliner Vertrauensmänner daraufhin ansieht. Nach den Berichten, die in den Jahresversammlungen den Berliner Parteigenossen gegeben wurden, vereinnahmten die Vertrauensleute der 6 Berliner Wahlkreise insgesamt 106 149 M., durch welche die Kosten für die Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen gedeckt wurden; ausserdem konnten noch erhebliche Überschüsse der Parteihauptcasse überwiesen werden.

× ×
Der LANDESPARTEITAG der badischen Socialdemokratie, der am 5. März in Offenburg stattfand, war von 56 Orten durch 76 Delegierte besetzt. Nach dem Bericht des Landesvorstandes ist die Stimmenzahl der Partei in allen Kreisen stark gewachsen. Gute Erfolge sind insbesondere auch bei den Gemeindewahlen erzielt. In 3 Orten wurden socialdemokratische Bürgermeister gewählt. Insgesamt sitzen in 56 Orten über 800 Parteigenossen in den Gemeindevertretungen; darüber hinaus hat die Partei noch 28 Gemeinderäte. Die Einnahmen und Ausgaben der Landescasse balancieren in Höhe von 17 508 M., darunter sind jedoch 6500 M. vom Hauptvorstand. Der Landesorganisation gehören 93 Vereine mit insgesamt rund 6700 Mitgliedern an. Das Parteiorgan, der *Volksfreund*, hat bedeutende Fortschritte gemacht, so dass es zum erstenmal einen Überschuss in der Höhe von 4100 M. abwerfen konnte. Das Blatt zählt jetzt fast 9000 Abonnenten; es soll vom 1. Juli ab vergrössert und in einer der Partei gehörigen Druckerei hergestellt werden. Die Haltung des Blattes wurde verschiedentlich angegriffen; es gelangte auch eine Resolution zur Annahme, die die Erwartung ausspricht, dass der *Volksfreund* in Zukunft mehr im Geiste der Dresdener Parteitagbeschlüsse gehalten wird. Sodann wurde ein Organisationsstatut beraten, wonach bestimmt wird,

dass sämtliche socialdemokratische Vereine Badens sich der Landesorganisation anzuschliessen und Beiträge an diese zu zahlen haben. Die Landesorganisation wird geleitet durch einen Vorstand von 5 Mitgliedern; derselbe controliert die Haltung der beiden Parteiblätter, leitet die grosse Agitation u. s. w. Zum Sitz des Landesvorstandes wird wiederum Mannheim bestimmt.

× ×
Von GEMEINDEWAHLEN sind diesmal nur zu nennen die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 12. Februar, an denen sich unsere Parteigenossen mit grosser Energie beteiligten. Sie errangen einen glänzenden Sieg. 12 neue Bürgerschaftsvertreter ziehen in das Hamburger Rathaus ein; bisher war nur ein Vertreter unserer Partei darin, so dass wir insgesamt nun 13 Sitze inne haben.

× ×
Die Socialdemokraten in ENGLAND haben in ihrem Bestreben, eine selbständige Arbeiterpartei zu bilden, deren Vertreter auch im Parlament eine von den bürgerlichen Parteien losgelöste Politik zu verfolgen haben, in den letzten Wochen einen grossen Schritt vorwärts getan. Das L. R. C. hielt im Februar seinen 4. Jahrescongress in Bradford ab. Anwesend waren 163 Delegierte, die insgesamt 969 800 Mitglieder vertraten; im vorigen Jahre gehörten dem Bunde nur 861 150 Mitglieder an. Von den zwei socialdemokratischen Organisationen gehört dem L. R. C. bekanntlich nur die I. L. P. an, während die S. D. F. sich vom L. R. C. fernhält, da sie sich die Zurückhaltung nicht auferlegen will, die beim Eintritt von ihr gefordert wird. Einen grossen Raum nahmen die Debatten über die Handlungsweise des Abgeordneten Robert Bell ein, der, entgegen den Satzungen des L. R. C., bei der Wahl in Norwich nicht den Arbeitercandidate, sondern den liberalen Gegencandidate unterstützt hatte. Der Congress trat mit grosser Energie gegen diese Verbrüderung eines Arbeitervertreters mit den Liberalen auf; ferner wurde die Eisenbahnerorganisation, deren Secretair bekanntlich Robert Bell ist, aufgefordert, denselben zur Rechenschaft zu ziehen, andernfalls sie vom L. R. C. ausgeschlossen wird. Genosse Snowden, Vorsitzender der I. L. P., schlug eine Resolution vor, in der betont wird, dass weder Schutzzoll noch Freihandel die Armut besetzen können, und die mit dem Satze

schliesst: »Der Congress ist vielmehr der Ansicht, dass die Arbeiterpolitik darauf gerichtet sein muss, die Arbeiter von den Grundherren und Capitalisten vollständig zu befreien.« Diese wurde mit 965 000 gegen 27 000 Stimmen angenommen. Auf Beschluss des S. R. L. haben sich die 14 Arbeitervertreter, die gegenwärtig im Parlament sitzen, zu einer besonderen Fraction zusammengeschlossen; zum Führer derselben wurde John Burns gewählt. Diese Fraction soll selbständige Arbeiterpolitik treiben und als selbständige Partei in die Debatten eingreifen.

× ×
Der 6. PARTEITAG DER FRANZÖSISCHEN SOCIALISTISCHEN PARTEI (P. S. F.), der Jaurèsisten, wurde am 14. bis 16. Februar in Saint-Etienne abgehalten. Der wichtigste unter den 14 Punkten der Tagesordnung war die Frage der Änderung des Organisationsstatus. Das *Comité interfédéral* beschwerte sich in seinem Bericht über die Disciplinlosigkeit der Mitglieder der Fraction; es herrsche bezüglich der Taktik die reinste Anarchie, und diesem Zustand müsse durch eine straffe Centralisation ein Ende gemacht werden. Nach einer sehr ausgedehnten, zum Teil recht lebhaften Debatte, an der sich die Abgeordneten Briand, Rouanet, Jaurès und andere beteiligten, wurde der Antrag der Fraction, das alte Statut aufrechtzuerhalten, mit 124 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Die Ausarbeitung des neuen Statuts wurde einer Commission überwiesen, die einen Entwurf ausarbeitete, dessen grundlegende Bestimmung lautet: »Die politische Leitung der Partei liegt dem *Conseil national* ob, der sich aus dem *Comité interfédéral* und der parlamentarischen Fraction zusammensetzt. Der selbe versammelt sich am Beginn jeder ordentlichen und ausserordentlichen Session, in dringenden Fällen auch in der Zwischenzeit.« Der Entwurf wurde unter grossem Jubel einstimmig angenommen.

× ×
Das bedeutsamste Ereignis innerhalb der Socialdemokratie ITALIENS war in den letzten Wochen der in Brescia abgehaltene Provincialcongress der lombardischen Socialisten. Die Bedeutung dieses Congresses liegt darin, dass man ihn in den italienischen Parteikreisen als *Generalprobe* des allgemeinen Parteitags ansieht, der bekanntlich im April in Bologna stattfindet. *Reformisten* und *Revolutionäre* verteidigten ihre Anschauungen über die

Parteitaktik mit grosser Entschiedenheit und Unnachgiebigkeit. Die Resolution der Genossen Turati, Bissolati und Treves blieb gegenüber der von Labriola, Mocchi und Soldi eingebrachten mit 68 gegen 73 Stimmen und 2 Stimmenenthaltungen in der Minderheit. Der erste Punkt der Resolution sei wörtlich angeführt, er lautet: »Der Congress betont von neuem den dauernd revolutionären und unveröhnlich staatsfeindlichen Charakter der proletarischen Action und erklärt die Verwandlung der politischen Organisation des Proletariats in eine vorwiegend parlamentarische, opportunistische, possibilistische, constitutionell-monarchistische Partei für eine Entartung des socialistischen Geistes. Der Congress verwirft daher, als dem Princip des Classenkampfes und dem Wesen der proletarischen Eroberung der politischen Macht zuwider, jedes Bündnis mit dem Bürgertum, sei es in der Form der Teilnahme an einer — republikanischen oder monarchischen — Regierung, sei es als Unterstützung eines bürgerlichen Ministeriums.«

In den folgenden Absätzen heisst es, dass die Durchführung von Reformen der bürgerlichen Regierung zu überlassen sei, ohne irgend welche Mitarbeit oder irgend welches Zugeständnis des Proletariats, da im bürgerlichen Staat doch jede Reformtätigkeit unvollkommen bleibe und den Mechanismus der capitalistischen Production selbst niemals angreife. Der letzte Punkt sei wieder wörtlich gegeben: »In Erwägung schliesslich, dass die parlamentarische Action ihren Gipfelpunkt in der durch sie ausgeübten Propaganda und in der Festsetzung des Proletariats in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten hat und dass die Partei nicht durch das Parlament die Herbeiführung des Socialismus, weder die Abschaffung des Privateigentums, noch die vorbereitenden politischen und wirtschaftlichen Eroberungen, erwartet, erklärt der Congress, auf keines der Angriffs- oder Verteidigungsmittel gegen den Staat und die Regierung zu verzichten und sich auch das Recht vorzubehalten, sich der Gewalt zu bedienen, wo sie nötig werden sollte.«

An den Ausgang dieser Abstimmung hat sich eine zum Teil sehr erbitterte Debatte in der italienischen Parteipresse geknüpft. Die *Reformisten* bezeichnen die Resolution der *Radicalen* als eine anarchistische. Bissolati und andere haben aus der Annahme dieser Resolution den Schluss gezogen, dass die beiden Tendenzen mit ein-

ander unvereinbar seien und dass in Bologna auf Grund einer ähnlichen Tagesordnung die Spaltung der Partei perfect werden würde. Dem gegenüber muss aber festgestellt werden, dass die Lombardei der Sitz, sowohl der am weitesten rechts, als auch der am weitesten links stehenden Parteigenossen ist. Die Gegensätze waren demzufolge in Brescia sehr scharf, und die trennenden Auffassungen lagen von vornherein fest. Etwas anders wird die Situation sich doch in Bologna gestalten; dort werden nicht bloss die Extreme, sondern auch die Zwischenglieder vertreten sein. Man wird dort nicht allein das Trennende betonen, sondern vor allem das Einigende in den Vordergrund stellen.

× ×
 Gegen den RUSSISCH-JAPANISCHEN KRIEG haben die Socialdemokraten fast aller Culturstaaten in entschiedener Weise ihre Stimme erhoben. Vor allem haben das die Socialisten der beteiligten Länder selbst getan. In einer früheren Rundschau (pag. 84) haben wir den Protest der japanischen Socialisten verzeichnet. In Russland ist der Ausbruch des Krieges das Signal gewesen für eine energische Agitationstätigkeit aller socialistischen Gruppen, die in Wort und Schrift das Volk über die Culturwidrigkeit des Krieges und über den Socialismus aufzuklären suchen. Alle Gruppen sind sich darin einig, dass der gegenwärtige Krieg dazu beitragen wird, die wirtschaftliche, sociale und politische Umwälzung innerhalb des russischen Reiches zu fördern. Die *Iskra* ist der Ansicht, dass der jetzige Krieg und die Ideen des Socialismus auf Russland herbeiführen werde. Die *Revoluzjonnaja Rossija* fordert die Genossen auf, mit verdoppelter Kraft die Agitation in Stadt und Land zu führen. Sie ist der Ansicht, der jetzige Krieg werde mit einer Niederlage Russlands enden und das tragische Finale des russischen Absolutismus werden. Aus allen Teilen des Reichs kommen Nachrichten über Demonstrationen gegen den Krieg, den Militarismus und das Czarentum; Proclamationen des revolutionären Recrutenverbandes, in welchen die Soldaten über den Krieg und die Ideen des Socialismus aufgeklärt werden, gelangen überall zur Verteilung. Die finländische, die lettische, ukrainische und die litauische Socialdemokratie ist nicht weniger tätig, als die in Russisch Polen; in den südlichen Landschaften, sowohl unter den Georgiern, als

auch unter den Armeniern ist die Gärung ausserordentlich heftig. Die armenische Socialdemokratie fordert in einer Proclamation zum Generalstrike auf. Selbst in den eisigen Steppen Sibiriens unterwühlt eine rührige socialistische Agitation den Boden.

Aber auch in den übrigen europäischen Ländern hat die Socialdemokratie ihre Stimme gegen den Krieg erhoben. In Deutschland haben Protestversammlungen stattgefunden. In Frankreich haben nach einander die Jaurésisten, die Guesdisten und auch die *Confédération générale du travail* Manifeste gegen den Krieg erlassen. Die Organisationen der englischen Socialdemokratie bekundeten ebenfalls ihren Protest gegen den Krieg, und in einer Versammlung des *Jüdischen Arbeiterbundes* in London wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen. In ähnlicher Weise ging man in der Schweiz und Italien vor. In Oesterreich war es besonders der Genosse Daszynski, der, in einer socialdemokratischen Versammlung zu Krakau, unter ungeheurem Beifall der Anwesenden die russische Raubpolitik verurteilte.

× ×
 KÜRZE CHRONIK. Das internationale socialistische Bureau zu Brüssel teilt mit, dass der internationale Congress in Amsterdam vom 14. bis 20. August stattfinden wird. — Nach 51tägiger Verhandlung wegen angeblicher Verleumdung der italienischen Marineverwaltung wurde Ferrri zu 14 Monaten Gefängnis und 1516 l Busse verurteilt. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Das wichtigste Ereignis in den letzten Wochen war der vom 7. bis 9. März in Berlin abgehaltene allgemeine HEIMARBEITERSCHUTZCONGRESS, den die *Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands* im Auftrage des Stuttgarter Gewerkschaftscongresses einberufen hatte, um die Dringlichkeit einer gesetzlichen Heimarbeitsreform zu demonstrieren. Der Congress gestaltete sich in seinem Verlauf zu einer imposanten Kundgebung, deren Bedeutung durch das Fernbleiben der Reichsregierung kaum wesentlich abgeschwächt wurde. Die letztere hatte, getreu ihrer gegenüber Arbeiterschutzbewegungen bisher beobachteten Haltung, die Entsendung eines Vertreters abgelehnt, und auf ihren Wink ist allen Anschein nach auch die vorerst in Aussicht gestellte Teilnahme eines österreichi-

sehen Regierungsvertreter unterblieben. Diese Haltung der Reichsregierung ist natürlich symptomatisch für ihre Stellung zur Frage des Heimarbeiterschutzes; sie zeigt, dass wenig Geneigtheit vorhanden ist, irgendwie ernstlich gegen die Schäden auf diesem Gebiete vorzugehen, so dass der Congress einen positiven Erfolg zunächst kaum zeitigen wird.

Wie die Regierung, so hielten sich die Mehrheitsparteien des Reichstags fern. Ausser zahlreichen socialdemokratischen Vertretern wohnten nur zwei freisinnige Reichstagsabgeordnete vorübergehend dem Congress bei, und vom Centrum, das die Socialpolitik reclamehaft behandelt, liess sich kein einziger Vertreter sehen. Vom Reichstag wird also ein ernsthaftes Eintreten für den Heimarbeiterschutz in der nächsten Zeit ebensowenig zu erhoffen sein.

Dies vermag indes, wie bereits bemerkt, die Bedeutung des Congresses kaum zu beeinträchtigen. Diese liegt nicht allein darin, dass die Arbeiterschaft zahlreicher Berufe sich zu einer energischen Kundgebung gegen die hausindustrielle Ausbeutung aufgerafft hat, sondern auch in der Tatsache, dass es gelungen ist, gewerkschaftliche Arbeitervertreter wie bürgerliche Socialreformer auf ein einheitliches Heimarbeiterschutzprogramm zu verpflichten, das die künftige Propaganda wesentlich erleichtern wird, vorausgesetzt, dass alle vertretenen Organisationen mit Nachdruck für seine Durchführung wirken. Es ist nicht das erste Mal, dass Arbeitervertreter und bürgerliche Socialreformer zu gemeinsamer Beratung tagten; ein solcher gemeinsamer Congress fand bereits 1897 in Zürich statt. Damals, wie heute, handelte es sich nicht um principielle Fragen, sondern um die Zusammenfassung verschiedener Kräfte zu gemeinsamer Demonstration, und heute noch mehr, als damals, war ein solches Zusammenwirken eine Notwendigkeit, die auch von bürgerlichen Socialreformern leicht begriffen wurde. Dagegen bewiesen die christlichen und die freisinnigen Gewerksvereine durch ihr Fernbleiben vom Congress, dass ihnen an einer einheitlichen Arbeiterschutzaction in Fühlung mit der gesamten Arbeiterschutzbewegung nichts gelegen ist. Die ersteren lehnten aus schlecht gewählten formalen Scheingründen jede Vertretung ab, angeblich, weil man sie nicht zu den Vorarbeiten des Congresses zugezogen habe, und von den letzteren liess sich nur die fortgeschrit-

tenste (Düsseldorfer) Gruppe durch eine Delegiertin vertreten, während die an der Heimarbeit interessierten Gewerksvereine ebenfalls völlige Teilnahelosigkeit bekundeten. Dass es besonders den christlichen Gewerksvereinen auf eine Störung der einheitlichen Action ankam, beweist ihre Veranstaltung einer besonderen Demonstrationsversammlung, 8 Tage vor dem Congress, in der sie den letzteren als eine socialdemokratische Kundgebung beleumdete und sich selber durch einige eingeladene Abgeordnete der rechten Parteien als staatserhaltende Elemente feiern liessen. Wir haben uns von diesen Sondergewerkschaften nie eines anderen versehen, und es ist gut, dass ihre wahre Natur sich so wenig verleugnet.

Von bürgerlichen Organisationen nahmen der Ausschuss des *Vereins für Socialpolitik*, die *Gesellschaft für sociale Reform*, der Berliner *Verein für sociale Reform*, der *Bund deutscher Bodenreform*, sowie eine Reihe von Organisationen der bürgerlichen Frauenbewegung an den Verhandlungen teil. Von den 188 Delegierten entfielen auf Gewerkschaften, Gewerkschaftscartelle und Gewerkschafts- respective Frauenversammlungen 163, auf Krankencassencorporationen 9 und auf bürgerliche Organisationen 16. Unter den Vertretern der letzteren seien besonders die Professoren Francke und Sombart, Dr. A. Weber, Dr. Wilbrandt, Lehrer Agahd, Frau Cauel, Fräulein Alice Salomon und Fräulein Pappitz erwähnt. Es versteht sich, dass diese Organisationen im Bureau des Congresses, wie in der Commission zur Beratung der Resolution entsprechende Vertretung fanden. Der Verlauf des Congresses, so viel an diesem lag, war durchaus befriedigend. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten, die vor allem in den zweitägigen Debatten zum Ausdruck kamen, beseelte alle das ehrliche Wollen, sich auf ein gemeinsames Actionsprogramm zu einigen, und die von der Commission bearbeitete Resolution fand einstimmige Annahme. Dieselbe ist zu lang, um hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden. Ihr Inhalt ist in Kürze folgender: Nach Feststellung der gemeinschädlichen Wirkungen der Hausindustrie (niedrige Löhne, lange Arbeitsdauer, ungesunde Arbeitsstätten) wird zunächst ein Verbot der Heimarbeit in besonders gesundheitschädlichen Industrien, werden ferner Massnahmen zum Schutze des Publicums gefordert und als Grundlage eines unver-

züglich zu schaffenden Heimarbeiter-schutzgesetzes nachstehende Forderungen erhoben: 1. Regelung der Lohnsätze durch Einigungsämter oder paritätische Lohn-commissionen; 2. Reglementierung der Heimarbeitsräume nach hygienischen Vorschriften; 3. Anmeldepflicht für Benutzung von Heimarbeitsräumen; 4. Verbot der Heimarbeit in verseuchten Wohnungen; 5. Desinfection respective Vernichtung verseuchter Heimarbeitsmaterialien und -waren; 6. Unterstellung unter strenge Gewerbeaufsicht; 7. Listenführungszwang für Unternehmer und Zwischenmeister, die Hausarbeiter beschäftigen; 8. sichtbare Kennzeichnung von Heimarbeiterzeugnissen; 9. Ausdehnung der Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzvorschriften auf die Heimarbeit; 10. Zuständigkeit der Gewerbegerichte für alle Hausindustriellen; 11. Einführung von Lohnbüchern; 12. Verbot der Mitgabe von Hausarbeit an Betriebsarbeiter, sowie Ausschluss der Heimarbeit von allen Lieferungsarbeiten für Reich, Staat und Gemeinde, und 13. wirksame Strafen für alle Übertretungen unter besonderer Verantwortlichkeit der Unternehmer und Zwischenmeister. Endlich fordert die Resolution die Reichsregierung zur Initiative behufs Herbeiführung internationaler Massnahmen gegen die Hausarbeit auf. Die einstimmige Annahme der Resolution bedingte allerdings Zugeständnisse vom linken und rechten Flügel; die principiell am gänzlichen Verbot der Heimarbeit festhaltenden Tabakarbeiter legten ihren Standpunct in einer besonderen Erklärung dar, stimmten aber ebenfalls für die Resolution. Ebenso einstimmig erfolgte die Annahme einiger anderer Resolutionen, die die Ausdehnung der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes schon jetzt vom Bundesrat innerhalb seiner Befugnisse, sowie den Ausschluss der Hausarbeiter von allen Arbeiten des Reiches, Staates und der Gemeinden fordern und weiter das letztere auch von den Consumvereinen erwarten. So konnte der Vorsitzende den Congress schliessen mit der Anerkennung, dass das gemeinsame Wirken von Erfolg begleitet war und dass die Bekämpfung der Heimarbeit ein Gebiet sei, auf dem alle, die guten Willens sind, sich vereinen können zu gemeinsamer Arbeit. Er sprach aber auch die Erwartung aus, dass die vom Congress eingeleitete Bewegung nicht im Sande verinne, sondern kräftig gefördert werde, damit sie wirksame Erfolge bringe. Dieser

Appell war um so notwendiger, als die Weiterarbeit naturgemäss den einzelnen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften obliegt, die nunmehr von neuem die Propaganda leiten. Material über die Missstände der Heimarbeit sammeln und für die Vertiefung der Bewegung sorgen müssen. Mehrere Anträge auf Einsetzung einer ständigen gemischten Commission zur Leitung dieser Propaganda mussten der Entscheidung des nächsten Gewerkschaftscongresses überlassen werden. Wir sind überzeugt, dass die Gewerkschaften diese Bewegung nicht wieder zur Ruhe kommen lassen werden und dass diesen ersten Heimarbeiterschutzcongress bald weitere folgen werden.

Ein Agitationsmittel von besonderer Zugkraft bildete die neben dem Congress veranstaltete Ausstellung von Heimarbeiterzeugnissen, die von den Gewerkschaften der Metallarbeiter, Schneider, Wäschearbeiter, Schuhmacher, Kürschner, Buchbinder, Holzarbeiter und Blumen- und Federarbeiterinnen beschickt war. Obwohl sie nur einen kleinen Teil der Centren der Hausindustrie in keineswegs erschöpfender Darstellung umfasste, war das Bild, das sie bot, von so unmittelbarer Wirkung, dass zahlreiche Wünsche auf Erhaltung respective Wiederholung der Ausstellung bei späteren Congressen laut wurden. Den letzteren kann jedenfalls Rechnung getragen und diese Veranstaltung bedeutend erweitert werden, so dass ihr Zweck, neben der Art der hausindustriellen Production die Lohnsätze und Arbeitsdauer für jede einzelne Arbeit und den erzielten Wochenverdienst im Vergleich mit der Werkstatt- und Fabrikarbeit kenntlich zu machen, sowie einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiterfamilien durch wohlgelegene bildliche Darstellungen zu gewahren, noch besser erreicht wird. Es verdient ferner erwähnt zu werden, dass sowohl die *Generalcommission* für eine Reihe verschiedener Berufe, sowie im besonderen noch die Metallarbeiter, Schneider, Tabakarbeiter und der *Verein Berliner Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse* durch Herausgabe von Denkschriften zur Materialsammlung auf dem Gebiete der Heimarbeit beigetragen haben.

× ×
 Von VERBANDSTAGEN UND CONGRESSSEN sind zu nennen zwei Generalversammlungen, welche die Verbände der Hafenarbeiter in Hamburg und der

Steinsetzer in Braunschweig in der Zeit vom 22. bis 25. Februar abhielten. Die erstere beschäftigte sich fast nur mit internen Angelegenheiten, beschloss die Einführung einer Krankengeldzuschuss-casse und stimmt der Abhaltung eines allgemeinen Seemannsschutzcongresses zu. Der Verbandstag der Steinsetzer bewältigte ein umfangreiches socialpolitisches Programm, indem er Stellung nahm zu den Fragen des Pflastersteinzolles und der Bedeutung der Schifffahrtsabgaben für das Steinsetzergewerbe, sowie des Arbeiterschutzes der im Strassenbau beschäftigten Arbeiter. Bedeutsam waren ferner die Beratungen über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, bei denen festgestellt wurde, dass der Verband bereits in 40 Districten Tarifverträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen hat, und über den utopischen Plan des Steinsetzerinnungsverbandes, eine gemeinsame Standesorganisation für Meister, Gesellen und Lehrlinge zu schaffen. Bei der Beratung des Unterstützungswesens musste von der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung Abstand genommen werden, weil die hohe Arbeitslosigkeit im Beruf enorme Beitragserhöhungen erfordern würde; beschlossen wurde die Einführung einer Krankenunterstützung von 1 M. pro Tag auf die Dauer von 2 bis 13 Wochen, sowie die Ausdehnung der Strikeunterstützung auf die Wintermonate.

× ×
 Die **GENERALCOMMISSION DER GEWERKSCHAFTEN DEUTSCHLANDS** hat soeben ihren Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Juni 1902 bis 31. December 1903 veröffentlicht. Derselbe stellt einen erfreulichen Aufschwung der Gewerkschaften fest, deren Zunahme im letzten Jahre auf 140 000 Mitglieder geschätzt wird. Bedeutungsvoll für das wachsende Ansehen der Gewerkschaften sei die Tatsache, dass das reichsstatistische Amt die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Arbeiterstatistik nicht entbehren könne; dies berechtige zu dem Schluss, dass man ihnen die rechtliche Anerkennung auf die Dauer nicht werde versagen können. Die Agitation wurde wie bisher gefördert. Die *Generalcommission* unterhält Arbeitersecretariate in Oberschlesien, Posen und Iserlohn; die Errichtung eines weiteren in Saarbrücken steht bevor. Ausserdem unterhält sie Agitationscommissionen in Ost- und Westpreussen, Rheinland-Westfalen und Elsass-Lothrin-

gen. Auf statistischem Gebiete hat sie, wie bisher, die Statistik über die Stärke und Leistungen der Gewerkschaften, über die Strikes, sowie über die Gewerkschafts-cartelle und Arbeitersecretariate herausgegeben. Ausserdem gibt sie 3 Organe heraus, das *Correspondenzblatt* (Auflage 14 500), den *Operaio Italiano* (Auflage 2000 bis 3400) und die polnische *Oswiata* (Auflage 2700). Die vom letzten Gewerkschaftscongress beschlossene Unterstützungscasse für Gewerkschafts- und Parteiangestellte wurde gemeinsam mit dem Verein *Arbeiterpresse* ins Leben gerufen; sie gewährt Sterbegeld, Witwen- und Waisen-, sowie Invalidenunterstützung und hat gegenwärtig das 7. Hundert Mitglieder überschritten. Der Cassenbericht verzeichnet eine Jahreseinnahme von 93 491 M. und eine Ausgabe von 86 389 M. Zugleich veröffentlicht das von der *Generalcommission* errichtete *Centralarbeitersecretariat*, das die Vertretung der Ansprüche Unfallverletzter vor dem Reichsversicherungsamt besorgt, seinen ersten Jahresbericht. Das Secretariat trat Anfang Januar 1903 in Wirksamkeit und hat im verflossenen Jahr von 633 eingegangenen Streitsachen (567 Unfall-, 30 Hinterbliebenen- und 36 Invalidenrente betreffend) 512 erledigt. Es beschränkt sich in der Hauptsache auf die Vertretung organisierter Arbeiter und vertritt unorganisierte nur in Ausnahmefällen. Von den 455 behandelten Unfallsachen wurden 206 zu gunsten und 249 zu ungunsten der Kläger, von 24 vertretenen Hinterbliebenenansprüchen 11 zu gunsten, 13 zu ungunsten der Hinterbliebenen, und von den 30 vertretenen Invalidensachen 7 zu gunsten der Versicherten erledigt. Da das Reichsversicherungsamt in Invalidensachen nur über formale Mängel des Verfahrens zu entscheiden hat, so ist hier ein günstigeres Verhältnis nicht zu erwarten. Das Secretariat beschäftigt gegenwärtig 2 Secretaire und 1 Hilfskraft; es verursachte einen Kostenaufwand von 6772 M., der sich im laufenden Jahre auf 8000 M. erhöhen dürfte. Jedenfalls hat sich die Wirksamkeit der neuen Einrichtung als eine sehr segensreiche erwiesen. Anerkennung verdient auch, dass das Reichsversicherungsamt der Tätigkeit derselben keinerlei Hindernisse in den Weg legt (vergl. auch die Rubrik *Socialpolitik*, pag. 320).

× ×
 Unterdes arbeitet das deutsche **UNTERNEHMERTUM** mit Hochdruck an seiner

kriegerischen Machtentfaltung. Seit den Tagen von Crimmitschau wird der Plan der Centralisation der deutschen Arbeitgeberverbände von zwei Seiten her in Angriff genommen. Der dem Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband und der *Deutschen Arbeitgeberzeitung* nahestehende Generalsecretair Kuhlo-München veröffentlichte den Organisationsplan eines deutschen Arbeitgeberbundes, dessen Hauptaufgabe die Verfolgung strikender Arbeiter durch Unternehmernachweise und die systematische Bekämpfung verhetzender Theorien sein soll. Emphatisch versichert Herr Kuhlo aber dabei, dass das freie Coalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise beschränkt werden soll. Die Rache der Crimmitschauer Fabrikanten zeigt zur Genüge, was davon zu halten ist. Gleichzeitig bereitet der *Centralverband deutscher Industrieller* die Gründung einer Centralstelle aller deutschen Arbeitgeberverbände vor. Einen förmlichen Mobilisationsplan hat indes der *Verein Berliner Metallwarenfabrikanten (Kühnemännerverband)* aufgelegt, den ein günstiger Zufall zur öffentlichen Kenntnis brachte. Dieser Verein, seit dem vorjährigen Gürtlerstrike bemüht, Strikes schonungslos zu unterdrücken, will einen Entschädigungsfonds errichten, der die Durchführung eines rein mechanischen Massenaussperrungsverfahrens erleichtern soll. Eine Vertrauenscommission hat anzuordnen, dass bei Ausbruch eines Strikes 10% aller Arbeiter der betreffenden Branche sofort, weitere 10% nach Ablauf der 1., fernere 20% nach der 2., und wieder 30% nach der 3. Woche auszusperren sind. Entschädigt sollen die Unternehmer kleinerer und mittlerer Betriebe (bis 20 und bis 100 Arbeiter) werden. Neu ist ausserdem die Idee, unorganisierter Ausgesperrter eine Aussperrungsunterstützung von 2,50 M. pro Tag in Aussicht zu stellen und sie dadurch von der Organisation fernzuhalten. Eine förmliche Listenauflegung für organisationsfeindliche Arbeiter hat den Herren keinerlei Erfolg gebracht, und bereits fallen Drohungen, dass man die *socialdemokratische Bande* einfach aufs Pflaster werfen werde. Die *Kühnemänner* werden sich hüten, eine so heisse Suppe hinunterschlucken; bei einigem Nachdenken werden sie inne werden, dass gegen die Gewerkschaftsorganisation nun einmal kein Kraut gewachsen ist.

Auch die unerhörte Gerichtscampagne gegen das Strikepostenstehen der Arbeiter wird versagen. Breslauer Gerichte haben in dieser Beziehung das Möglichste geleistet; es hagelte förmlich Gefängnisstrafen wegen nichtiger Redewendungen. Trotzallem setzt die gewerkschaftliche Action allenthalben energischer ein, zum Schrecken des Unternehmertums. Wohin das *Scharfmachertum* unter den deutschen Arbeitgebern die Gesetzgebung drängen möchte, das zeigt uns die Tragödie des ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSRECHTS, das von den Gerichtshöfen des Landes förmlich zerfetzt worden ist. Abermals ist die Gewerkschaft der Bergleute wegen eines Strikes zu Schadenersatz verurteilt worden. Es handelt sich um eine Arbeitseinstellung in Yorkshire. Verschwörung und Vertragsbruch lautet das Verbrechen, wofür die Gewerkschaft verantwortlich gemacht wurde, und der Schadenersatzanspruch der Kläger beziffert sich auf 3 Mill. M. Solche Prozesse können die Gewerkschaften zwar nicht zu Grunde richten, hindern aber ihre ruhige Entwicklung, die allein ein tarifliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ermöglicht. In politischer Hinsicht tragen sie indes dazu bei, die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien zu emancipieren und sie als unabhängige Arbeiterpartei zusammenzuschliessen, die nicht anders, als socialistisch, sein kann.

× ×
 KURZE CHRONIK. Die Lohnbewegungen traten diesmal hinter den sonstigen Ereignissen zurück; wir erwähnen kurz, dass der Kampf der Porcellanarbeiter in Schlierbach weiter dauert, dass der Kampf der Schneider in Weimar zu ungunsten, in Leipzig zu gunsten der Arbeiter mit Vereinbarung eines Tarifs endete. Ein kurzer Tarifkampf der Buchdrucker in der Berliner Firma Haasenstein & Vogler wegen Nichtbeachtung der tariflichen Arbeitsnachweise brachte den Strikenden vollen Erfolg, den arbeitswilligen *Gutenbergbündlern* die schlimmste Blamage. Der Verband nutzt diesen Sieg durch Erleichterung der Übertrittsbedingungen für solche, die dem *Gutenbergbund* den Rücken kehren wollen, aus. — Die württembergische Regierung hat verfügt, dass staatliche Druckaufträge nur an tariftreue Firmen vergeben werden dürfen. — Der *Lederarbeiterverband* veranstaltet eine Statistik der

Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Der preussische Eisenbahnminister Budde hat sich eine Centralisation der Eisenbahner zugelegt durch Gründung und Zusammenschluss geselliger Eisenbahnvereine, in denen natürlich gewerkschaftliche Tendenzen streng ausgeschlossen sind. Das ist die Coalitionsfreiheit, die der Minister seinen Arbeitern gnädig gestattet. Im preussischen Landtag erklärte der Herr unter Beifall, dass das Wort *Coalitionsfreiheit* ein Schlagwort sei, mit dem starker Unfug getrieben werde, und dass er *socialdemokratische Organisationen* in Staatsbetrieben nicht dulden werde. Der Centrumsgewerkschaftler Brust erklärte diesen Standpunkt für berechtigt, sofern die Arbeiter bei Eingehung ihres Dienstverhältnisses auf diese Folge aufmerksam gemacht worden seien. In der Tat, ein trauriger Kämpfer für die Arbeitercoalition, zu dem sich die christlichen Gewerkschaften beglückwünschen können!

PAUL UMBREIT

Genossenschaftsbewegung

Ein Tag von historischer Bedeutung für die deutsche Genossenschaftsbewegung war der 6. März. An diesem Tage fand in Chemnitz eine ausserordentliche Generalversammlung der *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine* statt, auf der der so überaus wichtige Beschluss gefasst wurde, zur EIGENPRODUCTION überzugehen. Es lag ein Antrag der Verwaltung der Gesellschaft vor, in Aken an der Elbe, einem Ort mit vorzüglicher Wasser- und Bahnverbindung, ein Grundstück in der Grösse von 28400 qm zu erwerben, um darauf eine eigene Fabrik zur Herstellung von Seife, Seifenpulver etc. zu errichten. Der vom Geschäftsführer G. Lorenz begründete Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenso wurde auch die hierdurch, wie auch aus anderen Gründen nötig gewordene Erhöhung des Stammcapitals der Gesellschaft von 500 000 M. auf 750 000 M. bewilligt. Die Centralorganisation der deutschen Consumvereine ist somit im Begriff, gleich den Grosseinkaufsgesellschaften anderer Länder die Organisation der genossenschaftlichen, das heisst der gesellschaftlichen Production der Güter auf der Basis eines gesicherten und genau gekannten Absatzes in die Hand zu nehmen. Wünschen wir unserer *Grosseinkaufsgesellschaft* auf diesem neuen Gebiete den reichen Erfolg, der ihre Unter-

nehmungen bis jetzt ausgezeichnet hat! Erwähnt sei noch, dass die von 118 Gesellschaftern beschickte Generalversammlung auch eine Statutenänderung vornahm, durch die eine Hinausschiebung der ordentlichen Generalversammlung bis in den Juni ermöglicht wird. Die nächste Generalversammlung wird also voraussichtlich im Anschluss an den allgemeinen Consumgenossenschaftstag am 15. und 16. Juni in Hamburg stattfinden.

X

X

Auch in BERLIN, das so lange ein harter und undankbarer Boden für genossenschaftliche Bestrebungen war, geht es jetzt rüstig vorwärts. In einer am 8. Februar auf Einladung der Berliner *Gewerkschaftscommission* im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung von circa 500 Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Wahlvereine hat die Berliner Arbeiterschaft nun gewissermassen officiell die Genossenschaftsbewegung anerkannt als ein wichtiges Mittel zur »Hebung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes« und als »wirksame Ergänzung der gewerkschaftlichen Organisation«. Nach einem Referate von Peus und von Elm, woran sich eine lebhaft Discussion im zustimmenden Sinne anschloss, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Berliner Arbeitern den Anschluss an die bestehenden Consumvereine empfiehlt und in der den anwesenden Arbeitervertretern die Pflicht auferlegt wird, in ihren Organisationen in eine kräftige Propaganda für die Genossenschaften einzutreten. Zugleich spricht die Resolution die Erwartung aus, dass die zur Vereinheitlichung der Berliner Consumvereinsbewegung unternommenen Schritte bald zum Ziele führen möchten. Diese letztere Hoffnung dürfte wohl ihrer Verwirklichung nahe sein. Die feindlichen Brüder haben sich längst in gemeinsamem Wirken zusammengefunden. Grossen Anteil hat daran der *Verein für sociales Genossenschaftswesen* gehabt. Auch besteht seit einiger Zeit eine *Agitationscommission* der auf dem Boden des Centralverbandes deutscher Consumvereine stehenden *Consumentenorganisationen Berlins*, die jetzt im Anschlusse an jene so gut verlaufene Versammlung ein flott geschriebenes Flugblatt in 160 000 Exemplaren herausgegeben hat, auf dem unter anderm auch die 77 Verkaufsstellen der so sich beteiligenden Vereine bekannt gegeben

werden. Ferner soll von dieser Stelle aus eine intensive Versammlungsagitation in die Wege geleitet werden. So wird man ganz von selbst zu immer grösserer Einheitlichkeit im Handeln, in der Wirtschaftsführung und schliesslich vielleicht auch zu einer Centralisierung der Betriebe gelangen.

Jedenfalls wird die jetzt entfaltete Tätigkeit den Consumvereinen neue Anhängerscharen zuführen, so dass Berlin vielleicht doch eines Tages auch in genossenschaftlicher Beziehung die Stelle einnehmen wird, die ihm kraft der numerischen Stärke und der Schulung seiner Arbeiterschaft gebührt.

× ×

In SACHSEN, dem Lande der antisemitischen Reaction, hat die sogenannte *Mittelstandsbewegung* von jeher besonders unangenehme Formen angenommen. Zwar ist es den dortigen Mittelstandsetzern — bis jetzt! — noch nicht gelungen, die Regierung zum Erlass eines staatlichen auf die Hemmung oder Vernichtung des Grossbetriebs im Detailhandel hinielenden Steuergesetzes zu veranlassen. Um so eifriger treiben sie aber ihre Wühlarbeit in den Stadtverwaltungen, die auch hier schon verschiedentlich von Erfolg gekrönt gewesen ist, indem eine Anzahl sächsischer Gemeinden von dem ihnen zustehenden Rechte einer Sonderbesteuerung der grosscapitalistischen Detailgeschäfte Gebrauch gemacht haben.

Nun ist auch in Dresden, in dessen Stadtverwaltung der Kampf seit 7 Jahren tobt, die Steuergefahr eine acute geworden. Ein vor 3 Jahren eingesetzter Sonderausschuss hat endlich den Entwurf zu einer Umsatz-, Filial- und Warenhaussteuer zur Welt gebracht, von dem man in der Tat sagen kann: was lange währt, wird gut. Der Ausschuss hat wenigstens ganze Arbeit gemacht. Das muss schon ein sehr gewandter Hecht sein, der durch die Maschen dieses Gesetz gewordenen Entwurfes noch entschlüpft. Dreifach ist die Falle gestellt: 1. als Umsatzsteuer, die bei einem Jahresumsatz von 200 000 M. ab erhoben wird und bis zu 1% desselben steigt; 2. als Zweiggeschäftssteuer, die alle Geschäfte mit einer oder mehreren Filialen mit über 10 000 M. Umsatz trifft und bis zu 2% des Gesamtumsatzes steigt, und 3. als Warenhaussteuer, die das Doppelte der Umsatzsteuer betragen soll und der solche Geschäfte verfallen, die

Waren aus mehr als einer der im Entwurf aufgeführten vier Warengruppen führen. Demnach würden unter Umständen manche Geschäfte bis zu 5% des Jahresumsatzes als Extrasteuer zu bezahlen haben. Damit würde sich allerdings der Entwurf in Widerspruch mit einer Ministerialverordnung vom Jahre 1897 setzen, die 2% als oberste zulässige Steuergrenze bezeichnete. Vielleicht wird die officiële Veröffentlichung — bis jetzt hat das Dresdener Publicum nur durch eine antisemitische Vereinsversammlung und eine inofficiöse Zeitungsmittelung Kenntnis von dem Entwurf bekommen — Licht in diese Frage bringen.

Die 4 Consumvereine Dresdens und der Umgegend, die die Sache natürlich besonders nahe angeht, rüsten inzwischen schon zum Kampfe. Diese vier Vereine repräsentieren die Interessen von 40 000 Familien, das ist 25 bis 30% der Bevölkerung. Sie würden, wenn die Steuer in der obigen Form Gesetz würde, auf ihren Zehnmillionenumsatz neben ihren sonstigen sehr erheblichen Steuern eine Extrasteuer von 500 000 M. zu bezahlen haben. Es ist also begreiflich, dass sie sich rühren. Am 10. März fanden in Dresden 6 imposante Massensammlungen statt, in denen gegen die ungeheure Ungerechtigkeit der projectierten Steuer Protest erhoben und überall einstimmig die gleiche Resolution angenommen wurde.

Wenn etwas einige Gewähr bietet, dass der Entwurf nicht Gesetz wird, so ist es seine Vielseitigkeit, die sich nicht nur gegen die sogenannten *Auswüchse* des modernen Handels, sondern gegen die gesamte leistungsfähige Geschäftswelt richtet. Qui trop embrasse, mal étirent.

× ×

Der letzte Geschäftsbericht der Hamburger *TABAKARBEITERGENOSSENSCHAFT* zeigt, dass die enge Verbindung, in die dieses Unternehmen in den letzten Jahren mit der deutschen Consumvereinsbewegung getreten ist, ihm offenbar sehr gut bekommt. Der Absatz an Cigarren ist von 8400 Mille im Werte von 348 054 M. im Vorjahre auf 10 585 Mille im Werte von 440 683 M. im Jahre 1903 gestiegen. An diesem Absatz waren die Consumvereine 1901 mit 43%, 1902 mit 49% und 1903 mit 53% beteiligt. Noch stärker, als der Absatz, ist der Reingewinn gewachsen, der 1902 13 698 M., 1903 aber 23 412 M., das ist 71% mehr, betrug. Statt wie im Vorjahre 2%, wird

diesmal die Genossenschaft 3% Rückvergütung an die Abnehmer und Lohnzuschlag an die Arbeiter verteilen. Die Mitgliederanteile werden, wie gewöhnlich, mit 5% verzinst. Rund 20% des Reingewinns sollen zur Stärkung des Betriebscapitals, das damit auf 102630 M. anwächst, verwendet werden. Der auf die Arbeiter entfallende Lohnzuschlag wird übrigens nach einem Beschlusse der vorletzten Generalversammlung zunächst nicht in bar ausgezahlt, sondern jedem Arbeiter zur Bildung eines persönlichen *Reservefonds* für Notfälle bis zur Höhe von 200 M. gutgeschrieben. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Genossenschaft beträgt jetzt 225 (gegen 184 im Vorjahre), wovon 86 auf Hamburg und 139 auf die Filiale in Frankenberg entfallen.

Jene oben erwähnte enge Verbindung wird übrigens eine noch engere werden, nachdem die letzte Generalversammlung 2 Vertreter der *Grosseinkaufsgesellschaft*, Heinr. Lorenz und Reinh. Postel, in den Aufsichtsrat gewählt hat, eine Massnahme, die der Geschäftsführer der *Tabakarbeitergenossenschaft*, Adolph von Elm, als den ersten Schritt zur Umwandlung der Genossenschaft in eine Productivabteilung der *Grosseinkaufsgesellschaft* bezeichnete.

×

×

Einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Selbstproduction landwirtschaftlicher Artikel durch Consumentenorganisationen bedeutet die Erwerbung des neuen *RITTERGUTES DER SCHOTTISCHEN GROSSEINKAUFGESSELLSCHAFT*. Das im Westen von Schottland ausserordentlich schön gelegene Gut, ein alter Herrrensitz, hat eine Grösse von 440 ha und kostete die Gesellschaft 750 000 M. Es umfasst grosse Strecken Waldlandschaft, fruchtbares Ackerland, Wiesen und Gärten. Neben den herrschaftlichen Wirtschaftsgebäuden sind noch 8 Bauernhöfe mit mehreren hundert Kühen vorhanden. Die Grosseinkaufsgesellschaft will hier zunächst *Gemüse- und Obstbau* sowie *Viehzucht* im Grossen treiben. Doch sollen auch die reichen Bodenvorräte an Kohle, Eisen, Sandstein und Lehm ausgenutzt werden. Ausser einer mittelalterlichen Burgruine besitzt das Gut auch ein 1840 erbautes Schloss, dessen Umwandlung in eine Wasserheilanstalt vorgehen ist.

Das altschottische Adelsgeschlecht, das hier Jahrhunderte hindurch gehaust hat,

waren die Maxwells. Die Ironie der Weltgeschichte will es, dass just ein — aus dem Arbeiterstande hervorgegangener — Maxwell es ist, der als Director der schottischen Grosseinkaufsgesellschaft die Besitzergreifung der Erbschaft jener ehemals Mächtigen und Grossen der Erde durch das aufstrebende Proletariat bewirkt hat.

×

×

Leider kommt gleichzeitig mit dieser Nachricht aus England die betrübende Kunde, dass der Mann, der dieses Unternehmen, wie so viele andere, zum Segen der engeren Organisation, der er vorsteht, wie auch der gesamten britischen Genossenschaftsbewegung, in die Wege geleitet hat, William MAXWELL, der Mann, der, wie kein anderer, in seiner Person die Geschichte der Bewegung der letzten 25 Jahre verkörpert, der als Organisator und Agitator Unvergleichliches geleistet hat, von seinem Posten zurücktreten will. Gesundheitsrücksichten sollen den 62jährigen Mann zu dem Entschlusse geführt haben. Wie mitgeteilt wird, wird man aber alles aufbieten, um Maxwell noch einmal zu einer Vertagung seiner Entscheidung zu veranlassen, ein Unternehmen, wozu wir unseren englischen Genossen den besten Erfolg wünschen!

×

×

KURZE CHRONIK. Nach einer Statistik des *Reichsarbeitsblattes* hat sich die Zahl der deutschen Genossenschaften in den Jahren 1890 bis 1902 von 7608 auf 22 512 vermehrt, also fast verdreifacht. Die Creditvereine wuchsen von 3910 auf 13 481, die Consumvereine von 984 auf 1847, die Baugenossenschaften von 50 auf 498. — Der Gründer des *Vereins für soziales Genossenschaftswesen* und dessen Organs, des *Genossenschaftspioniers*, Hermann Krecke, ein stiller, aber eifriger Förderer der modernen Genossenschaftsideen, ist am 5. Februar in Berlin gestorben. — Ferner verstarb am 12. Februar der tatkräftige Leiter des *Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland* (Neuwieder Richtung), Generaldirector Reinhard Heller. — Die Frankfurter *Genossenschaftsbäckerei* hat ihre Liquidation beschlossen, um dann mit ihrem ganzen Vermögen in das Eigentum des Frankfurter Consumvereins überzugehen.

×

×

LITERATUR. Als 5. und 6. Heft der *Genossenschaftlichen Volksbücherei* sind

im Verlag des *Centralverbandes deutscher Consumvereine* zwei Broschüren von Professor Staudinger und Dr. Reinhold Riehn erschienen. Die erste trägt den Titel *Zur Abwehr* und beschäftigt sich mit den Angriffen, Verleumdungen und sonstigen Kampfmethoden unserer Gegner. Die zweite ist betitelt *Die Umsatzsteuer im Herzogtum Braunschweig* und enthält den in letzter Rundschau erwähnten Gesetzentwurf, sowie eine scharfsinnige Beurteilung desselben vom menschlichen, wie vom juristischen Standpunkte aus.

GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Die BÜRGERLICHE FRAUENBEWEGUNG macht unverkennbare Fortschritte. Damit ist nicht die Ausdehnung und Verästelung des ziemlich geräuschvoll arbeitenden äusseren Apparates gemeint, sondern, wenn wir von der Entgleisung respective dem Unverständnis in Sachen der Staatspolitik — vide Reichstagswahl — absehen, die wachsende Klarheit und Sicherheit bezüglich der Forderungen, die erhoben, der Aufgaben, die gestellt werden. So haben sowohl der *Bund*, wie auch der *Verband fortschrittlicher Frauenvereine* in verschiedenen an den Reichstag respective Einzellandtage gerichteten Eingaben gezeigt, dass sie praktische Gegenwarts politik im Interesse der von ihnen vertretenen Frauenschichten zu treiben wissen. Der *Bund* hat um die Gründung landwirtschaftlicher Schulen und die Anlegung gemeindlicher Schulgärten bei den Landtagen von Preussen, Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden petitioniert, ferner um Reform des Krankenpflegerinnenwesens, dahingehend, dass den Pflegerinnen die Möglichkeit einer staatlich vorzuschreibenden Ausbildung und Prüfung und die damit verbundenen Rechte gewährt werden. Weiter sollen nur solche Krankenhäuser concessioniert werden, welche die Gewähr ausreichender Fürsorge für ihr Pflegepersonal durch Einschränkung der Arbeitszeit auf nicht mehr als 11 Stunden und durch genügende Sicherstellung für das Alter und den Fall der Invalidität bieten. Endlich, dass in den staatlichen Krankenanstalten eine die Verwaltung, den ärztlichen und den Pflegedienst allseitig und in mustergiltiger Weise regelnde Krankenorganisation geschaffen werde. Das sind durchweg minimale Forderungen, deren Erfüllung Verpflegten und Pflegern in gleicher Weise zu gute käme. Von

grosser Bedeutung ist ferner eine Petition zum Gesetzentwurf, betreffend die Kaufmannsgerichte. Sie ist dem Reichstag am 23. Januar zugegangen und verlangt für die Frauen das active und passive Wahlrecht. Eine andere Eingabe ersucht den Reichstag, den Zugang zu den höheren Stellen des Postdienstes durch Freigabe der Secretairprüfung für weibliche Postbeamte unter den gleichen Bedingungen, wie für männliche, eröffnen zu wollen. Es ist freilich nur wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden. Die gleiche Skepsis ist gegenüber der angekündigten Reform des preussischen Vereinsgesetzes geboten, die den Frauen endlich das Recht der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen zugestehen sollte, eine Hoffnung, die, angesichts der derzeitigen Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers, selbst den grössten Optimisten vergangen sein dürfte, seit der für Frauenwürde so treu besorgte Minister des Innern erklärt hat, es stehe den Frauen nicht an, sich mit Politik zu befassen.

× ×
Rühmend hervorzuheben ist das Verhalten der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zum Textilarbeiterausstand in CRIMMITSCHAU. Kam ihr geschlossenes Eintreten für die Sache der Ausgesperrten auch verhältnismässig spät und mag es auch nur dem Gefühl einfacher Gerechtigkeit entsprungen sein, so soll doch nicht vergessen werden, dass das Classenempfinden recht häufig einer solchen unvoreingenommenen Würdigung entgegensteht. Und es soll nicht vergessen werden, dass diese wackeren Frauen nicht als Privatpersonen und unter dem Banner der Humanität, sondern dass sie als Frauenrechtlerinnen für das Recht der Arbeitenden und insbesondere für die Erringung des Zehnstundentages eingetreten sind.

Die Ausständigen von Crimmitschau haben bekanntlich bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen. Das ist das gar traurige Ende eines monatelangen, heldenmütigen Ringens. Aber das schattentiefe Bild entbehrt nicht des Lichtes, und wer die Tatsachen recht zu würdigen weiss, mag auch hier erkennen, was gewonnen wurde. Der Kampf hat die Situation geklärt. Er hat gezeigt, wessen sich das Proletariat von der Capitalistenklasse, und wessen es sich von einer Staatsgewalt zu versehen hat, die Büttel und Ausnahmerecht für den Arbeiter bereit hält, der um sein gutes, der um ein minimales Recht zu

ringen sich anschickt. Und das unverbrüchliche, treue Zusammenhalten des gesamten arbeitenden Volkes hat der Kampf in voller Glorie offenbart, ebenso wie der Ausgang, den er fand, eine neue starke Mahnung zu immer engerem Zusammenschluss sein muss.

× ×
 Dass die ORGANISATION in der Tat von wesentlichem Einfluss auf die Gestaltung der Gegenwartslage ist, geht aus manchen lehrreichen Lohnziffern solcher Arbeitszweige hervor, die eine grössere Anzahl organisierte Arbeiterinnen aufweisen. Der Buchbinderverband hat im III. Quartal 1903 an neuen Mitgliedern gewonnen 376 männliche und 1146 weibliche. Die Gesamtzahl betrug am Quartalsschluss 8465 männliche und 4363 weibliche Mitglieder. Dementsprechend beziehen 324 in Berlin in Contobuchfabriken beschäftigte Arbeiterinnen, von denen 270 dem Buchbinderverband angehören, Löhne von 13 bis 20 M. wöchentlich. Auch bei verschiedenen kleineren Strikes hat sich der gewerkschaftliche Zusammenschluss nützlich erwiesen, so im elektrischen, im Buchbindergewerbe etc.

× ×
 Die Beteiligung an dem bevorstehenden INTERNATIONALEN FRAUBENCONGRESS ist von der Vertrauensperson der Genossinnen mit der Begründung abgelehnt worden, dass trotz der an alle Parteirichtungen ergangenen Einladungen es sicher ist, dass der Congress auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung stehen wird. So begründet diese Auffassung an sich sein mag, so scheint mir die daran geknüpfte Schlussfolgerung doch ein wenig voreilig; hat doch das vorbereitende Comité dadurch, dass es Einladungen an alle Parteirichtungen ergehen liess, zumindest seinen guten Willen bekundet, auch andere, als die von der Majorität der Delegierten voraussichtlich propagierte Weltanschauung zur uneingeschränkten Äusserung kommen zu lassen. Abgesehen davon, dass es doch vielleicht nicht unnütz gewesen wäre, vor einem internationalen Forum in sachlicher Weise für eine gute Sache zu plaidieren und ihr zur principiellen Würdigung in Kreisen zu verhelfen, die ihr kenntnislos und darum missverständlich gegenüberstehen, gibt es doch auch eine Reihe von Angelegenheiten, in denen in der Tat das ganze Frauentum solidarisch ist oder sein sollte. Es sei hier nur an die Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, an den

Mutterschaftsschutz, an den Kampf für das Frauenstimmrecht und gegen Geschlechtssclaverei und Prostitution erinnert. Auch wäre es ja nicht das erste Mal, dass Anhänger verschiedener Parteien sich zur Förderung von Bestrebungen zusammenfinden, die von aller Parteiteilung unabhängig sind. Das glänzendste Beispiel bietet der soeben abgehaltene Heimarbeiterschutzbundcongress (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 330).

× ×
 KURZE CHRONIK. In Charlottenburg ist der Eintritt der Frauen in leitende Ämter der städtischen Verwaltung beschlossen worden; so sollen beispielsweise zu den Sitzungen der Armen-direction 3 Frauen zugezogen werden. — Einer deutschen Zoologin, Dr. Maria von Linden in Bonn, wurde von der französischen Akademie der Wissenschaften ein Preis verliehen. — Der Wind, der augenblicklich in Russland weht, ist der Fraubewegung wenig günstig. Der Gouverneur von Kiew hat plötzlich verfügt, alle von Frauen bisher verwalteten Communalämter seien durch Männer zu besetzen. Ebenso wurden ihnen andere Rechte entzogen und einzelne, Frauen betreffende Zweige der Schulverwaltung in einer ihnen abgünstigen Weise geordnet. — Eine Eingabe des *Evangelischen Fraubundes*, der Frauengruppe Berlin der *Freien kirchlich-socialen Conferenz* und des *Christlichen Lehrerinnenvereins* an die preussische Generalsynode, die eine Erweiterung der Frauenpflichten und -rechte im kirchlichen Gemeindeleben, insbesondere auch eine Heranziehung der Frauen zu den kirchlichen Wahlen und der Gemeindevertretung verlangte, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. — In Norwegen haben vom 1. Juli ab alle der norwegischen Staatskirche angehörenden, über 25 Jahre alten Männer und Frauen Stimmrecht in den Gemeindeversammlungen. — Frau Curie in Paris ist zusammen mit ihrem Gatten, der Professor an der Sorbonne ist, als Entdeckerin des Radiums durch Verleihung des Nobelpreises für Physik ausgezeichnet worden. — Im Sommer vorigen Jahres starb in London Frau Guillaume-Schack. In ihr ist eine der eigenartigsten und mutigsten Vorkämpferinnen der allseitigen Freiheit und Unabhängigkeit des Weibes dahingegangen. Ihr Andenken wird unvergessen sein. — Die Beteiligung der Frauen an den Wahlen zum austra-

lischen Bundesparlament hat zu einem grossen Erfolg der Arbeitercandidaten geführt. Auch hat die aufgestellte Candidatin eine stattliche Minorität von Stimmen auf ihren Namen vereinigt. — Der kaum gegründete *Ultramontane Frauenbund* ist für die Diöcese Cöln verboten worden, »da er sich nicht genug in den Grenzen des kirchlichen Lebens halte«.

× LITERATUR. Die *Centralstelle für Arbeiterinnenorganisation des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine* gibt seit Februar eine *Deutsche Arbeiterinnenzeitung* heraus, die »den Frauen des arbeitenden Volkes eine treue Freundin sein möchte«. Ein populär gehaltenes, ehrlich unabhängiges Arbeiterinnenblatt wäre gewiss zu begrüssen, da die *Gleichheit* wohl ein reiches Material beibringt, ihrem ganzen Charakter nach aber mehr ein Quellenblatt und unschätzbares Hilfsmittel für den wissenschaftlichen Arbeiter und geschulten Agitator, als ein Agitations- und Aufklärungsorgan für die breiten Massen ungeschulter oder indifferenter Frauen ist. Doch scheint es uns unerlässlich, dass ein derartiges populäres Blatt nicht von aussen, wenn auch in noch so wohlwollender Absicht, in die Massen hineingetragen werden sollte, sondern von innen aus ihnen herauswachsen müsse. Man muss indes abwarten, wie weit die neue Unternehmung den berechtigten Anforderungen nachkommt. Die vorliegende erste Nummer gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür. Eines freilich könnte stutzig machen. Im Leitartikel *Was wir wollen* wird von jener »edlen Unzufriedenheit« gesprochen, »die uns darüber nachsinnen lässt, wie wir unsere Lage verbessern«. Wenn aber die arbeitenden Frauen etwas nicht brauchen können, so ist es ein sentimentales *Harmonie*sehen.

HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Bildende Kunst

Von BERLINER AUSSTELLUNGEN zeigte die Kunsthandlung Amelang eine Anzahl von Plastiken des Franz Flaum-Berlin, der seit der Dresdener Ausstellung von 1897 nur selten gesehen wurde. Er hat sich in die impressionistische Formauffassung Rodins bis zu einem gewissen Grade eingelebt, ohne aber seinen Gestalten die Belebung zu individueller Sonderart zu geben, die den grössten plastischen Neuerer unserer Zeit

auszeichnet. Flaum gibt immer nur das Ungefähr jeder Form, während Rodin die Hauptträger von Handlung und Empfindung — oft nur eine einzelne Stelle seines Marins — durch eine höchst intensive Durchbildung gegen die nur angedeuteten Körperzusammenhänge auszeichnet. So bezeichnet er dem Blick den Punct, auf dem er ruhen soll. Bei Flaum, wie bei manchem anderen Nachfolger Rodins, fehlen diese Unterscheidungen. Man kann also auf ihn mit Recht die Bezeichnung eines Auflösers bestimmter Form anwenden. Bei Cassirer zeigt sich die französische Kunst unserer Tage einmal von anderer Seite, als gewöhnlich. Lucien Simon steht ziemlich isoliert da. Früher hat er mit Cottet gemeinsam an der Stelle angeknüpft, wo Courbet aufhörte und wo der Impressionismus einsetzte. Nun scheint dieser Geistesgenosse andere Wege zu gehen und Simon die angefangene Arbeit allein zu überlassen. Wir sehen in der Ausstellung frühe, sehr eindringlich gezeichnete Portraits von vorherrschend warmer Färbung, in denen das Schwarz eine breite Stelle einnimmt. Daneben einige Bauernbilder aus der Bretagne, in denen die farbigen Werte — das Graublau einer Wand und die verschiedenen Rot an Gesichtern und Kleidern von Tanzenden — gleichfalls hauptsächlich dazu dienen, das Dunkel hervorzuheben. Später wird die Farbe kühler und leichter: die Emancipation von Courbet. Sehr freudige Stilleben, die tiefträumig wirken. Ein nobel und ruhig gezeichneter Act, im Lehnstuhl eine Dame in eleganter Spitzen-toilette in Schwarz und Weiss. Das Helle wechselt vielfach mit dem Dunklen, wie in der Natur, während dieses Hin und Her früher dem Tongewicht zu Liebe unterschlagen wurde. Neben allem selbstherrlichen Spielen der französischen Maler mit Naturtatsachen ein sehr heilsames Gegengewicht, diese überzeugte Sachlichkeit. Zugleich ein Massstab für jene deutschen Maler, denen in den letzten Jahren die französischen Eindrücke etwas überstürzt zuströmten. Einige von ihnen stellten gleichzeitig an derselben Stelle aus. Robert Breyer zeigte noch in einem älteren Bilde — verraten durch ein schon gesprungenes Weiss — einem Interieur, das den Blick durch mehrere Räume in die Tiefe zieht, wie er dem Vielerlei neben einander für den Bildeindruck die rechte Stelle anzuweisen wusste. Noch im Schatten stehen die Dinge in angemessener

Deutlichkeit da. Bei den neuen Bildern — es seien nun Stilleben oder Figurendarstellungen — kommt die Prägnanz der Form sehr zu kurz. Leo von König zeichnet fester und bewusster, auch seine Farbe zeigt ein ruhiges und persönliches Abwägen. Von Trübner sind mehrere Landschaften der späteren Jahre und ein sehr dunkles, frühes Stilleben von schöner Gelassenheit, mit der es jedem Detail gerecht wird, ohne dass sich irgend etwas vordrängt. Zu dem einen Bilde aus Pissarros früher Zeit sind noch einige weitere gekommen, die gleichfalls verkaten, was die Generation von 1870 der von 1830 verdankte. Daneben steht dann eine Leinwand desselben Künstlers von 1900, ein Blick auf Tuilerien und Louvre, das bei einer völlig veränderten hellen und kühlen Farbe doch noch dieselbe weise Ökonomie der Tonwerte zeigt, die allein einen klaren Raumeindruck geben kann. Viele seiner Zeitgenossen und noch mehr Zugehörige der jüngeren Generation haben in der letzten Zeit viel davon eingebüßt — und das nicht nur in Frankreich. Schulte bringt einen Eduard von Gebhard der letzten Jahre, eine Bergpredigt. Den Oberlichtsaal nimmt der in Paris lebende Spanier d'Anglada ein. Sein Impressionismus lebt fast allein von einer sprühenden Farbe, die an das Glissen von Laliques Geschmeiden erinnert und sich in den selten gemalten und höchst präzise erfassten Nuancen auf den Grenzen zwischen Blau, Flieder und Rosenfarben bewegen. Das Weiss wird durch die Effecte künstlicher Beleuchtungen zu einem Farbenregen. Ein Latouche ins Robuste übertragen. Dazu spielt ein blaues Schwarz — sei es im Haar einer Zigeunerin oder auf dem Leib eines Rappen — die Rolle eines coloristischen Experiments. Die Gegenstände, wie sie sich im Jardin de Paris, in den Champs Elysées oder in Tanzlocalen zeigen, vermitteln neben bestimmten Frauentypen den Eindruck von aparten Bewegungen, ohne dass etwas angewendet wäre, was wie Zeichnung aussieht. Wenn irgendwo, so ist hier die präzise Linie ausgeschlossen.

× KURZE CHRONIK. Der Bildhauer Rudolf M a i s o n ist in München gestorben. — Professor Hermann E n d e, Präsident der preussischen Akademie der Künste, hat gelegentlich der Vollendung des 75. Lebensjahres dieses Amt niedergelegt. — Im April findet ein internationaler Architektencongress statt. ANNA PLEHN

DIVERSA

Bücher

Ein zweibändiges Werk des ehemaligen Dühringianers Benedict FRIEDLAENDER: *DIE VIER HAUPTRICHTUNGEN DER MODERNEN SOCIALEN BEWEGUNG* /Berlin, S., Calvary & Co./ analysiert in vier gesonderten Abhandlungen 1. den Marxismus, 2. den (communistischen) Anarchismus, 3. das System Eugen Dührings in seinen verschiedenen Entwicklungs- und Rückbildungsphasen und 4. das System von Henry George, worauf ein zusammenfassender Schlussabschnitt folgt. Die Behandlung der einzelnen Themen ist äusserst ungleichwertig, je nachdem die kritisierte Richtung in den Augen des Verfassers — der zur Zeit einem sehr stark bodenreformerisch beeinflussten Socialliberalismus huldigt — vortrefflich, einigermaßen achtungsvoll oder aber völlig abscheulich ist. Obgleich Friedlaender den Marxismus der letzteren Kategorie zuzählt, enthalten in der dem Marxismus gewidmeten Abhandlung die ersten drei Capitel, die sich mit den ökonomischen Theorien von Marx beschäftigen, bei aller grellen Einseitigkeit und unleidlichen Übertreibung manches Treffende; das vierte Capitel, worin für den demokratischen Collectivismus ein groteskes *Staatsknechtthum* substituiert und dieser selbstgeschaffene Popanz dann mit komischem Ingrimme verdroschen wird, ist eine inhaltsleere Schimpforgie. Dagegen gehört die Abhandlung über den Anarchismus zu dem Sachkundigsten und Sachlichsten, was bisher über dieses Thema geschrieben wurde. Ebenso ist die ausführliche Studie über Dühring, in der sich Pietät und Kritik die Wage halten, sicherlich ein sehr wertvoller Beitrag zur Würdigung dieses Denkers. Die Abhandlung über George schmeckt stellenweise nach apologetischer Verhimmelung; aber dieser wahrhaft geniale Proletarier verdient es so sehr, gekannt und studiert zu werden, dass ein Zuviel an Wärme hier kaum schadet. Urdrollig ist aber, wie sich der von fanatischer Staatsfurcht erfüllte Autor um die Tatsache herumwindet, dass George ja auch ein *Staatsknecht* war; wollte er doch die sociale Frage dadurch lösen, dass er den Staat zur Wegsteuerung der Grundrente aufforderte — ein Vorschlag, der freilich naturgemäss genug aus den Verhältnissen der in der Besiedelung begriffenen

westamerikanischen Staaten erwuchs. Aber es ist klar, dass ein solches Steuersystem nur durchführbar wäre mit Hilfe einer sehr starken Staatsmacht und eines beständigen Hineinguckens der Steuerbeamten in alle möglichen privaten Verhältnisse. Denn die *einzigste Steuer* soll ja jederzeit genau der Grundrente gleichkommen; die Grundrente kann aber beeinflusst werden durch alles, was nur irgend bei Tag oder bei Nacht auf dem Grundstück oder in dessen Nachbarschaft vorgeht. Friedlaender merkt gar nicht, wie sehr er durch seine Billigung des Vorschlages von George und durch die Motivierung dieser Billigung — er entdeckt nämlich plötzlich, dass der Staat nicht unbedingt das feuerschnaubende Nilpferd sein muss, mit dem er uns im ersten Bande geschreckt hat, sondern dass er unter Umständen ganz etwas anderes werden könnte, nämlich eine gerechte und freiheitliche Organisation der Gesamtnation —, wie sehr er durch diese Motivierung seine eigenen Argumente gegen den socialdemokratischen Collectivismus zu nichte macht. Wie, wenn ein Socialdemokrat Herrn Friedlaender mit seiner eigenen Waffe schlug, indem er ihm vorhielte: du Staatsknecht, siehst du denn nicht, dass die *single tax* uns alle auf Gnade und Ungnade der Willkür der Steuerbeamten ausliefern würde? Antwortet Friedlaender etwa: diese Willkür wird verhütet werden durch die organisierte Gegenaction der Steuerträger und durch die Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde —, so dictiert er damit selbst dem Socialdemokraten die Antwort in den Mund: nun, in der socialdemokratischen Republik wird die willkürliche Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Productionsleiter eben auch verhütet werden durch die gewerkschaftliche Gegenaction der Arbeiter, durch die Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde, die Wählbarkeit der Beamten und die directe Volksgesetzgebung. Und diese Antwort wäre nicht einmal neu. Schon in den späteren Schriften von Marx und Engels könnte Friedlaender, wenn er nur suchen wollte, eine deutliche Wendung vom Centralismus zum Föderalismus finden; schon das Erfurter Programm kennt die Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde, die Wählbarkeit der Beamten und die directe Volksgesetzgebung; schon in Bernsteins *Voraussetzungen* finden sich einige sehr beherzigenswerte Sätze über

die Aufgabe der Gewerkschaften im Zukunftsstaat und noch manches andere. Was Friedlaender, wenn er unbefangener wäre, hinreichend darüber beruhigen müsste, dass der socialdemokratische Staat durchaus kein Casernenstaat und auch keine *Socialbureaukratie* zu sein braucht. Vollends in der Theorie und Praxis der socialdemokratischen Gewerkschafter, Genossenschafter und Communalpolitiker der letzten Jahre zeigt sich ein immer reicheres Wachsen und Blühen in der Richtung auf eine weitgehende Demokratisierung des Wirtschaftslebens hin; und mit dieser Demokratisierung des Wirtschaftslebens verknüpft sich vielfach ein Streben nach ebenso weitgehender *Decentralisation der Verwaltung*, unbeschadet der technisch notwendigen Concentration der Betriebe. Nebenbei bemerkt: die zahlreichen socialdemokratischen Communalprogramme von heute, die communalpolitischen Broschüren der Fabier, communalpolitische Bücher, wie jene von Lindemann, Davids Agrarbuch, die Agrardiscussionen in der polnischen Parteipresse u. s. w. — all das ist Beweis genug dafür, dass entgegen den Behauptungen Friedlaenders die spezifische Bedeutung der Grundrente, der städtischen sowohl wie der ländlichen, in socialdemokratischen Kreisen immer eingehender studiert und gewürdigt wird. Und wenn Friedlaender nach praktisch durchführbaren Detailvorschlägen zur Verhütung der privaten Aneignung der Grundrente sucht, so könnte er von den auf communalem Gebiet tätigen englischen, französischen, deutschen, schweizerischen Socialdemokraten von heute gar vieles lernen.

Aber da steckt eben der Haken. Friedlaender sieht all diese Fortschritte nicht, er will sie nicht sehen. Er klammert sich an die Fiction, dass es in der Socialdemokratie keine andere, ernsthaft in Betracht kommende Strömung gebe, als den allerorthodoxesten, doctrinärsten, buchstabengläubigsten Marxismus. Wie lästige Fliegen wehrt er die dieser Fiction widersprechenden Tatsachen von sich ab; ja, er versteigt sich zu der tollen Ausflucht, Bernstein und die *Bernsteinianer* seien nichts weiter, als — Dühring-Plagiatoren! Das ist natürlich Unsinn; zugegeben, Bernstein habe von Dühring gelernt — aber wo steckt die Übereinstimmung zwischen dem föderalistischen Collectivismus Bern-

steins, der in der Gegenwart »gute Fabrikgesetze« fordert und für die Zukunft das Staatseigentum als eine der wichtigsten Erscheinungsformen des Gemeineigentums postuliert, und dem fanatischen Hass Dührings gegen alles *Staatsknechtum* in Gegenwart und Zukunft? Wo die Übereinstimmung zwischen Bernstein, der die *höchste Wirtschaftlichkeit* als leitenden Gesichtspunct voranstellt, und Dühring, der seine Productivgenossenschaften (*Wirtschaftscommunen*) aus Gerechtigkeitsgründen dazu verurteilt, so ziemlich jeden, der sich meldet, als Mitglied aufzunehmen, und dadurch die Productivität der Arbeit auf ein Minimum herabdrückt? Man könnte das Register dieser Fragen noch stark verlängern. Man könnte weiterhin auch fragen: War es etwa Dühring, der die Jaurès und Genossen in Frankreich inspirierte, und nicht der Feldarbeiter Malon? Und die Fabier in England, Turati in Italien, Schitlowsky in Russland — sind das etwa alles Dühringianer? All diese Fragen hätte Friedlaender mit Leichtigkeit stellen und auch mit Leichtigkeit selbst beantworten können; an dem nötigen Scharfsinn fehlt es ihm wahrlich nicht. Aber die verzweifelte Angst, auf die liebgewordene Gewohnheit des Schimpfens verzichten zu müssen, ist nicht nur mit seiner Urteilskraft durchgebrannt, sondern auch mit seiner sonst so strengen Moral. Lieber will er die ehrlichsten Leute zu Plagiatoren stempeln, als zugeben, dass dank der neueren Entwicklung der Socialdemokratie neun Zehntel seiner Einwände veraltet und gegenstandslos geworden sind, soweit sie jemals berechtigt waren! Und darum sollte unser moralischer Autor, statt den toten Engels wegen seiner Gehässigkeit gegen Dühring zum tiefsten Höllenpfehl zu verdammen, lieber erst Herrn Benedict Friedlaender bei der lebendigen Moralistenase fassen. Damit will ich aber keineswegs gesagt haben, dass Friedlaenders Buch nicht lesenswert sei. Im Gegenteil. Es ist eine Sammlung geistreicher Irrtümer, untermischt mit exotischen Wahrheiten — verwirrend für den Lernenden, aber äusserst interessant für den Sammler und höchst anregend für jeden, der Zeit und Lust übrig hat, um sich auf unbetretenen Pfaden zwischen Gestrüpp und Felsblöcken mit dem Geist des Widerspruchs herumzuschlagen, der bekanntlich stets das Böse will und stets das Gute schafft.

LADISLAUS GUNFLOWICZ

Der Arbeit Dr. Arthur BLAUSTEINS *DIE ENTSTEHUNG DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG IM DEUTSCHEN SÄTTLERGEWERBE* /Tübingen und Leipzig, J. C. B. Mohr/ sind engere Grenzen gezogen, als dem Brinkmannschen Werk, über das hier (pag. 255 ff.) bereits referiert wurde. Der Verfasser behandelt die Gewerkschaftsbewegung der Sattler, ohne sich in die Differenzen auf politischem Gebiete zu vertiefen. Das Ganze ist in möglichst knapper Form gehalten, ohne dass die Arbeit an Wert einbüsst. In durchaus richtiger Beurteilung werden die Misserfolge der Sattlergewerkschaft dargetan. Nicht in einzelnen Personen sieht der Verfasser die Ursache der Fehlschläge, sondern in den eigenartigen Berufsverhältnissen. Es fehlt hier die Grossindustrie, die den Arbeitern die Organisation besser zur Erkenntnis bringt; der Beruf ist zu sehr zerstreut, als dass nicht ein Zusammenhalt der Arbeiter auf grosse Hindernisse stossen müsste. So ist der Hauptteil der Geschichte der Sattlergewerkschaft nach Berlin verlegt; hier, in der Grossstadt, war eher ein Zusammenhalt zu finden. Wie nicht anders denkbar, spielten die politischen Kämpfe auch in dieser Organisation eine Rolle; denn in Berlin hatten die Hirsch-Dunckerschen eine Zeitlang eine sehr leistungsfähige Organisation. Es kommt deshalb auch die Organisation der Sattler nicht recht auf einen grünen Zweig; die Hirsch-Dunckerschen verschwinden wieder, aber auf der anderen Seite ist nur ein zeitweises Aufflackern zu bemerken. Obwohl der *Allgemeine deutsche Sattlerverein*, der im Jahre 1872 auf dem Berliner Congress gegründet, unter der geschickten Leitung von I. Auer stand, ging es nicht recht vorwärts. Der Verbandsvorsitzende Auer suchte zwar alle politischen Differenzen zurückzudrängen, aber in Berlin machten sich wieder Tendenzen einer Localorganisation geltend, und in der Provinz ging die Bewegung rapid zurück, so dass das Socialistengesetz nicht mehr viel vernichten konnte. Auch die folgende Periode nach dem Socialistengesetz ist keine der Organisation besonders fördernde, und es gelang erst in neuester Zeit, den Centralverband der Sattler auf festen Boden zu stellen. Der Verfasser bietet ein zusammenfassendes, sehr übersichtliches Bild der Organisation der Sattler und bemüht sich, in objectiver Würdigung der Ereignisse eine sachgemässe Darstellung zu geben. ROBERT SCHMIDT